

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gerd Meyer

Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas
im Umbruch

Helmut L. Müller

Die unvollendete Revolution in Osteuropa:
Charakter und Ziele
des politischen Umbruchs von 1989

Theo Stammen

Die Rolle der Intellektuellen
im Prozeß des osteuropäischen Systemwandels

Gerhard Wettig

Auswirkungen des Nationalismus in Osteuropa

Hans-Georg Ehrhart

Die EG, die osteuropäische Herausforderung
und die Sicherheit Europas

B 10/93

5. März 1993

Gerd Meyer, Dr. phil., geb. 1942; seit 1977 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

Veröffentlichungen u. a.: Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, Tübingen 1991; (zus. mit W. Thaa/I. Häuser/M. Schenkel) Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Das Ende des anderen Wegs in der Moderne, Tübingen 1992; zahlreiche Beiträge in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Helmut L. Müller, Dr. phil., geb. 1954; 1981–1983 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München; jetzt außenpolitischer Redakteur der „Salzburger Nachrichten“.

Veröffentlichungen u. a.: Die literarische Republik. Westdeutsche Schriftsteller und die Politik, Weinheim – Basel 1982; Vaterland versus Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und deutsche Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/82; Orwell war nicht allein. Eine literarische Totalitarismustheorie, in: Die politische Meinung, (1983) 210; Der „dritte Weg“ als deutsche Gesellschaftsidee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/84; Zwischenbilanz. Gespräch mit Günter de Bruyn, in: Die politische Meinung, (1992) 276.

Theo Stammen, Dr. phil., geb. 1933; Studium der Germanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft an den Universitäten Freiburg, Bonn und Manchester; seit 1973 o. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Augsburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit D. Berg-Schlosser) Einführung in die Politikwissenschaft, München 1992⁵; (Hrsg.) Die Weimarer Republik: Das schwere Erbe 1918 – 1923, Bd. I, München 1987; (Hrsg. zus. mit H.-O. Mühleisen) Politische Tugendlehre und Regierungskunst – Studien zum Fürstenspiegel der Frühen Neuzeit, Tübingen 1990.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geb. 1934; Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik der osteuropäischen Länder am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: High Road, Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy, Washington 1989; (Hrsg.) Die sowjetische Militärmacht und die Stabilität in Europa, Baden-Baden 1990; Changes in Soviet Policy Towards the West, London – Boulder 1991.

Hans-Georg Ehrhart, Dr. phil., M. A., geb. 1955; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Bonn; Wissenschaftlicher Referent im Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Die europäische Herausforderung. Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende, Baden-Baden 1990; (Hrsg.) Die „sowjetische Frage“: Integration oder Zerfall? Baden-Baden 1991; Sicherheitspolitik in Europa: NATO, EG, WEU, in: Reinhard Mutz/Gert Krell/Heinz Wismann, Friedensgutachten 1992, Münster – Hamburg 1992.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch

I. Einführung

Wer heute den Umbruch der politischen Kulturen in Ostmitteleuropa wissenschaftlich untersuchen will, muß von vornherein einräumen, daß im Augenblick meist nur vorläufige und unzureichend abgesicherte Aussagen über den Wandel der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung möglich sind. Deshalb können hier nur einige allgemeine Tendenzen, Strukturbedingungen und Hindernisse auf dem Weg zu einer demokratischen politischen Kultur in Ostmitteleuropa beschrieben werden. Dieser Überblick basiert u. a. auf den Ergebnissen einer Konferenz des „Internationalen Zentrums Mittel-/Osteuropa“ an der Universität Tübingen, die zu diesem Thema im August 1992 stattfand.

Drei Länder stehen im Mittelpunkt der Analyse: *Polen, die Tschechoslowakei (seit dem 1. Januar 1993 existieren auf deren ehemaligem Territorium die Tschechoslowakische Republik und die Slowakische Republik) und Ungarn.* Dieser Überblick muß gewichtige Unterschiede der Geschichte, der Mentalität, der augenblicklichen Verfassung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dieser Staaten weitgehend vernachlässigen. Ausgeblendet bleibt auch die zum Teil dominierende, konfliktgeladene Thematik des Nationalismus, ferner Rechtsradikalismus und Antisemitismus.

Das Konzept der politischen Kultur soll hier – ohne theoretischen Anspruch – die subjektive Dimension der Politik bezeichnen, also die politischen Wertorientierungen, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung, ihre Erfahrungen und ihren Umgang mit der Politik. Der Umbruch der politischen Kulturen Ostmitteleuropas ist eingebettet in den Prozeß einer radikalen Umgestaltung von Staat, Wirtschaft, Sozialstruktur, Recht und Eigentumsverhältnissen, von Kultur und Lebensweise, d. h. nahezu aller Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Dieses Interaktionsgeflecht von objektiven Bedingungen und subjektiven Faktoren kann hier jedoch nur ansatzweise in seiner Komplexität abgebildet werden.

II. Demokratisierung der politischen Kultur: ein langfristiger Prozeß

Die Entwicklung einer stabilen demokratischen politischen Kultur in den nachsozialistischen Gesellschaften braucht Zeit – wohl weit mehr als ein Jahrzehnt. So war es in allen westlichen Demokratien, auch in der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg. Demokratisierung ist ein langfristiger Prozeß, der oft von Krisen und Rückschlägen begleitet ist. So steht der eigentliche Test der politischen Stabilität, der demokratischen Legitimität, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Belastbarkeit und Lernfähigkeit der Bevölkerung der jungen Demokratien in Ostmitteleuropa erst noch bevor.

Der Transformationsprozeß der postsozialistischen Gesellschaften ist gekennzeichnet durch die enge Verbindung von politischer, ökonomischer, sozialer und kulturell-mentaler Umgestaltung. Diese Wandlungsprozesse in verschiedenen Lebens- und Handlungsbereichen verlaufen jedoch vielfach ungleichzeitig und widersprüchlich, kaum koordiniert und ungleich in Tempo und Reichweite.

Für den Transformationsprozeß der politischen Kultur gilt: Die Etablierung der Institutionen parlamentarischer Demokratie, eines neuen Parteiensystems und neuer politischer Eliten ist nicht gleichzusetzen mit der Demokratisierung des politischen Systems im ganzen, schon gar nicht mit dem gleichzeitigen Entstehen einer demokratischen politischen Kultur. Der Aufbau pluralistischer Demokratien in Ostmitteleuropa im Zuge des revolutionären Umbruchs geschah insgesamt eher von oben als von unten. Es ist leichter, neue Verfassungen, Gesetze und Verordnungen zu verabschieden, als die in den Jahrzehnten des Staatssozialismus zur Gewohnheit gewordenen Denkmuster und Verhaltensweisen abzubauen. Ich meine damit vor allem: paternalistisch-autoritäre Erwartungen an den Staat und bürokratisch-zentralistische Problemlösungsstrategien; mangelnde Eigenverantwortlichkeit in der Gesellschaft; politische Entfremdung, Passivität und Privatismus.

Die Überwindung überkommener Mentalitäten vollzieht sich nur langsam: Die Unterschiede zwi-

schen der politischen Kultur des „realen Sozialismus“, der „revolutionären Übergangsperiode 1989/90“ und der neuen Demokratien sind oft viel geringer als erwartet.

Das gilt auch für eines der schwierigsten Probleme nachhaltiger Demokratisierung: *Wie geht man mit der Vergangenheit um?* Die „De-Kommunisierung“ stellt hohe Anforderungen an die moralische Glaubwürdigkeit und rechtsstaatliche Handlungsfähigkeit des Staates wie an die Sensibilität und Toleranz der Menschen. Hierbei spielen die neuen politischen Eliten, der Gesetzgeber und die Massenmedien eine wichtige Rolle. Die politische Kultur der postsozialistischen Gesellschaften ist geprägt von widersprüchlichen Bemühungen um schonungslose Aufklärung und gesellschaftlichen Frieden, um gerechte Strafen und personelle Erneuerung, aber ohne Hexenjagd und neues Denunziantentum. Die sorgfältige Erforschung des Vergangenen wird ebenso gefordert wie das Verstehen, Vergeben und Vergessen, um Kraft für die Zukunft zu gewinnen. Täter und Opfer stehen sich oft unversöhnlich gegenüber. Vielen geht beides zu langsam (wenn es überhaupt geschieht): die Bestrafung der Täter und die Rehabilitation der Opfer. Der Staat soll für Gerechtigkeit und Humanität im Umgang mit dem Unrecht der Vergangenheit sorgen. Aber er soll nicht mehr wie einst ein ideologischer und parteilicher moralischer Richter sein. Im Bewußtsein der differenzierten Verantwortung fast aller für das Funktionieren des alten Systems durch Arrangement oder aktive Mitwirkung soll der Staat die Nation zugleich vor fruchtlosen Selbstanklagen und pauschalen gegenseitigen Beschuldigungen bewahren. Überwiegend führt dies allerdings dazu, daß die problematischen Seiten der Vergangenheit verdrängt werden. Was belastet und verunsichert, und das gilt selbst für den Großteil von Geheimdienstaktivitäten, wird eher mit dem Mantel des Schweigens zugedeckt. Die *eigene* persönliche Verantwortung verschwindet hinter der Anklage des alten Systems. Diese Reaktionen sind verständlich, aber gefährlich. Denn der ehrliche und verantwortliche Umgang mit der Vergangenheit bestimmt wesentlich die Qualität und Stabilität demokratischer Einstellungen in der Bevölkerung.

III. Von der „Ethik der Revolution“ zur „Ambivalenz der Werte“

Die Träger des Widerstands gegen das kommunistische Herrschaftssystem und die Beteiligten an der ersten Phase der friedlichen Revolution in Ostmitteleuropa orientierten sich vor allem an den Ideen und ideellen Werten von Demokratie und sozialer Ge-

rechtigkeit, an einer politischen Ethik persönlicher Integrität und universaler Humanität („V. Havel: Versuch, in der Wahrheit zu leben“). Die Opposition der Ohnmächtigen vor der Revolution und die Mächtigen der ersten „heroischen“ Phase haben heute meist nicht mehr unmittelbaren Einfluß auf die konkrete Politik und den Geist des Transformationsprozesses. Die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Überlebensprobleme lassen in der Bevölkerung vielmehr materielle Werte und Erwartungen an das politische System überwiegen.

Zwar wird die junge Demokratie in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn durchaus hoch geschätzt als Ausdruck neu gewonnener Freiheit, mit bisher unbekanntem Möglichkeiten für die individuelle Selbstentfaltung, für die pluralistische Organisation sozialer Interessen, für Rechtsstaatlichkeit und Chancengleichheit. Aber erst im Prozeß der „Veralltäglicung“ der Revolution, in den „Mühen der Ebene“ auf dem Weg zu einer sozial verantwortlichen Marktwirtschaft, zur Herrschaft des Leistungsprinzips und zu demokratischen Verhaltensweisen in Verwaltungen und Betrieben wird den meisten Menschen deutlich, welche Kosten und Probleme, welche materiellen Folgen und welche hohe Anforderungen an die Lern- und Handlungsfähigkeit des einzelnen und der neuen Eliten damit verbunden sind. Die Moralität der Politik und die Integrität der Politiker sind weiterhin wichtige Maßstäbe für das Urteil der Bürger. Doch in der Politik und in der Wirtschaft sind heute in erster Linie Effizienz und Leistung, technokratisches „Know-how“ und Pragmatismus gefragt. Was in der Gesellschaft zählt, ist Geld und Erfolg. Gruppeninteressen und der Egoismus der Individuen setzen sich immer stärker durch. Politisch am wichtigsten ist für den Durchschnittsbürger vor allem der materielle Output des neuen Systems zur Wahrung und Mehrung des Wohlstands, die Gewährleistung eines akzeptablen Niveaus der Löhne und Renten sowie die Vermeidung ökologischer Katastrophen und des Niedergangs der öffentlichen Dienstleistungen. Diese drängenden Überlebensprobleme postsozialistischer Gesellschaften und die Komplexität synchroner Gesellschaftstransformation lassen nicht wenige der Versuchung erliegen, in populistischen oder autoritären, in nationalistischen oder traditionalistischen Führern oder Programmen das Heil für die Zukunft zu erblicken. Ängste und reale Bedrängnis führen bei vielen dazu, daß einfache, schnelle und radikale Lösungen gefordert werden. Es ertönt der Ruf nach der vertrauten starken Hand des Staates (die zugleich mißtrauisch beäugt wird). Die radikaldemokratischen Mahner der einstigen Opposition gelten nur noch wenig.

Demokratie, rechtsstaatliche Verfahrensweisen und soziale Verantwortung drohen in diesem nur

schwer steuerbaren Prozeß der Etablierung des Kapitalismus zu relativ abstrakten oder nur bedingt gültigen Normen zu werden. Solidaritätserfahrungen und einige positive Ideale der sozialistischen Zeit, die Ethik des Widerstands der Minderheit und der sanften Revolution werden abgelöst von den neuen Werten und Normen westlicher Kapitalismus-Modelle, die ein anderes Arbeits- und Konsumverhalten fordern. Die Bevölkerung Ostmitteleuropas erlebt heute viele Zwänge, Pathologien und Widersprüche des Frühkapitalismus und bringt doch ganz andere Erfahrungen und Qualifikationen mit als die feudale Klassengesellschaft. Dieser zeitliche und räumliche, aber auch sozial und sektoral stark differenzierte Wandel führt dazu, daß sich Tradiertes und Neues in den politisch-sozialen Wertorientierungen der Menschen widersprüchlich mischen. So schwanken die Menschen in ihren Wertorientierungen zwischen öffentlichem und privatem Wohl, zwischen Idealismus und Materialismus, zwischen Solidarität und Egoismus, zwischen Staatsdominanz und Eigenverantwortung.

IV. Paradoxe Erwartungen an den Staat

Staat und Marktwirtschaft sehen sich mit paradoxen Erwartungen der Menschen konfrontiert: Auf dem Weg zu einem sozial verträglichen Kapitalismus sollen Staat und Unternehmen durch effiziente Steuerung nicht nur dasselbe, sondern mehr leisten als das, was einst monopolistischer Einparteiensstaat und zentralisierte Planwirtschaft in den Zeiten des bürokratischen Sozialismus erreichten. Im Prozeß der Transformation muß der Staat mehr Aufgaben übernehmen und oft größere soziale Kompensationsleistungen erbringen, als dies selbst in betont staatsinterventionistischen Modellen des modernen Kapitalismus der Fall ist. Gleichzeitige Stärkung und Zurücknahme unmittelbarer staatlicher Verantwortung für Wirtschaft und Sozialleistungen sind kaum miteinander vereinbar. Auf Jahre hinaus wird der postsozialistische Transformationsstaat mit diesem strukturellen Dilemma und – auf der Ebene der politischen Kultur – mit paradoxen, vielfach kaum erfüllbaren Erwartungen konfrontiert bleiben.

Eine der Hauptaufgaben bei der Umwandlung der staatlichen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft bildet die Privatisierung zahlloser kleiner, mittlerer und großer Staatsunternehmen. Diese Umwandlung verlangt einerseits einen starken Staat, der mit Hilfe korporatistischer Len-

kungs- und Integrationsarrangements den Privatisierungsprozeß konzipiert und durchführt. Dies ist nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit des Staates mit den bisherigen Unternehmensleitungen oder den neuen Unternehmern, den Gewerkschaften und nicht zuletzt mit den Belegschaften. Zugleich muß der Staat dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen und die Akzeptanz der Privatisierung durch die Bevölkerung (z. B. durch Zeichnung von Anteilen, Betriebsübernahmen oder Aktienkäufe) gewährleistet sind. Entscheidend für die Leistungsmotivation der Arbeitnehmer, für die Akzeptanz der neuen Eigentumsverhältnisse, Unternehmensstrukturen und Manager, für die nachhaltige Unterstützung der Wirtschaftsreformen der Regierung ist es, die oft verheerenden sozialen Folgen dieses radikalen Umbaus abzumildern oder zu kompensieren. Der Schlüssel zum Erfolg beim Übergang in eine funktionierende soziale Marktwirtschaft und für die stabile Akzeptanz der jungen pluralistisch-parlamentarischen Demokratien Ostmitteleuropas liegt in der Gewährleistung eines mindestens gleichbleibenden, befriedigenden Niveaus öffentlicher und privater Wohlfahrt. Nach einer unvermeidlichen, vorübergehenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte wie der Ökonomie insgesamt ist eine Rückkehr mindestens zum Status quo des Lebensstandards vor 1989/90 in absehbarer Zeit notwendig, damit die Bevölkerung den sozio-ökonomischen und den demokratischen Transformationsprozeß aktiv mitträgt.

In allen drei Staaten existieren Abkommen zwischen Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, die gemeinsame Konsultationen für die Festlegung der Lohnleitlinien vorsehen. Der Staat ist immer noch der weitaus größte Arbeitgeber; die Gewerkschaften sind – außer in Polen – bisher organisatorisch schwach und genießen vorläufig nur geringes Ansehen. Eine Tarifautonomie der Sozialpartner hat sich erst in Ansätzen herausgebildet. Das heißt: Die Erwartungen der Bevölkerung in puncto Löhne und Sozialleistungen richten sich meist immer noch direkt an den Staat; die Beschäftigungsverhältnisse begründen ein unmittelbar politisches Verhältnis zum Staat. Wesentliche wirtschaftliche Mängel werden ihm direkt und politisch zugerechnet, obwohl dieser neue Staat im Kapitalismus tendenziell nicht mehr direkt verantwortlich sein will und soll. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung droht den Staat politisch, ökonomisch und sozial zu überfordern.

Hier wiegt das Erbe des bürokratischen Sozialismus besonders schwer: Die Erwartungen der Bevölkerung sind bestimmt vom sozialistischen Paternalismus umfassender staatlicher Daseinsvor- und -fürsorge, wie sie mehrere Jahrzehnte lang von der

Wiege bis zur Bahre üblich war. Nicht mehr gewünscht werden ideologische Bevormundung und politische Repression, also die negativen Seiten dieses Paternalismus. Doch soll der Staat weiterhin unmittelbar verantwortlich sein für die Gewährleistung der Vollbeschäftigung, für preiswerte Wohnungen und Nahrungsmittel, für ein kostenloses Gesundheitssystem und Kinderbetreuungseinrichtungen mit niedrigen Gebühren, für den extrem hoch subventionierten öffentlichen Nahverkehr wie für den Kultur- und Wissenschaftsbetrieb. Aber dies setzt nicht nur eine leistungsfähige Wirtschaft voraus, sondern auch ein hohes Maß an staatlicher Abschöpfungs- und Umverteilungspolitik, eine für das kapitalistische Wirtschaftssystem ordnungspolitisch kaum akzeptable und schon gar nicht finanzierbare Subventions- und Egalisierungspolitik.

Im wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozeß Ostmitteleuropas verstärken sich eher noch die Rolle des Staates und die Erwartungen der Menschen an ihn, obwohl es aus ordnungspolitischen, finanziellen und psychologischen Gründen wichtig wäre, seine Aufgaben und Interventionen auf das notwendige Minimum zu beschränken. Da der Staat dieses strukturbedingte Dilemma nur mit größter Mühe in den nächsten Jahren lösen kann, droht hier den jungen Demokratien eine Welle der Enttäuschung, der Resignation oder des Protestes aus Unzufriedenheit über die mangelnde Effizienz und die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Umgestaltung. Schon heute gibt es erste Anzeichen für eine schwindende Unterstützung des Staates in seinen Reformbemühungen. Das Potential für eine latente und womöglich auch manifeste Legitimationskrise der neuen Ordnungen Ostmitteleuropas wächst ständig.

V. Soziale Krisen und der Rückzug von der Politik

Sozio-ökonomische Unsicherheit, massenhafte Verarmung und Statusbedrohung führen ebenso wie veränderte, aber vielfach unklare oder umstrittene Regeln der Statuszuweisung zu einem neuen Individualismus und Privatismus, zu einem sinkenden Interesse am aktiven Engagement in der Politik.

Die wirtschaftliche Umgestaltung und die politische Revolution führen auch zu einem tiefgreifenden Wandel der Sozialstruktur. Da gibt es nicht nur die Verlierer des alten Herrschaftsapparates, die ihre Posten als „leitende Kader“ im Partei- und Staatsapparat, in der Wirtschaftsadministration

oder bei den Staatssicherheitsdiensten, in Armee und Justiz, aber auch in der Wissenschaft oder in den Massenmedien aufgeben mußten. Eine breite Mittelschicht von Staatsangestellten behielt ihre Positionen, weil sie mit ihrem technischen Wissen und Können zunächst unersetzbar sind. Viele überzählige Kader und Nutznießer der aufgeblähten Herrschaftsapparate des alten Systems müssen sich nun neue Arbeit und neues Prestige suchen, und nicht wenige sind dabei erfolgreich. Viele „einfache Bürger“ sind empört über jene, die schon im alten System arriviert waren und nun gute und lukrative Positionen in der neuen kapitalistischen Gesellschaftsordnung einnehmen.

Weitaus wichtiger aber sind bestimmte soziale Krisenprozesse, die sich in Zukunft noch verstärken werden. Stilllegungen, Rationalisierungen und Modernisierungen in den Betrieben, die Einführung international konkurrenzfähiger Hochtechnologien werden bald die Grenzen der Brauchbarkeit bisheriger Qualifikationen und Leistungen deutlich machen. Immer mehr Berufsgruppen erleben eine faktische Abwertung ihrer beruflichen Fähigkeiten. Die Zahl der Arbeitslosen und der Verarmten wächst kontinuierlich. Rentner, Alleinerziehende und Kinderreiche leben bereits heute am Rande des Existenzminimums – oder fallen schon darunter. Mittel- und langfristige – so ist zu befürchten – gehören vor allem auch die Frauen und die Älteren zu den vom weiteren sozialen Abstieg Bedrohten.

Viele fragen sich, nach welchen Kriterien und Verfahren, aufgrund welcher Einflußfaktoren Karrierechancen und Positionen in der postsozialistischen Gesellschaft vergeben werden. Gute Bildung, ehrliche Arbeit und solide Leistung scheinen nach wie vor nur begrenzt zu zählen. Neureiche und Spekulanten, Gewinne aus halb- und illegalen Aktivitäten, informelle Beziehungen und Korruption spielen im sich etablierenden Kapitalismus Ostmitteleuropas eine ebenso wichtige wie zweifelhafte Rolle. (Diese Aussagen gelten am ehesten für Polen, viel weniger z. B. für die Tschechoslowakei.) In vielen Bereichen wurden Einkommensstufen und die personelle Besetzung von Leitungspositionen bisher kaum verändert. So sind viele qualifizierte Tätigkeiten in den Massenberufen der Intelligenz (z. B. in Schulen und Hochschulen, im Gesundheitsdienst; mittlere und einfache Verwaltungsangestellte) noch immer unter, manche Tätigkeiten in der Industrie weiterhin überbezahlt. Alte und neue Seilschaften, aber auch der weitverbreitete Wechsel ehemaliger Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre in leitende Positionen der Wirtschaft, des Handels und des Dienstleistungsgewerbes sorgen für Unzufriedenheit und Skepsis gegenüber der neuen gesellschaft-

lichen Ordnung. Viele Menschen müssen sich erst daran gewöhnen, wie und in welchem Maße Unternehmergewinne ganz legal und legitim vereinnahmt und z. T. im Prestigekonsum wieder zur Schau gestellt werden. Der Abbau sozialer Sicherheit macht die Lebenschancen vieler schwerer berechenbar. Desorientierung und Unsicherheit, Resignation, Zynismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu.

Die meisten übersehen jedoch auch nicht, daß die neue Ordnung vielfältige Bildungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten, Karrierechancen und Raum für unternehmerische Initiativen bereithält. Die neuen Ungleichheiten und sozialen Vorteile werden akzeptiert, ja begrüßt, wenn sie legal und sozial transparent zustande gekommen sind und auf wirklicher Leistung beruhen. Die Angebote im Konsum- und Freizeitbereich, in Kultur und Wissenschaft, im geistigen und religiösen Leben haben sich in Qualität und Quantität enorm ausgeweitet.

Sehr viele Menschen ziehen angesichts dieser Widersprüche und Gefährdungen eine mindestens zwiespältige, wenn nicht negative „Sozialbilanz“. Sie bleiben gesellschaftspolitisch skeptisch, engagieren sich vor allem für sich selbst, für die Familie oder ganz allgemein für „das Private“, aber immer weniger für die öffentlichen Belange. Ähnliche Phänomene sind allerdings auch in den älteren und „moderner“ Demokratien Westeuropas und erst recht der USA zu beobachten. Falsch ist das Ost-West-Stereotyp, „die Osteuropäer“ seien generell apolitisch, apathisch und unzufrieden; nach dem kurzen revolutionären Zwischenspiel seien sie (immer noch) eine atomisierte, passive oder unberechenbare Masse – und dies weit stärker als im Westen. Analyse und Bewertung müssen die sehr unterschiedlichen historischen, politischen und ökonomischen Bedingungen in Ost und West in dieser Entwicklungsetappe des – historisch singulären – postsozialistischen Kapitalismus berücksichtigen. „Privatismus“ und „Konsumismus“ gehen meist mit einer Orientierung am Individuum oder an der unmittelbaren sozialen Umwelt (Familie, Freunde) einher. Doch hinter solchem Individualismus kann sich auch die Suche nach einem neuen, freieren Lebensstil, nach zwangloser individueller und gesellschaftlicher Identität verbergen.

VI. Der Wandel der Machteliten – eine neue korporatistische Führungsschicht?

Die friedlichen Revolutionen Ostmitteleuropas wurden nicht von einer aufsteigenden sozialen oder

ökonomischen Trägerschicht, sondern von einer kleinen politischen Gegenelite vor allem aus dem Bereich der akademisch geschulten Intelligenz getragen. Protestierende Massen, einfache Arbeiter und Angestellte spielten allenfalls in der kurzen Phase des demonstrativen Protests und des dramatischen Aufbruchs der Jahre 1989/90 eine tragende Rolle. Die neuen Demokratien können sich nicht auf eine für diese Revolutionen spezifische Schicht stützen, die auf der Grundlage gewachsener sozio-ökonomischer Interessen, demokratischer Politikerverfahren und eigener kultureller Traditionen, von langfristig entwickelten personellen und sachlichen Alternativen die Umgestaltung trägt. Vielmehr werden die jungen Demokratien Ostmitteleuropas von einer korporatistisch verflochtenen politischen Führungsschicht regiert, in der sich Elemente des Alten und Neuen auf sehr spezifische Weise mischen.

Unter kommunistischer Herrschaft waren Dissidenten und politische Oppositionsbewegungen in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen vor allem kritische Minderheiten aus dem Bereich der wissenschaftlichen und künstlerischen, der ökonomischen und technischen Intelligenz. Sie fühlten sich als Fürsprecher fast aller sozialen Schichten. Sie waren mutige Aktivisten, mehr oder weniger gut organisierte Individuen, meist aber „politische Amateure“. Sie wurden schließlich selbst überrascht vom raschen Zusammenbruch der Einparteiendiktatur und von der neuen Macht, die ihnen in den Schoß gefallen war. Vor allem in Ungarn und Polen haben außerdem Reformsozialisten innerhalb der regierenden Kommunistischen Partei eine entscheidende Rolle für die Öffnung der erstarrten Diktaturen und beim friedlich ausgehandelten Übergang in eine neue, demokratische Ordnung gespielt. In Polen haben die Arbeiterschaft und größere Teile der Intelligenz, die mit „Solidarnosc“ sympathisierten, sowie der höhere und niedere Klerus der katholischen Kirche erheblich zu diesem Wandel beigetragen.

Die neuen politischen Eliten sahen sich bald konfrontiert mit dem Mangel an unbelasteten und zugleich qualifizierten Reformern, die in Ministerien und Betrieben, in öffentlichen Einrichtungen und in den Medien auf professionelle Weise für die notwendige Erneuerung sorgen konnten. Die führenden Köpfe der revolutionären Bürgerbewegungen und ihre Anhänger konnten zwar in der Anfangsphase des Neuaufbaus wichtige politische Positionen und maßgeblichen Einfluß gewinnen. In den beiden letzten Jahren zeigte sich jedoch, wie im Zuge der Neuformierung der Parteiensysteme und durch Neuwahlen diese Gruppierungen an Boden verloren und nun vor allem liberal-konservativen Kräften Platz machen. Unter ihnen dominieren

zwei Typen: zum einen jene, die sich einst – mit dem Mitgliedsbuch der Partei in der Schublade – als „Mediatoren“ in einer „grauen Zone“ zwischen Herrschenden und Beherrschten für eine „liberale Praxis“, für Freiräume, kleine Reformschritte und Toleranz gegenüber „Abweichlern“ einsetzten. Politisch bewußt standen sie dem System kritisch gegenüber, aber sie übten keine offene Opposition. Qua Amt profitierten sie vom System, und doch blieben sie persönlich wenig belastete Vermittler zwischen „denen da oben“ und „uns hier unten“. Diese liberalen „Mediatoren“ waren meist Experten aus den Bereichen Management, Planung und Forschung; Freiberufler, Wissenschaftler in Akademien und Universitäten sowie Leute aus der „zweiten Reihe“ des Kulturbetriebes und in den Verlagen.

Der andere Typus umfaßt jene, die im alten System als eher „unpolitische Technokraten“, als opportunistisch oder „bürgerlich“ gesonnene Mitglieder der Intelligenz still und privatistisch oder ganz in ihrem Beruf lebten, jedenfalls nicht hörbar Kritik am System übten oder gar Oppositionellen halfen. In letzter Zeit scheinen außerdem immer mehr in den achtziger Jahren beruflich frustrierte, jüngere Hochschulabsolventen die Karriere des Berufspolitikers/Parlamentariers als Mittel des sozialen Aufstiegs anzustreben. Ihr Sieg in freien, demokratischen Wahlen, das verfassungsgemäße Funktionieren des Parlamentarismus und der Regierungsbildung, die Attraktivität ihrer zunächst allgemein gehaltenen Programme, ihre erhoffte oder erwiesene Kompetenz lassen sie offenbar für viele Wähler als am ehesten geeignet und demokratisch legitimiert für die neuen Führungsaufgaben erscheinen.

Systemloyal waren einst auch die Mitglieder der neuen „Nomenklatura-Bourgeoisie“, die als leitende Kader im Partei- und Staatsapparat über gute Beziehungen in der ganzen Gesellschaft verfügten. Ihren privilegierten Zugang zu Informationen und wirtschaftlichen Ressourcen, das Netzwerk ihrer informellen Beziehungen nutzten viele sehr geschickt zum Umstieg in neue Wirtschaftsunternehmen aus. Viele Landlords und Magnaten des Staatssozialismus wurden so – wie einst im 19. Jahrhundert der reiche Landadel – Manager und Unternehmer im aufkommenden Kapitalismus. Aber was noch viel schwerer wiegt: In vielen staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen, in den großen und mittleren Industriebetrieben, vor allem aber in der Staatsadministration auf lokaler und regionaler Ebene sitzen weitgehend immer noch jene, die diese Positionen auch schon unter kommunistischer Herrschaft innehatten. Hier und in den Ministerien sind es vor allem Fachleute unterhalb der politischen Führungsspitze, die

für das Funktionieren der staatlichen Verwaltung nötig sind. Zwar haben 1990 auf regionaler und lokaler Ebene in allen drei Ländern Neuwahlen stattgefunden. In den Spitzenpositionen finden sich nun ganz überwiegend neue Leute: aus der einstigen Opposition (und meist administrativ unerfahren); schon früher reformbereite, „unideologische“, „liberale“ ex-kommunistische Hochschulabsolventen, meist aus der jüngeren Generation; schließlich manche „bewährte“, redliche Amtsinhaber aus der Zeit vor 1990. Aber weitgehend unverändert blieb bisher der Beamtenapparat selbst. Diese einst systemloyalen, arrangierten und angepaßten Nutznießer bürokratischer Herrschaft sind weithin immer noch tonangebend für Leistung, Stil und Geist dieser Institutionen.

Die Demokratien Ostmitteleuropas werden heute von einer informellen Koalition neu aufgestiegener politischer Eliten regiert: Linksliberale aus den Bürgerbewegungen, liberal-konservative Politiker, mehr oder weniger reformwillige Staatsbeamte und Manager von Staatsbetrieben, erfolgreiche Privatunternehmer und in der Wirtschaft neu etablierte Teile der alten Partei- und Staatsbürokratie. Strukturelle Abhängigkeiten, alte Beziehungen und gemeinsame Statusinteressen, funktionale Kommunikation und Kooperation, langwierige Aushandlungsprozesse und die mühsame Suche nach Kompromissen sind charakteristisch für diese neue Spielart eines quasi-korporatistischen Managements des politischen und ökonomischen Systems. Neue Oligarchien, Koalitionen und Patronagebeziehungen, die Veränderung der Persönlichkeiten und verlockende Chancen der Bereicherung durch die Übernahme von Machtpositionen führen häufig dazu, daß sich die neuen Führungsgruppen nicht mehr genügend an den Interessen der Masse der Bevölkerung, an den Bedürfnissen der verarmten und politisch ohnmächtigen Schichten orientieren. Zunehmende Distanz gegenüber „den Politikern“ und den Parteien ist besonders in Polen die Folge. Kurzum: Der Übergang von den alten zu den neuen politischen Eliten vollzieht sich viel langsamer und widersprüchlicher, viel weniger radikal und überzeugend als gedacht und erhofft.

VII. Das langsame Wachstum eines lebendigen Pluralismus

Das Fehlen bzw. das langsame Wachstum eines lebendigen Pluralismus intermediärer Strukturen und einer handlungsfähigen Bürgerschaft („civil society“) erschweren die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur.

Den bürokratisch-sozialistischen Gesellschaften war ein organisierter Pluralismus sozialer, ökonomischer, kultureller und ethnischer Interessen weitgehend unbekannt. Eine demokratische politische Kultur muß aber auf der Basis gesellschaftlicher intermediärer Strukturen von unten wachsen. Dazu gehört die Bereitschaft und Kompetenz der Menschen, sich im politischen Bereich zu engagieren, in eigener Verantwortung Probleme zu lösen oder Führungsaufgaben in der Politik wahrzunehmen. Es bedarf der Motivation und der Aktivierung der Individuen und Gruppen. Ebenso wichtig sind angemessene Mitwirkungsmöglichkeiten in den staatlichen Institutionen, aber auch durch innerorganisatorische und innerparteiliche Demokratie. Dezentralisierte Strukturen im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich, möglichst eigenständige lokale und regionale Einheiten, die nach dem Subsidiaritätsprinzip funktionieren, gegebenenfalls Föderalismus und institutionalisierte horizontale Kooperationsformen bilden wichtige Voraussetzungen dafür, daß Bürger politisch aktiv werden bzw. einen Rahmen vorfinden, in dem sie für sich selbst Einflußmöglichkeiten sehen.

Diese Grundlagen einer demokratischen politischen Kultur sind in Ostmitteleuropa erst ansatzweise bzw. nur bei Minderheiten entwickelt; in vielen Bereichen der Gesellschaft und außerhalb der Großstädte fehlen sie noch weitgehend. Die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ der sozialistischen Planwirtschaft, die Parteien und „Massenorganisationen“ des Ancien régime vermittelten kaum Erfahrungen in der selbständigen Artikulation und Organisation individueller und kollektiver Interessen. Die Massenmedien, besonders Rundfunk und Fernsehen, erreichen erst allmählich die erforderliche Unabhängigkeit und balancierte Vielfalt, um den Pluralismus politischer und sozialer Interessen authentisch auszudrücken. Das politische Kräftespiel, der demokratische Konflikt austrag und zahlreiche parlamentarische Auseinandersetzungen vermitteln oft noch das Bild ungeübter, zum Teil regelloser oder manipulativer Willensbildung – trotz aller Fortschritte in der Reformgesetzgebung.

VIII. Diffuse Wählerpräferenzen und instabile Parteiensysteme

Die Mehrzahl der Menschen hat immer noch beträchtliche Schwierigkeiten, sich in den diffusen Parteiensystemen Ostmitteleuropas politisch zu orientieren, eindeutige Unterschiede zu erkennen und dauerhafte Präferenzen zu entwickeln.

Die Parteiensysteme Ostmitteleuropas sind gekennzeichnet durch eine relativ diffuse Programmatik links und rechts der Mitte (nicht jedoch an den Rändern), durch ein hohes Maß an Personalisierung und durch das Fehlen gewachsener Trennlinien und historischer Identitäten. Dies gilt vor allem für jene Parteien, die als liberal-konservative, christliche oder linksliberale, als sozial- und radikal-demokratische Gruppierungen teils aus den Bürgerbewegungen (vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei), teils durch Neugründungen aus Kreisen der Intelligenz (vor allem in Ungarn) hervorgegangen sind. Dies gilt weniger für ökologisch und rechtskonservativ bzw. nationalistisch orientierte Parteien, für die sozialistischen Nachfolgeparteien der einst regierenden Kommunistischen Partei, für die Bauernparteien oder für die Parteien nationaler Minderheiten. Programmatik, Politik und Wählerorientierung aller anderen Parteien aber lassen sich kaum auf die einfachen Trennlinien links/rechts, städtisch/ländlich, christlich/atheistisch, etatistisch/antistatistisch, nationalistisch/europäisch-internationalistisch, Establishment/populistische oder Protestbewegungen reduzieren. Auch repräsentieren sie nicht klar unterschiedene soziale Kategorien und Interessen. Vielmehr sind vielfältige Überschneidungen und Vermischungen kennzeichnend. Regierungskoalitionen wechseln ihre Parteienbasis, Parteien und Politiker ihren Platz im politischen Spektrum. In der Programmatik dominieren allgemeine Werte wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Leistungsprinzip, allgemeine Wohlfahrt. Angeboten werden eher globale Konzepte der Systemtransformation, vor allem im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich, weniger konkrete Modelle und Einzelmaßnahmen. Nationale und christliche Elemente treten in je unterschiedlichem Maße hinzu. Parteien werden nicht zuletzt durch prominente Führungspersonen und Symbole repräsentiert; sie vor allem sollen Vertrauen und Orientierung vermitteln.

Erst langsam formieren sich die neuen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Basisinteressen, mit Ausnahme der alten Eliten, der Bauern und der nationalen Minderheiten. Erst langsam wachsen neue Identitäten und das Bewußtsein spezifischer Eigen- oder Partialinteressen, die wiederum als Basis für die Zuordnung zu bestimmten Parteien dienen könnten. Die alte Homogenisierungs- und Atomisierungspolitik der regierenden Kommunistischen Partei, der fehlende Pluralismus der letzten Jahrzehnte erschwert den Prozeß öffentlicher Interessenartikulation und ihrer Zusammenfassung in flächendeckend operierenden Parteien. Diese Parteien sind – mit Ausnahme der sozialistischen KP-Nachfolgeparteien – meist noch

mitgliederschwache Gebilde, relativ schlecht finanziell ausgestattet und organisiert, mit wenig Mobilisierungs- und Bindekraft nach innen und außen.

Die größeren Parteien links und rechts der Mitte verfügen meist über eine relativ heterogene Wählerschaft. Sozial gesehen orientieren sie sich noch am ehesten an den Interessen und Normen von Berufsgruppen, nicht jedoch im Sinne eines „class voting“. Vor allem regional sind noch einzelne Traditionslinien (z. B. in der ČSFR oder im polnischen Galizien) wirksam. Die Parteien werden desto eher akzeptiert, je mehr sie die allgemeine Orientierungslosigkeit und die Angst vor der Zukunft bei der Masse der Wähler glaubwürdig vermindern. Insgesamt darf schließlich nicht übersehen werden: Der Aufbau eines funktionierenden Parteiensystems hat große Fortschritte gemacht, die Programmatik der Parteien in den jüngsten Neuwahlen war durchweg differenzierter als unmittelbar nach der Revolution, die Rekrutierung von politischem Führungspersonal funktionierte weniger willkürlich, die Parteieliten trugen in qualifizierter Weise zum öffentlichen Diskurs über den weiteren Weg der Transformation bei, und es steigen – außer in Polen – die Chancen für eine bessere Akzeptanz der neuen Parteien.

IX. Politische Apathie und Gefahren des Autoritarismus

Die politische Kultur Ostmitteleuropas ist nach dem Abflauen des revolutionären Aktivismus gekennzeichnet durch eine Mischung aus professionellen politischen Aktivitäten meist überlasteter Funktionsträger und spontaner Mobilisierbarkeit von Minderheiten (z. B. in Streiks, Demonstrationen). Vor allem aber läßt sich eine weit verbreitete, zugleich tradierte und neu wachsende politische Apathie sowie ein teils latenter, teils manifester Autoritarismus als Ausdruck der Legitimationsschwierigkeiten des politischen Systems beobachten.

Auch hier ist zunächst auf das Erbe des bürokratischen Sozialismus zu verweisen: Die Mehrzahl der Menschen war der Diktatur der Partei unterworfen, angepaßt und arrangiert mit den Mächtigen, aktiv vor allem im Beruf und in der Absicherung privaten und familiären Überlebens. Sie waren eher abwehrend oder indifferent in ihren Einstellungen, in ihrem Verhalten jedoch meist widerwillig loyal. Vorherrschend gegenüber der politischen Macht waren Gefühle der Ohnmacht, der Resignation und Apathie. Der großen Mehrheit war im-

mer bewußt, wie wenig demokratisch, rechtsstaatlich und freiheitlich die kommunistischen Systeme verfaßt waren. Die meisten unterschieden zwischen „wir“ und „denen da oben“. Nur sehr wenige waren überzeugte Anhänger der marxistisch-leninistischen Ideologie. Die friedlichen Revolutionen offenbarten das Ausmaß, in dem sich die Menschen von diesem System bereits psychologisch und geistig verabschiedet hatten.

Mit der zunehmenden Zahl von Nichtwählern geht ein latenter Autoritarismus von oben und von unten einher, der sich gegenseitig ergänzt und verstärkt. Der Autoritarismus von oben wird hier verstanden als die Dominanz relativ kleiner politischer Eliten in den Machtzentren der Gesellschaft, die mit Hilfe immer noch sehr hierarchisch strukturierter Institutionen oder durch faktische Machtausübung in atomisierten oder noch nicht neu strukturierten gesellschaftlichen Kontexten den Transformationsprozeß kontrollieren. Nur eine winzige Minderheit ist qualifiziert und erfahren genug, um die komplexen Reformen zu konzipieren und durchzuführen. Diese Form der Elitenherrschaft erwächst nicht aus einer demokratischen politischen Kultur, und sie steht auch nicht in Korrespondenz zu einem funktionierenden gesellschaftlichen Pluralismus.

Für die jungen Demokratien ist es nicht einfach, einen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen, wo bisher der politische Wille oder die Willkür der Partei und der Opportunismus der Mittelmäßigkeit herrschten. Die Autorität des Gesetzes, der Institutionen und ihrer Repräsentanten ist zum Teil noch schwach ausgebildet, wird gar schon wieder in Frage gestellt. Angesichts dieses Erbes, der aktuellen Schwierigkeiten und der sich nur langsam einstellenden Erfolge ist es in diesem historisch einmaligen, weithin experimentellen Transformationsprozeß nicht verwunderlich, daß in jeder postsozialistischen Gesellschaft ein gehöriges Potential autoritärer Versuchungen und Gefahren lauert. Dabei sollte man nicht vorschnell urteilen: Angesichts von wachsender Kriminalität, Gewalt und zum Teil Regellosigkeit bei der Austragung öffentlicher Konflikte (besonders in Polen) ist der Ruf nach Recht und öffentlicher Ordnung verständlich und legitim. Es sind jedoch nicht gleich all jene autoritär oder rechtsextrem, die von der Regierung mehr Führungskraft und administrative Effizienz verlangen. Die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur erfordert unter diesen Bedingungen ständige Vorsicht vor autoritären oder rechtsextremen Lösungen und Führungspersonen. Dies ist besonders da schwierig, wo das Wachstum der neuen demokratischen politischen Kulturen durch einen antidemokratischen Nationalismus behindert wird.

X. Latente Instabilität und Legitimationsprobleme

Latente Instabilität und Legitimationsprobleme charakterisieren den Aufbau demokratischer Strukturen und die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in Ostmitteleuropa. Neben einer hohen allgemeinen und grundsätzlichen Zustimmung zur neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung („diffuse support“) besteht weiterhin ein Mangel an spezifischer aktiver Unterstützung der Parteien, der neuen Machteliten und bestimmter Institutionen, besonders in der Form eigenverantwortlicher Aktivitäten oder durch Übernahme von Ämtern, z. B. in Parteien und Verbänden. Es mangelt insgesamt an Vertrauen in die kurz- und mittelfristige wirtschaftliche und soziale Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit der neuen Systeme.

Einerseits ist das Vertrauen und die Hoffnung auf eine allgemeine wirtschaftliche Besserung, auf das langfristige Greifen der Reformen, auf wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ungebrochen. Demokratische Verfassungen und das Funktionieren demokratischer Institutionen, der sich entwickelnde Pluralismus und kritische öffentliche Diskurse sorgen ebenso wie sektorale wirtschaftliche Erfolge für politische Stabilität und Legitimität. Daneben gibt es aber auch Enttäuschungen und Abwendung vom politischen System. Offen ist die Frage: Wird angesichts wachsender wirtschaftlicher und sozialer Probleme die Wertschätzung und Unterstützung der neuen demokratischen Strukturen und Verhaltensformen eher schwinden, oder wird die Bevölkerung um so mehr an den Errungenschaften der Freiheit und den Chancen pluralistisch-kapitalistischer Gesellschaftssysteme festhalten? Die neuen politischen Eliten greifen angesichts der Komplexität und der Schwierigkeiten des Transformationsprozesses gerne auf eine emotional ansprechende Symbolik und Rhetorik zurück. Sie führen Traditionen und nationale Gefühle ins Feld, beschwören Ideale und die historische Größe der Nation, um die legitimatorischen Ressourcen für das neue System und für sich selbst zu erhöhen.

Unter dem Deckmantel demokratischer Legitimationsformeln werden manchmal allerdings auch populistisch-autoritäre Lösungen propagiert. Politische Programmatik und politisches Sendungsbewußtsein verbinden sich in manchen Fällen mit dem Bemühen, Ersatzideologien zu schaffen und zu nutzen. Sie sollen das politisch-geistige Vakuum füllen, das der Zusammenbruch der alten Regime und ihrer Ideologie geschaffen hat. Politiker und

neue gesellschaftliche Eliten müssen sich zugleich der Aufgabe wertorientierter Sinnstiftung stellen und doch eine neue Ideologisierung und obsoletere Moralisierung der Politik vermeiden.

In einem solchen Klima ist es nicht leicht, Verständnis und Unterstützung zu finden für rationale und komplexe Problemlösungen, die ein hohes Maß an Informiertheit und Urteilskraft, an Geduld und Einsatzbereitschaft von den Menschen verlangen. Viele können die raschen und radikalen Veränderungen intellektuell und emotional kaum bewältigen. Weit verbreitet ist die Angst vor der Zukunft (wohl am wenigsten in der CSFR). Erfolgsbedingungen und soziale Folgen vieler Reformschritte sind nicht leicht kalkulierbar, die Risikobereitschaft ist bei vielen verständlicherweise gering. Eine diffuse Stimmungslage zwischen Akzeptanz und Resignation, zwischen Aktivismus und Hoffnungslosigkeit, zwischen Geduld und Intoleranz, zwischen spontanem Protest und ausdauerndem Bemühen ist die Folge.

XI. Positive Potentiale für demokratische politische Kulturen

Trotz zahlreicher Schwierigkeiten und Hindernisse gibt es dennoch genügend positive Potentiale für die Entwicklung demokratischer politischer Kulturen in Ostmitteleuropa. Sie sind wirtschaftlich, sozial und kulturell von Land zu Land unterschiedlich. Politisch basieren sie zunächst auf national und individuell sehr differenzierten Erfahrungen mit Anpassung und Widerstand unter kommunistischer Herrschaft. Sie entfalteten sich vor allem im Zuge der friedlichen Revolutionen 1989/90, und sie bewähren sich im Aufbauprozess heute.

Auch wenn in diesem Beitrag die Schwierigkeiten der Demokratisierung der politischen Kultur postsozialistischer Gesellschaften betont wurden, so gibt es doch keinen Grund zur Hoffnungslosigkeit. Sie würde das Potential der Menschen und der neu geschaffenen Strukturen unterschätzen. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei können in ganz unterschiedlicher Weise auf demokratisch-freiheitliche Traditionen in den letzten 200 Jahren zurückblicken, nicht nur auf die Zeit der stalinistischen Diktatur und gebeugter Anpassung nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch aus dieser Zeit gibt es eine reichhaltige Erfahrung und ein ermutigendes Erbe von Widerstand und Protest, von Eigenständigkeit und aufrechtem Gang, die Erfahrung von Solidarität und Zusammenhalt in kleinen Gruppen und Familien, von der eigenen Macht der Men-

schen gegenüber den Mächtigen in Staat, Partei und Sicherheitsapparaten. Bei vielen Menschen ist das Bewußtsein für Recht und Unrecht, das Streben nach Freiheit für und individueller Selbstentfaltung in diesen Jahren nicht verlorengegangen. Zu Recht sind gerade diese drei oder vier Nationen stolz auf die Art und Weise, wie sie die kommunistische Parteidiktatur zum Sturz gebracht haben, wie sie auf friedliche Weise eine neue demokratische Ordnung geschaffen haben. Gewiß, die heroische Aufbruchphase ist vorüber, keineswegs aber ist die Erfahrung der erfolgreichen Massenmobilisierung vergessen. Zuversichtlich stimmt schließlich auch, wie sich seitdem Millionen für den Aufbau einer besseren Gesellschaft engagieren, aus Notwendigkeit und Überzeugung, mit Idealismus und Nüchternheit.

Ein großes produktives Potential dieser Gesellschaften bildet *der in vielen Berufen hohe Ausbildungsstand* von Intelligenz und Facharbeitern, die relative Modernität einzelner Industriezweige, vieler wissenschaftlicher Institutionen und des Netzes von Sozialeinrichtungen. Diese Feststellung bedarf gewiß vielfältiger Differenzierungen. Aber der überlegene Blick aus dem Westen sollte den gegenwärtigen Leistungsstand und vor allem die künftige Leistungsfähigkeit von Personen und Einrichtungen nicht unterschätzen, die sich als Ergebnis schon vor 1989/90 begonnener Lern- und Anpassungsprozesse entwickelt haben. Zahlreiche soziale und kulturelle Einrichtungen können auf eigene demokratische, nationale, christliche und europäische Traditionen zurückgreifen.

Teilweise waren auch Kirchen Träger des Widerstands und moralischer Integrität, sozialer Fürsorge und eines identitätsbewahrenden Glaubens (so besonders in Polen). Aber die Kirchen sind heute nur zum Teil Protagonisten des Neuen, d. h. eines modernen, aufgeklärten und praxisorientierten Glaubens; viel eher noch sind sie ein Hort des Konservativen und Apolitischen, fundamentalistischer oder traditionalistischer Bewegungen und Einflußnahmen auf die Gesellschaft (z. B. auch im Zuge der vom Papst angestrebten „Re-Katholisierung Osteuropas“ oder im Boom der neuen Sekten). Zugleich jedoch wächst z. B. in Polen die Zahl jener, die einen übermäßigen Einfluß der katholischen Kirche in Politik und Erziehung, gerade auch in der Abtreibungsfrage, ablehnen. Die von den Kommunisten forcierte Säkularisierung ermöglicht heute auf paradoxe Art in bestimmten Fragen* mehr individuelle Selbstbestimmung und eine offenere Gesellschaft.

Zu Recht werden heute Ideologie und Praxis des bürokratischen Sozialismus insgesamt negativ be-

urteilt. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Erziehung zu *sozialistischen Idealen* bestimmte Spuren im Bewußtsein der Bevölkerung hinterlassen hat. Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, Solidarität und die paternalistische Fürsorgeverantwortung des Staates sind Werte und Normen, die sich aus dieser Zeit bis in unsere Tage erhalten haben. Auch ist bei allen Einschränkungen der Stand der Frauenemanzipation besonders im beruflichen Bereich und in der Verbindung von Beruf, Familie und Kindererziehung beachtlich, ohne daß der Patriarchalismus in diesen Gesellschaften schon überwunden wäre.

Nicht zuletzt gab es spezifische *Qualitäten menschlichen Zusammenlebens*: gegenseitige Hilfe und Zusammenhalt in Not und Bedrohung, die Unterstützung mutiger Dissidenten und die clevere Unterwanderung bürokratischer Macht; das vertrauliche, freundschaftlich-offene Gespräch und eine nicht nur ökonomisch erzwungene Bescheidenheit. Viele achteten eher auf persönliche Integrität und Würde und nicht so sehr auf Konsumstandard und Statutssymbole wie im Westen.

Erinnern wir uns: Seit ihrem Bestehen lebten die ostmitteleuropäischen Länder unter dem Einfluß kritischer Kommunikationsströme aus dem Westen, wie z. B. Rundfunk, Fernsehen, Besucher, Exilpresse. So wurden nicht nur Informationen und Systemkritik importiert, sondern auch Vorstellungen von einer demokratischen politischen Kultur auf der Basis der Menschenrechte. Die Reformansätze und Revolten in einzelnen Ländern des Ostblocks strahlten auf den Rest aus. Besonders in den achtziger Jahren gewinnen diese transnationalen Einflüsse und „Alternativ-Modelle“ wachsende Bedeutung. Die polnische „Solidarnosc“ und die „Charta 77“ der ČSFR tauschten Erfahrungen und Konzepte aus und arbeiteten zum Teil zusammen.

Heute sind die Ost-Ost-Einflüsse bei der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur allerdings weniger wichtig als die vielfältigen Aktivitäten westlicher Partner. Schließlich ist es diese Entwicklung von Kooperation und guter Nachbarschaft, die besonders die drei ostmitteleuropäischen Länder als Basis und Triebkraft ihrer demokratischen Entwicklung ansehen können. So gibt es Ansätze zu einer Kooperation dieser drei Staaten untereinander. Ihre Aufnahme in das Europaparlament und in die KSZE, die ausgehandelten Assoziierungsabkommen mit der EG und die jüngst geschlossenen Verträge zur militärischen Abrüstung und Rüstungskontrolle stellen wichtige Rahmenbedingungen für die Stabilisierung dieser jungen Demokratien dar.

XII. Die Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa

In der Entwicklung demokratischer politischer Kulturen sehen sich die Eliten und die Bevölkerung Ostmitteleuropas vor die schwierige Aufgabe gestellt, konsensfähige Handlungsprinzipien und Wertorientierungen zu entwickeln, die die Gesellschaft integrieren, neue Identität stiften und demokratische Strukturen mit Leben erfüllen können. Ein risikovoller Transformationsprozeß ohne Vorbild soll demokratisch und sozial verträglich durchgeführt werden. Auch im Westen ist die Entwicklung des Kapitalismus nicht nur eine Erfolgsstory liberaler Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch die eines harten Kampfes um angemessene Löhne und Sozialleistungen, um innerbetriebliche Demokratie und wohlfahrtsstaatliche Absicherungen. Ohne gesicherte Routinen im Alltag, ohne soziale Sicherheit und ausreichende materielle Lebensgrundlagen ist es schwierig, Bereitschaft und Fähigkeit zum aktiven politischen Engagement zu entwickeln. Daran mangelt es z. B. auch heute noch in den politischen Kulturen der westeuropäischen Demokratien oder in den USA.

Wir sollten vorsichtig sein mit pauschalen Urteilen über den Entwicklungsstand ganzer politischer Kulturen. Selbst wenn es so ist, daß demokratische politische Werte und Normen in der Praxis westeuropäischer Gesellschaften besser verankert sind, so gibt es doch keinen Grund, mit Überheblichkeit nach Osten zu blicken, schon gar nicht für die Deutschen in Ost und West. Vor allem sollten wir nicht mit unterschiedlichen Maßstäben messen, wenn wir Ost und West meist abstrakt-typologisch miteinander vergleichen und dabei „dem Osten“ – und sei es oft nur unterschwellig – etwas schulmeisterlich schlechte Noten erteilen. Denn gerade in den drei ostmitteleuropäischen Ländern waren und sind wir zugleich Zeugen eines selbstinitiierten, mutigen und schwierigen Transformationsprozesses voller emanzipatorischer Potentiale und Erfahrungen. Er wird getragen von Mitgliedern der politischen Elite, die mit großem Ernst, Umsicht und Engagement eine neue Gesellschaftsordnung schaffen wollen. Der Blick auf die Ent-

wicklung in Ostdeutschland, aber auch auf die mühsamen Demokratisierungsprozesse in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, daß es sich bei der Entwicklung demokratischer politischer Kulturen um einen langfristigen Lernprozeß handelt.

Wahrscheinlich erfordert die Transformation postsozialistischer Gesellschaften national- und systemspezifische Lösungen, die dieser historisch einmaligen Aufgabe und den Bedingungen der einzelnen Länder besser entsprechen. Solche Lösungen wären für die meisten gesellschaftlichen Bereiche mehr als spezifische Wege *in der* Moderne zu verstehen, weniger als eine nachholende Modernisierung oder als Wege *in die* Moderne. So negativ auch die historischen Erfahrungen mit dem bürokratischen Sozialismus zu bewerten sind, so sollten die Westeuropäer doch nicht übersehen, daß der Sozialismus selbst ein Kind eigener moderner Traditionen der letzten beiden Jahrhunderte ist. Der bürokratische Sozialismus war eine insgesamt erfolglose, inhumane und undemokratische Antwort auf die Entwicklungsprobleme und Ungerechtigkeiten des Kapitalismus.

Historisch und politisch haben die Völker Europas gemeinsame Verantwortung zu tragen in der Bewältigung der Transformationsprobleme Mittel- und Osteuropas. Das Zusammenwachsen in Europa und besonders in Mitteleuropa wird aber zunehmend überlagert, ja überschattet von der gemeinsamen Bedrohung durch globale Umweltzerstörung und friedensgefährdende Rüstung, durch die gewaltsame Lösung der Probleme nationaler Emanzipation und die Instabilität neugebildeter Staaten im ostmitteleuropäischen Raum, einschließlich der GUS. Offen ist, wie wir die gemeinsame europäische Verantwortung für die Biosphäre und für die Nöte der sogenannten Dritten Welt angemessen wahrnehmen. Wir sollten also Fragen des Weges in die Demokratie und der Entwicklung demokratischer politischer Kulturen in Ostmitteleuropa immer auch als Fragen an alle europäischen Gesellschaften und als Herausforderungen in globaler Perspektive verstehen. Es gibt nur eine gemeinsame „Rückkehr nach Europa“ oder besser: eine gemeinsame Suche nach einem neuen Europa.

Die unvollendete Revolution in Osteuropa: Charakter und Ziele des politischen Umbruchs von 1989

I. Vorbemerkung

„Diese Revolution ist ein Prozeß, der – obwohl im Ausklingen begriffen – sich immer noch in Bewegung befindet. Erst wenn eine neue Generation in das politische Leben eintritt, wird man sagen können, daß wir alles hinter uns haben. Die Revolution ist tatsächlich noch nicht beendet.“¹

Vaclav Havel hält zwar eine Wiederkehr des Kommunismus in Osteuropa für ausgeschlossen; das Rad der Geschichte läßt sich nach seiner Überzeugung nicht mehr zurückdrehen. Doch in einem Gespräch mit dem polnischen Intellektuellen Adam Michnik machte der frühere Staatschef der ČSFR und heutige Präsident der Tschechischen Republik darauf aufmerksam, daß der mit der demokratischen Revolution von 1989 begonnene Umbruch bis jetzt andauere und der Systemwandel im Osten weiterhin gefährdet bleibe.

Havel nannte in dem Gespräch zwei Beispiele, um das Prozessuale, das Andauern des Umbruchs in seinem (mittlerweile zerfallenen) Lande zu beschreiben: Noch seien 95 Prozent aller Unternehmen in der Tschechoslowakei Staatsbetriebe; und noch stammten 95 Prozent aller Gesetze aus der Zeit der kommunistischen Diktatur².

Die „sanfte Revolution“ von 1989 bedeutete keinen völligen Bruch mit der Vergangenheit. Sie ließ einen Teil der Machtstrukturen des Ancien régime unangetastet. Diese Relikte der alten Zeit machen den Wegbereitern der neuen Verhältnisse schwer zu schaffen. Das betrifft die maroden Staatsbetriebe der mißratenen Planwirtschaft ebenso wie die Aufarbeitung von vier Jahrzehnten Unrechtsregime, aber auch den Kampf gegen die alten Gewohnheiten bei den einfachen Bürgern – denen das kommunistische System etwa jede Privatinitiative systematisch ausgetrieben hat.

1 Die unvollendete Revolution. Vaclav Havel im Gespräch mit Adam Michnik, in: *Transit*, (1992) 4, S. 12.

2 Vgl. ebd. S. 12.

Gewiß hat die Revolution von 1989 die kommunistischen Despotien in Osteuropa hinweggefegt. Das System der „Nomenklatura“ dürfte ein für allemal dahin sein. Diese Revolution hat definitiv eine alte Ordnung beseitigt und war daher von Erfolg gekrönt. Wenn man den Begriff „Revolution“ allein auf jene Volkserhebungen anwendet, die die totalitären KP-Regime in Osteuropa zum Nachgeben gezwungen haben, läßt sich durchaus sagen, daß der politische Umbruch von 1989 bereits abgeschlossen ist³.

In Polen hat der erste demokratische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki dafür plädiert, einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen und mit der Zukunft zu beginnen. Doch so einfach werden die Länder Osteuropas mit dem bedrückenden Erbe des totalitären Systems nicht fertig. Das Alte überlagert noch zu sehr das Neue. Wenn man sich den Sinn der Umwälzungen von 1989 vor Augen hält, dann kann man nicht guten Gewissens behaupten, daß das Werk der demokratischen Erneuerung im Osten schon vollendet ist⁴.

Darauf verweist nicht nur der „Sonderfall“ Rumänien, wo es keinen so radikalen Einschnitt gegeben hat wie in Polen, Ungarn oder der ehemaligen ČSFR. In Bukarest regieren mit dem Staatschef Iliescu und der „Nationalen Rettungsfront“ heute „gewendete“ Kommunisten, die in gewisser Weise das alte Regime fortführen. Die Revolution ist hier auf halbem Wege steckengeblieben⁵. In den anderen Ländern Osteuropas hat sich im Gegensatz dazu in Parlament und Regierung wohl der Wechsel hin zu den demokratischen Kräften längst vollzogen. Doch in Verwaltung und Wirtschaft sehen die Menschen vielfach alte „Seilschaften“ am Werk, die schon zu den Stützen des früheren KP-Regimes gezählt haben. Fast überall stehen neue Verfassungen, die die Errungenschaften der demokratischen Revolution von 1989 festschreiben, noch immer aus. Und die schier endlose Stasi-De-

3 Vgl. Ralf Dahrendorf, *Müssen Revolutionen scheitern?*, in: *Transit*, (1991/92) 3, S. 8–18.

4 Vgl. Vaclav Havel, *Wir haben zwanzig Jahre verloren*, in: ders., *Angst vor der Freiheit*, Reinbek 1991, S. 110–115.

5 Vgl. Walter Laqueur, *Europa auf dem Weg zur Weltmacht 1945–1992*, München 1992, S. 695.

batte etwa zeigt, daß der (Un)Geist des alten Regimes noch Jahre, ja Jahrzehnte fortwirken wird.

Wir leben im Jahre vier der europäischen Revolution des späten 20. Jahrhunderts⁶. Der Umbruch im Osten verändert den ganzen Kontinent. Deshalb ist es kaum zu begreifen, daß Westeuropa, das 1989 den Sturz der KP-Diktaturen bejubelt hat, bis heute kein richtiges Konzept hat, um den Osteuropäern bei der schwierigen Umgestaltung zu helfen. Immerhin bemüht sich jetzt die wissenschaftliche Literatur zusehends um ein genaueres Verständnis der Epochenwende von 1989. Dazu will auch die folgende Studie beitragen, die insbesondere der Frage nachgeht, welcher Art die Revolution von 1989 war und zu welchem Ziel sie geführt hat.

II. Die Rahmenbedingungen der Revolution von 1989

1989 entledigten sich nicht nur die lange geknechteten Völker Osteuropas durch eine Revolution ihrer diktatorischen Führungen. Zugleich wurde auch das gesamte System der Weltpolitik, wie man es seit 40 Jahren kannte, „revolutioniert“. Die Auflehnung der osteuropäischen Gesellschaften gegen die kommunistische Herrschaft ging Hand in Hand mit der Transformation der internationalen Ordnung, die seit 1945 durch das „bipolare“ Modell des Ost-West-Konflikts geprägt war.

Michail Gorbatschow wurde zum großen Bewegter der Weltpolitik. Dabei dachte der neue Kremlchef bei seinem Amtsantritt 1986 keineswegs daran, den Kommunismus abzuschaffen und Moskaus Satelliten in Osteuropa in die Freiheit zu entlassen. Die Politik der „Perestroika“ (Umgestaltung) und der „Glasnost“ (Offenheit) wurde vielmehr konzipiert als Rezept gegen die schwere Krankheit des kommunistischen Systems. Innerhalb des gesamten Ostblocks sollten nach dem Willen Gorbatschows reformkommunistische Regierungen das Ruder übernehmen. Kurzum: Der ganze Kurswechsel lief darauf hinaus, eine antikommunistische Revolution zu verhindern.

Da sich Reformen als unmöglich erwiesen, wurde der Wandel schließlich zur Revolution. Wie 1789 brach auch 1989 das alte Regime gerade in dem Augenblick zusammen, als es sich zu reformieren suchte. Tocquevilles Gesetz gilt demnach auch für

das sowjetische System: Regime sind am anfälligsten dann, wenn sie sich der Veränderung öffnen⁷.

Zwar fiel in Osteuropa das kommunistische System unter dem Druck der aufbegehrenden Bürger wie ein Kartenhaus zusammen. Aber nichts wäre in Gang gekommen ohne den „Faktor Gorbatschow“. Der Kremlchef konnte 1989 nicht mehr mit Gewalt in Osteuropa eingreifen, weil er damit im Westen seinen ganzen Nimbus als Reformzerstörer hätte. Daher fand sich Gorbatschow damit ab, daß der „Große Bruder“ abzudanken hatte, und verzichtete auf die neuerliche Anwendung der berüchtigten „Breschnjew-Doktrin“⁸. Daß Gorbatschow das Unausweichliche geschehen ließ, als es einmal ins Rollen gekommen war, macht ihn zu einem jener „Helden des Rückzugs“, von denen Hans Magnus Enzensberger gesprochen hat⁹.

Die Ereignisse des Jahres 1989 lassen sich freilich nicht auf ein Kalenderjahr beschränken. Zum einen dauerten die Umbruchsprozesse weit über jenes Jahr hinaus. Seinen (vorläufigen) Endpunkt erreichte das Jahr 1989 erst durch den Sieg der Demokraten über die Moskauer Putschisten im August 1991. Zum anderen begannen die Bewegungen des Jahres 1989 bereits viel früher; die Anfänge von 1989 gehen weit in die siebziger, ja bis in die fünfziger Jahre zurück¹⁰.

Sicherlich wäre die demokratische Revolution in Osteuropa ohne das Stillhalten der Sowjetunion in dieser Form nicht möglich gewesen. Daß es aber überhaupt zu diesem „Aufstand gegen Zwang und Lüge“ (Helmut Schmidt)¹¹ kam, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß selbst massive Einschüchterung den Geist der Freiheit nicht aus den Köpfen der Menschen tilgen können. Die Völker Osteuropas vermochten die KP-Regime abzuschütteln, weil sie über Jahrzehnte hinweg die Kraft zum Durchhalten und zum Widerstand aufgebracht hatten.

Der politische Aufbruch von 1989 hat daher eine lange Vorgeschichte immer neuer, immer wieder gescheiterter Rebellionen gegen die innere und die äußere Unterdrückung: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, 1970, 1976 und 1980/81 in Polen. Polen wurde, spätestens seit der Gründung der unabhängigen

7 Vgl. Alexis de Tocqueville, *Der alte Staat und die Revolution*, München 1978.

8 Jacques Rupnik/Dominique Moisi, 1989 in historischer Perspektive, in: *Transit*, (1991) 2, S. 6f.

9 Hans Magnus Enzensberger, *Die Helden des Rückzugs*, in: Frank Schirrmacher (Hrsg.), *Im Osten erwacht die Geschichte*, Stuttgart 1990, S. 151–158.

10 Vgl. Richard Wagner, *Völker ohne Signale. Zum Epochenbruch in Osteuropa*, Berlin 1992, S. 19.

11 Helmut Schmidt, *Ein Aufstand gegen Zwang und Lüge*, in: *Die Zeit* vom 8. 11. 1989, S. 1.

6 Vgl. Ludger Kühnhardt, *Akt vier des Dramas ist völlig offen*, in: *Rheinischer Merkur* vom 1. 1. 1993, S. 3.

Gewerkschaft „Solidarität“ 1979, zum Vorreiter der osteuropäischen Selbstbefreiung¹².

Daß die polnische „Solidarität“ den „Bazillus der Freiheit“ in die kommunistische Welt tragen konnte, ist vor allem dem KSZE-Prozeß zu verdanken. Denn die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ stellte ein Forum dar, auf dem der Westen nachdrücklich auf die Einhaltung der Menschenrechte auch im Osten drängte. Die Schlußakte von Helsinki, die 1975 auch die Ostblockstaaten unterzeichnet hatten, wurde für die osteuropäischen Bürgerrechtler zu einer Berufungsinstanz, mit der sie gegenüber dem kommunistischen Regime die Grundfreiheiten des einzelnen in ihren Ländern einklagen konnten. Folgerichtig sieht Adam Michnik den entscheidenden Einschnitt, der die „Authentizität des Wandels“ in der Sowjetunion Gorbatschows unter Beweis gestellt habe, in der Rückkehr Andrej Sacharows aus der Verbannung in Gorki: „Sacharow hat uns alle gelehrt, daß die Menschenrechte die Grundfeste der zivilisierten Welt sind... Die große antitotalitäre Revolution, die die Menschenrechte auf ihre Fahnen geschrieben hatte... , nahm ihren Ausgang bei Andrej Sacharow.“¹³

Auch die Wahl des Polen Karol Wojtyla zum Papst in Rom war ein Faktor, der zur revolutionären Situation in Osteuropa beigetragen hat. Denn Johannes Paul II. verstand es wie niemand vor ihm, den friedlichen Widerstand gegen das kommunistische Regime zu mobilisieren.

III. Die Besonderheiten der Revolution von 1989

Exakt 200 Jahre nach der Französischen Revolution ging es der demokratischen Revolution in Osteuropa nicht um neue Utopien, sondern um Ziele, die im Westen längst verwirklicht waren: die Achtung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte. In diesem Sinne läßt sich von einer „nachholenden“ oder „rückspulenden“ Revolution (Jürgen Habermas)¹⁴ sprechen. Diese Revolution machte den Weg frei, um versäumte Entwicklungen aufzuholen. Die Umwälzungen im Osten waren Volksaufstände im Namen der Herstellung oder Wiederherstellung der liberalen Demokratie¹⁵.

12 Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Revolution gegen den Totalitarismus*, in: ders., *Wendezeiten der Geschichte*, Stuttgart 1992, S. 329–350.

13 Adam Michnik, *Der lange Abschied vom Kommunismus*, Reinbek 1992, S. 108.

14 Jürgen Habermas, *Die nachholende Revolution*, Frankfurt/M. 1990, S. 180.

15 Vgl. François Furet, 1789–1917, *Rückfahrkarte*, in: *Transit*, (1990) 1, S. 61.

Die ursprüngliche Antriebskraft der Revolution von 1989 war das Streben nach Freiheit¹⁶. Da fand zu allererst eine politische Revolution, eine „Verfassungsrevolution“ statt: Die Beseitigung der diktatorischen KP-Herrschaft stand an erster Stelle; aber der politische Wandel sollte auch eine Veränderung der ökonomischen Zustände ermöglichen, d. h. freie Bahn schaffen für eine normale, funktionierende (Markt)Wirtschaft¹⁷.

Die nicht-utopische Revolution von 1989 hat augenscheinlich keine neuen Ideen und keine zukunftsweisenden Konzepte hervorgebracht. Joachim Fest sieht das Besondere der Revolution in Osteuropa darin, daß dieser Umsturz keine Vordenker hatte, die wie bei den Revolutionen der Vergangenheit mit dem Entwurf einer neuen, besseren Gesellschaft den Massen den Weg wiesen. Doch Fest trifft kaum ins Schwarze, wenn er konstatiert, daß ähnlich wie bei der studentischen Protestbewegung 1968 im Westen auch bei der großen Umwälzung 1989 in Osteuropa „von den Schreibtischen keine Verbindung zu den Werkbänken“ geführt habe¹⁸.

In Wirklichkeit war 1989 auch eine „Revolution der Intellektuellen“. Gewiß zwangen primär die streikenden Arbeiter in Polen oder die demonstrierenden Massen in der DDR und der Tschechoslowakei die kommunistischen Machthaber in die Knie. Aber „Revolutionspolitik“ machten die Intellektuellen; sie waren die Wortführer der Volkserhebung gegen das KP-Regime: Vaclav Havel, Adam Michnik, Mircea Dinescu etc.¹⁹. Die polnische Gewerkschaft „Solidarität“ war geradezu ein Modell für das Bündnis zwischen Intelligenz und Arbeiterschaft, ohne das der Machtwechsel in Warschau kaum möglich gewesen wäre.

In der „vorrevolutionären“ Phase der siebziger und achtziger Jahre hatten die Literaten und Intellektuellen in Osteuropa eine ähnliche Rolle gespielt wie vor 200 Jahren ihre französischen Kollegen, indem sie die „Legitimität“ des bestehenden politischen Systems erschütterten und eine Umwertung der herrschenden Werte anbahnten. Nun erlebten die osteuropäischen Intellektuellen mit dem Sieg der Revolution von 1989 ihren großen Triumph als Moralisten und Politiker: Die einst Ohnmächtigen gelangten an die Macht, die Dissidenten wurden zu

16 Vgl. Jan T. Gross, *Polen nach der Revolution*, in: *Transit*, (1991/92) 3, S. 77.

17 Vgl. Gustav Seibt, 1989 – Die zerbrechliche Revolution, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. 12. 1989.

18 Joachim Fest, *Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters*, Berlin 1991, S. 9.

19 Vgl. Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt*, München 1990, S. 456.

Präsidenten, Parlamentariern und Stars der Massenmedien²⁰.

Daß die Umwälzungen in den Ländern Osteuropas (mit Ausnahme Rumäniens) einen friedlichen und gewaltfreien Charakter hatten, war ein geschichtliches Novum. Die für die Demokratie demonstrierenden Massen wußten nämlich, daß nach der Wende durch Gorbatschow – anders als bei früheren Anlässen – diesmal keine Panzer des Warschauer Pakts rollen würden; diese Gewißheit machte den Menschen offensichtlich Mut und beflügelte ihre Zivilcourage. Daß es nicht zum Äußersten kam, war freilich auch den Reformkräften innerhalb der kommunistischen Apparate zu danken, die für einen Dialog mit den oppositionellen Gruppen eintraten – in der trügerischen Hoffnung, damit einen Teil ihrer Macht retten zu können. Ebenso trug der Einfluß der Kirchen dazu bei, daß der Systemwechsel friedlich ablief; denn sie stellten in Polen wie in der DDR der Opposition einen Schutz- und Protestraum zur Verfügung.

Entscheidend war wohl, daß nicht eine einzelne Partei oder eine einzelne Gewerkschaft zum Hauptakteur der Revolution wurde, sondern eine Bürgerbewegung, die ein breites Bündnis aller sozialen Schichten ermöglichte. Dies gilt für das „Bürgerforum“ in der ČSFR genauso wie für das „Neue Forum“ in der DDR. Auch die „Solidarität“ in Polen war von Anfang an mehr als eine Gewerkschaft im engeren Sinne, nämlich eine „gesellschaftliche Viel-Punkte-Bewegung“ (Adam Michnik), die der Demokratie den Weg ebnete²¹.

Daß sich die Revolution in der Tschechoslowakei so „sanft“ vollzog, war auch ein sichtbarer Erfolg der ursprünglichen Mission der „Charta 77“. Denn die Kraft dieses Manifestes von Bürgerrechtlern lag darin, daß es den herkömmlichen ideologischen Gegensatz zwischen links und rechts überwand und Menschen mit unterschiedlichsten Ansichten und Biographien zusammenführte. Das Fähnlein der Aufrechten in der „Charta 77“ wußte, daß es trotz aller Differenzen Werte gab, die jeder von ihnen verteidigen mußte; und daß es nötig war, sich zur Verteidigung dieser Werte mit anderen zusammenzuschließen. Den gemeinsamen Nenner fanden die Intellektuellen der „Charta 77“ damals in den Menschenrechten²².

Auch Jens Reich, einer der Mitbegründer des „Neuen Forums“, betont das Prinzip der strikten Gewaltfreiheit, das die Bürgerbewegung in der

DDR auf ihr Panier geschrieben habe: „Wir wollten in die legale Öffentlichkeit, alles sollte streng nach Vorschrift geschehen. Wir pochten auf unsere Rechte. Genau dieser Aspekt hat schließlich bewirkt, daß wir von den Bürgern der DDR unterstützt wurden... Die Revolution hat die Ziele, über die sich alle einig waren, erreicht: Einführung der Bürgerrechte und demokratischer Strukturen, Abschaffung der Gewaltjustiz und der politischen Justiz.“²³

Der Schriftsteller Michael Schneider weist zu Recht darauf hin, daß die osteuropäischen Massenbewegungen in ihrem Auftreten dem Verhalten rebellierender Menschen ähnelten, wie es Albert Camus in den fünfziger Jahren in seinem Buch „Der Mensch in der Revolte“ beschrieben hatte. Rebellen geht es im Gegensatz zu Revolutionären nicht um die Eroberung der Macht, sondern in erster Linie um die Zurückweisung eines als unerträglich empfundenen Zustandes. Der Rebell im Sinne von Camus ist eher ein Moralist, der die herrschende Gewalt verneint, ohne ihr eine organisierte Gegengewalt entgegensetzen zu wollen. Vor allem diese Absage an jede Gewalt sicherte den osteuropäischen Bürgerbewegungen die Sympathien der Bevölkerung²⁴.

Zu den Eigentümlichkeiten der osteuropäischen Emanzipationsbewegungen zählt auch, daß nationale Werte und Symbole in ihnen eine zentrale Rolle spielten. Dies war vor allem Ausdruck der nationalen Selbstbehauptung gegen ein System, das die osteuropäischen Völker nicht nur als Tyrannei, sondern zugleich als Fremdherrschaft erlebten und empfanden. Die Volkerhebungen erhielten dadurch besondere Wucht, daß sich die Massenproteste nicht gegen einen hausgemachten, sondern einen importierten Totalitarismus richteten²⁵. Gerade die Tatsache, daß die Befreiung vom Kommunismus eng verknüpft war mit der Frage der nationalen Souveränität, wirkte in den Ländern Osteuropas einheitsstiftend.

Es gibt eine deutliche Parallele zwischen den Umbruchsprozessen in Osteuropa und der Revolution von 1848: Auch im damaligen „Völkerfrühling“ hatten sich Aspirationen nach nationaler Souveränität und Nationalstaatsbildung mit Bestrebungen und Forderungen nach Volkssouveränität, bürgerlicher Demokratie und Öffentlichkeit verbunden²⁶.

23 Jens Reich in: Frankfurter Allgemeine Zeitung/Magazin vom 30. 10. 1992, S. 78 f.

24 Vgl. M. Schneider (Anm. 21), S. 296 f.

25 Vgl. ebd., S. 293, 296.

26 Vgl. Margareta Mommsen (Hrsg.), Nationalismus in Europa. Gefährliche Wege in die Demokratie, München 1992, S. 14.

20 Vgl. Zdzislaw Krasnodebski, Einmal zur Macht und wieder zurück, in: Neue Rundschau, (1993) 1, S. 19–38.

21 Vgl. Michael Schneider, Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus, Köln 1992, S. 291–294.

22 Vgl. Jiri Dienstbier, Träumen von Europa, Berlin 1991, S. 115.

Die demokratische Revolution von 1989 entlehnte ihre Mittel zwar dem bekannten Repertoire der neuzeitlichen Revolution: Die Präsenz der auf Plätzen und Straßen versammelten Massen entmachtete die kommunistischen Despoten. Aber diese spontane Massenaktion spielte sich erstmals unter den Bedingungen der modernen Massenmediengesellschaft ab²⁷. Besonders das Fernsehen wurde zu einem Multiplikator der Losungen der Massenproteste – am deutlichsten in Rumänien, wo das staatliche Fernsehen zur politischen Drehscheibe der Revolution gegen den Diktator Ceausescu umgewandelt wurde²⁸.

Im Zeitalter der grenzüberschreitenden elektronischen Medien kann es weitaus weniger als zuvor geschlossene Gesellschaften geben. In der Epoche des Fernsehens wird allein der zeitliche Ablauf der im doppelten Wortsinne revolutionären Übertragung der Ereignisse enorm beschleunigt. Nachrichten(vermittler) lösen internationale Revolutionsketten aus²⁹. Die Menschen, die im Dezember 1989 in Temesvar gegen den rumänischen Despoten protestierten, folgten „televisionären Modellen“: Sie ahmten die Demonstranten in Prag und Leipzig nach, über die das jugoslawische Fernsehen berichtet hatte. Die Demonstranten in Prag wiederum waren durch die TV-Informationen über die politische Wende in der DDR mobilisiert worden³⁰. Der britische Zeithistoriker Timothy Garton Ash resümiert: „Alle Revolutionen in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts sind Telerevolutionen.“³¹

IV. Die unterschiedlichen Wege zur Freiheit

Charakteristisch für den Umbruch in Polen und Ungarn war der „paktierte“ Systemwechsel, die zwischen Vertretern der alten Herrschaftseliten und der oppositionellen Kräfte „ausgehandelte Revolution“³². Das, was in Polen und Ungarn geschah, war folglich eine Mischung aus Revolution und Reform, die Timothy Garton Ash als „Refolution“ bezeichnet. Einerseits gab es da ein wichtiges Element des Wandels „von oben“, angeführt von einer aufgeklärten Minderheit in den noch immer herrschenden kommunistischen Parteien, andererseits aber auch ein starkes Element des Drucks

27 Vgl. J. Habermas (Anm. 14), S. 184f.

28 Vgl. M. Schneider (Anm. 21), S. 298.

29 Vgl. Michael Wolffsohn, Keine Angst vor Deutschland!, Frankfurt/M. – Berlin 1992, S. 34f.

30 Vgl. R. Wagner (Anm. 10), S. 24f.

31 Th. G. Ash (Anm. 19), S. 416.

32 M. Mommsen (Hrsg.) (Anm. 26), S. 10.

„von unten“. Das Zusammenspiel beider Elemente – durch Verhandlungen zwischen den herrschenden und den oppositionellen Eliten – führte zu den Vereinbarungen am „Runden Tisch“³³.

In Polen überwog der Druck „von unten“. Immerhin hatten sich nur in diesem Land Arbeiter und Intellektuelle schon Ende der siebziger Jahre zu einer wirksamen Massenbewegung, der Gewerkschaft „Solidarität“, zusammengefunden. Damit stellte sich für Polen die grundlegende Frage, inwiefern sich eine echte Opposition in das kommunistische System einbauen ließ. Die Wortführer der „Solidarität“ kannten sehr genau die Grenzen des Möglichen; sie strebten nicht sogleich die Machtübernahme an, sondern verfolgten eine Strategie der evolutionären Veränderung, ja der stufenweisen Überwindung des Systems. Es war eine „sich selbst beschränkende Revolution“³⁴.

In Ungarn hingegen setzte der Umbau der Gesellschaft „von oben“ ein. Am Ende pakteten die Reformkommunisten um Nemeth, Horn, Poszgay – unter dem Druck der Dissidenten – die entscheidenden Veränderungen durch.

Die Entwicklung in Polen und Ungarn hatte im übrigen Osteuropa einen politischen Zugzwang zur Folge. Die Wiederzulassung der „Solidarität“ und die Wahl Mazowieckis zum ersten nichtkommunistischen Premier in Polen, aber auch die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die ostdeutschen Flüchtlinge gaben die Impulse für die schnellen, vor allem von friedfertigen Demonstranten erzwungenen Umstürze in der DDR und in der Tschechoslowakei, denen die blutige Revolution in Rumänien und der gewaltlose, eher „von oben“ initiierte Machtwechsel in Bulgarien folgten. Timothy Garton Ash hat die enorme Beschleunigung der Ketten-Revolutionen von 1989 plastisch beschrieben: „In Polen dauerte es zehn Jahre, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen; vielleicht wird es in der Tschechoslowakei nur zehn Tage dauern!“³⁵

V. Der „Sonderfall“ DDR

In der DDR brachte erst die Massenflucht, dann der Massenprotest die Zwingburg der SED zum Einsturz. Diese Reihenfolge ist nicht zufällig, sondern entspricht dem tatsächlichen Ablauf der

33 Vgl. Th. G. Ash (Anm. 19), S. 339f.; Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, Stuttgart 1990, S. 9f.

34 Adam Krzeminski, Polen im 20. Jahrhundert, München 1993, S. 163.

35 Th. G. Ash (Anm. 19), S. 401.

„deutschen Revolution“: Der eigentliche Motor der „Wende“ war die Flüchtlingsbewegung; die spektakulären Demonstrationen in Leipzig oder Ost-Berlin sind als Folgeerscheinungen einzustufen³⁶.

Nur in der DDR gab es einen Richtungswechsel der Revolution, der sich in der Ablösung der Parole „Wir sind das Volk!“ durch das Motto „Wir sind ein Volk!“ ausdrückte. Nur hier konnte durch die zunehmende Orientierung auf die Bundesrepublik eine „Wende in der Wende“ einsetzen. Und nur hier schaffte die revolutionäre Gesellschaft mit dem Beitritt zur Bundesrepublik sogleich die „Rückkehr nach Europa“, die die osteuropäischen Demokratiebewegungen allesamt als ihr Hauptziel proklamiert hatten³⁷.

Im Falle der DDR läßt sich daher, wie es Gert-Joachim Glaebner tut, von einer wiederherstellenden und zugleich von einer abgebrochenen Revolution sprechen: Einerseits wollte sie wieder an die freiheitlichen Traditionen der westlichen Demokratien anknüpfen; andererseits kam der Prozeß der Neukonstituierung der Gesellschaft nicht wirklich in Gang, weil er schon wenige Wochen nach dem Sturz der SED-Herrschaft durch den Ruf nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten überlagert wurde³⁸. Da dies der offenkundige Wunsch der großen Mehrheit der DDR-Bürger war, trifft die Klage der ostdeutschen Intellektuellen nicht zu, daß die DDR-Revolution „verraten“ worden sei. Zwar blieb von den Impulsen der DDR-Bürgerbewegung im politischen Alltag der deutschen Einheit wenig übrig. Doch setzt sich im Grunde die DDR-Revolution bis heute durch den Prozeß der deutschen Vereinigung fort³⁹.

Nur in der DDR tat sich im Herbst 1989 eine tiefe Kluft zwischen den Intellektuellen und dem Volk auf. Nichts demonstrierte dies deutlicher als der Aufruf „Für unser Land!“, in dem führende Schriftsteller und Künstler Ostdeutschlands nach dem Fall der Mauer noch für eine eigenständige, sozialistische und demokratisch erneuerte DDR eintraten, als die meisten DDR-Bürger von sozialistischen Experimenten längst nichts mehr wissen wollten. Während etwa in der Tschechoslowakei Vaclav Havel zur Symbolfigur der

„samtenen Revolution“ wurde, fiel in der DDR den Vertretern der Intelligenz kaum mehr als die Rolle von Zaungästen zu. In der DDR fand, pointiert gesagt, eine „Revolution ohne Intellektuelle“⁴⁰ statt.

Die Pauschalkritik an den führenden ostdeutschen Schriftstellern wie Christa Wolf übersieht freilich zweierlei: Zum einen hat auch die kritische DDR-Literatur – nicht die Parteiliteratur – einen Anteil an den umwälzenden Ereignissen des Jahres 1989. Die Autoren haben insofern wichtige Vorarbeit für die DDR-Revolution geleistet, da sie mit ihren Büchern ein kritisches Bewußtsein geweckt und wachgehalten haben⁴¹. Zum anderen war es in der DDR von Anfang an außerordentlich schwierig, eine wirksame Opposition gegen die SED-Herrschaft auf die Beine zu stellen, weil die Regimegegner durch die Abwanderung von Verfolgten und Flüchtlingen in die Bundesrepublik immer wieder geschwächt wurden. Wenn die kritischen Köpfe im Lande geblieben wären oder im Lande hätten bleiben können, „hätte es mit der DDR-Opposition anders ausgesehen“⁴².

VI. Die Leit motive der osteuropäischen Revolution

Insgesamt zielten die Ketten-Revolutionen von 1989 auf die Durchsetzung der „civil society“, d. h. der Bürger- oder Zivilgesellschaft. Dies war seit den siebziger Jahren das Stichwort für das zentrale politische Konzept der osteuropäischen Opposition gewesen. Da die klassischen politischen Institutionen (Parlament, Regierung, etc.) von der Kommunistischen Partei dominiert waren, konnten Veränderungen nicht durch Teilnahme am politischen Prozeß, sondern nur durch Aufbau einer „alternativen“ Gesellschaft außerhalb der Domäne des Parteistaates bewirkt werden⁴³. Der Pole Bronislaw Geremek hat die Wiederherstellung der Zivilgesellschaft in den osteuropäischen

40 Gert Ueding, Revolution ohne Intellektuelle, in: Die politische Meinung, (1992) 271, S. 79–88; vgl. dazu Joachim Fest, Schweigende Wortführer, in: F. Schirrmacher (Hrsg.) (Anm. 9), S. 94–102.

41 Vgl. Helmut L. Müller, Zwischenbilanz. Ein Gespräch mit Günter de Bruyn, in: Die politische Meinung, (1992) 276, S. 70–72; zu pauschal fällt das Urteil aus bei Paul Noack, Deutschland – deine Intellektuellen, Bonn 1991; differenzierter und mit weitaus besserer Kenntnis der literarischen Texte dagegen Helmuth Kiesel, Die Intellektuellen und die deutsche Einheit, in: Die politische Meinung, (1991) 264, S. 49–62.

42 H. L. Müller, ebd., S. 72.

43 Vgl. Transit, (1991/92) 3, S. 5.

36 Insofern setzt Sigrid Meuschel falsche Akzente, wenn sie bilanziert, die Massendemonstrationen hätten das SED-Regime zu Fall gebracht; vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR, Frankfurt/M. 1992, S. 317.

37 Vgl. ebd., S. 318/319.

38 Vgl. Gert-Joachim Glaebner, Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit, Opladen 1992, S. 13, 22.

39 Vgl. Wolfgang Templin, Von der Opposition der ersten Stunde zur Bedeutungslosigkeit, in: Das Parlament vom 14. 9. 1990, S. 3.

Ländern als ein „Programm der Freiheit“⁴⁴ bezeichnet.

In der Praxis bedeutete dies die Literatur des „zweiten Umlaufs“ (Samisdat), die „fliegende Universalität“ neben der offiziellen, die „Schattenwirtschaft“ und die unabhängige Gewerkschaft – wie die „Solidarität“ in Polen⁴⁵. Bezeichnend für das Konzept der „civil society“ als Gegenbild zur repressiven KP-Macht war, daß der Vorläufer der „Solidarität“, das 1976 gegründete „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, bald zum „Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung“ (KOR) wurde; es richtete damit eine erste Grenze zwischen kommunistischer Macht und ziviler Gesellschaft auf⁴⁶.

Auch Vaclav Havel verstand das Projekt einer „parallelen Polis“ als Keimzelle für den friedlichen Wandel der gesamten Gesellschaft. Mit der „Charta 77“ bildete sich inmitten einer Welt politischer Unterdrückung eine antitotalitäre Gemeinschaft, die mit ihrem öffentlichen Bekenntnis zum Gerechten und Guten den Bürgern ein Beispiel geben wollte. Dem „Leben in Lüge“ sollten immer mehr Menschen ein „Leben in Wahrheit“ entgegensetzen, so hoffte Havel, und auf diese Weise das ganze Land grundlegend verändern⁴⁷. Im Kommunismus gewann diese moralische Forderung sofort eine politische Dimension. Denn der totalitäre Staat duldete niemanden, der sich seiner Vereinnahmung demonstrativ entzog. Für die demokratische Opposition in Osteuropa aber gehörten Politik und Moral untrennbar zusammen⁴⁸.

Die Politik des Widerstands wurde unter kommunistischen Bedingungen somit fast überall und fast programmatisch zur „Antipolitik“⁴⁹. „Der Antipolitiker“, sagte der ungarische Schriftsteller György Konrad, „möchte den Wirkungsbereich der Regierungspolitik (besonders den ihres militärischen Apparats) unter der Kontrolle der Zivilgesellschaft

halten.“⁵⁰ Dieses „antipolitische“ Verständnis der Politik erweiterte noch die bedeutsame Rolle der Literaten und Intellektuellen im gesellschaftlichen Leben der letzten Phase des Kommunismus; denn sie wurden zu Trägern des politischen Programms und ersetzten gewissermaßen politische Institutionen⁵¹.

Gleichzeitig propagierten die osteuropäischen Dissidenten „Mitteleuropa“ als Hoffnungsbegriff gegen das Blockdenken. Er war ein Signal dafür, daß man sich dem demokratischen Westen, nicht dem „Ostblock“, zugehörig fühlte. Jiri Dienstbier notierte, die Menschen im Osten empfänden sich als Europäer und lehnten die „absurde Situation“ ab, „in der sie sich nicht frei zwischen Preßburg und Wien bewegen können, wo einst eine Straßenbahn fuhr“. Die Intellektuellen Osteuropas seien deshalb heute „die führenden Kämpfer für die Erhaltung und Erneuerung der europäischen Einheit, gemeinsame kulturelle und zivilisatorische Traditionen“⁵².

VII. Die schwierige „Rückkehr nach Europa“

Vier Hauptziele können zusammenfassend die Intentionen der Revolution von 1989 umreißen: Nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Rechtsstaat, Wechsel des Wirtschaftssystems, Integration in Europa. Von diesen Zielen haben die Osteuropäer überraschenderweise jenes der nationalen Souveränität am schnellsten und am leichtesten erreicht. Der Warschauer Pakt hat sich aufgelöst, die Rote Armee ist abgezogen, der „Große Bruder“ Sowjetunion ist selbst zerfallen. Allerdings leben die Osteuropäer weiterhin im Schatten der prekären Lage in Rußland und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR. In den Ländern Osteuropas sind zwar die Weichen für die Freiheit gestellt worden, doch die Zukunft der Demokratie bleibt unsicher. So erschwert die Vielzahl ständig neu entstehender Parteien die Bildung regierungsfähiger Mehrheiten. So sind die Bürger, der Politik entfremdet und durch den sozialen Umbruch erschüttert, anfällig für die Parolen von Demagogen jeder Couleur.

Denn der wirtschaftliche Transformationsprozeß in den postkommunistischen Ländern muß ungeheure Schwierigkeiten überwinden. Die Reform-

44 Bronislaw Geremek, Die Civil Society gegen den Kommunismus: Polens Botschaft, in: Krzysztof Michalski (Hrsg.), Europa und die Civil Society, Stuttgart 1991, S. 264.

45 Vgl. Krzysztof Michalski, Von Mythen durchwachsen. Über Literaten, Intellektuelle und Politik, in: Was – Zeitschrift für Kultur und Politik, (1992) 69, S. 9.

46 Vgl. R. Wagner (Anm. 10), S. 22.

47 Vgl. Vaclav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1989; vgl. dazu Fritz Stern, Von der Lüge befreit, in: Die Zeit vom 13. 12. 1991, S. 42.

48 Vgl. Helga Hirsch, Philosophen gehen, Macher kommen, in: Die Zeit vom 10. 7. 1992, S. 1; Martha S. Halpert, Ein langer, schmerzvoller Weg in die Normalität, in: Die Weltwoche vom 21. 5. 1992, S. 9.

49 Vgl. Alexander Kuchenreuther, Man muß mit der Rache Schluß machen, in: Süddeutsche Zeitung vom 12./13. 10. 1991; Hans-Harald Müller, Mitteleuropäisches Geistesfest, in: Rheinischer Merkur vom 11. 10. 1991, S. 19.

50 Zit. nach Th. G. Ash (Anm. 19), S. 204; vgl. György Konrad, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt/M. 1985.

51 Vgl. K. Michalski (Anm. 45), S. 9.

52 J. Dienstbier (Anm. 22), S. 92.

staaten gehen den Weg zur Marktwirtschaft entweder mit mutigen Schritten (wie die Tschechische Republik des Ministerpräsidenten Klaus) oder zögernd (wie die Slowakei unter Premier Meciar). Das wirtschaftliche „Tal der Tränen“, das in jedem Falle durchschritten werden muß, lasten jetzt immer mehr Menschen in Osteuropa nicht dem gescheiterten kommunistischen System, sondern der neu errungenen Demokratie an. Hinzu kommt, daß die gesamteuropäische Einheit längst nicht so rasch Wirklichkeit werden dürfte, wie von den Völkern im Osten erhofft worden ist. Wirtschaftspolitisch befinden sich die Osteuropäer im Wartezimmer der EG; sicherheitspolitisch haben sie zwar im Nordatlantischen Kooperationsrat Anschluß gefunden, aber der Beitritt zur NATO bleibt ihnen vorerst verwehrt. An die Stelle der politischen Teilung Europas durch den „Eisernen Vorhang“ ist eine soziale Teilung des Kontinents getreten.

Die „Rückkehr nach Europa“, d. h. zu Zuständen wie in den EG-Staaten, wird wohl viel länger dauern, als es sich die osteuropäischen Intellektuellen in der Euphorie des Epochenjahres 1989 ausgemalt haben. Osteuropa wird noch geraume Zeit mit den Überbleibseln des alten Systems leben müssen. Es wäre aber übertrieben, von einer „Revolution ohne Revolution“⁵³ zu sprechen, weil nicht die ge-

53 So der Ungar Janos Kis in: *Transit*, (1991/92) 3, S. 51; Glaebner verweist richtigerweise darauf, daß die Revolution von 1989 in erster Linie Anschluß an die Verfassungsentwicklung der freiheitlichen Demokratien des Westens habe gewinnen wollen; es sei ihr zu allererst um die Neuordnung des politischen Systems und die Sicherung der individuellen Freiheiten gegangen; insofern habe sie mehr dem institutionellen Charakter der Amerikanischen als dem sozialrevolutionären der Französischen Revolution entsprochen. Vgl. G.-J. Glaebner (Anm. 38), S. 139f.; siehe dazu auch Ulrich K. Preuß, *Das Recht der Revolution*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. 8. 1992; sowie grundlegend Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974³; dazu auch Joachim Fritz-Vannahme, *Des Aristoteles verzweifelte Tochter*. Über Hannah Arendt, in: *Die Zeit* vom 25. 10. 1991, S. 77.

samte alte Herrschaftselite samt ihren Zuträgern und Mitläufern ausgeschaltet worden ist.

Die Osteuropäer bringen zwar die Erfahrung erkämpfter Demokratie mit. Doch die Institutionen einer „Bürgergesellschaft“ müssen erst mühsam aufgebaut werden. Die Erwartung, die Ansätze einer Selbstorganisation der Gesellschaft zu Zeiten der Opposition gegen das KP-Regime genügen bereits, um eine neue, demokratische Gesellschaft zu schaffen, hat sich als Trugschluß herausgestellt. Eine „civil society“ wird getragen vom Bürgersinn; aber die niedrige Wahlbeteiligung bei diversen Urnengängen in Osteuropa signalisiert starke politische Apathie, in der sich ein tiefer Argwohn der Bürger gegen die Politik – nach einer langen Periode verordneter Politisierung – spiegelt.

Die osteuropäischen Intellektuellen müssen den Übergang von der Situation des Widerstandes, der Dissidenz zur klassischen, „normalen“ Politik bewältigen. Das „antipolitische“ Verständnis der Politik von früher erweist sich unter den neuen Bedingungen fast als ein Hindernis. So ist Havel's Traum von einer neuen, besseren Demokratie, die nicht so sehr von den Parteien, sondern mehr von den Initiativen der Bürger getragen wird, schnell zerstoßen. Zugleich erleben die Intellektuellen, daß in der Phase des Übergangs moralischer Kredit weit weniger zählt als früher; professionelle Politiker erobern mehr und mehr das Terrain der Moralisten⁵⁴.

Eine „Normalisierung“ in den postkommunistischen Ländern zeichnet sich ab. Aber noch ist die osteuropäische Revolution von 1989 unvollendet. Daß sie gelingt, daran müßte Westeuropa größtes Interesse haben.

54 Zu den Schwierigkeiten in der Phase des Übergangs siehe Jerzy Jedlicki, *Die unerträgliche Last der Geschichte*, in: *Transit*, (1991) 2, S. 16–26; Marcin Krol, *Revolution, Restauration, Amnesie*, in: ebd., (1991) 2, S. 27–35; Bruce Ackermann, *Von der Revolution zur Verfassung*, in: ebd., (1992) 4, S. 46–61.

Die Rolle der Intellektuellen im Prozeß des osteuropäischen Systemwandels

I. Einführung

Der ebenso unerwartete wie plötzlich-abrupte Zusammenbruch der sozialistischen Systeme des Ostblocks 1989/90, den wir als Zeitzeugen mit gebannter Aufmerksamkeit verfolgt haben und weiter verfolgen, kann hinsichtlich seiner entscheidenden Ursachen und Gründe nach wie vor keineswegs schon als hinreichend erklärt und begriffen gelten. Vielmehr wird man Albert O. Hirschman beipflichten müssen, wenn er feststellt: „Allein die Tatsache, daß sie (die Ereignisse des Umbruchs in Osteuropa – T. St.) für Zuschauer und Beteiligte völlig überraschend kamen, deutet darauf hin, daß unsere Fähigkeit, politische und soziale Veränderungen großen Ausmaßes zu verstehen, gänzlich unterentwickelt ist.“¹

So ist es auch nicht verwunderlich, daß noch heute – zwei Jahre nach der „Wende“ – in Wissenschaft und Publizistik keineswegs Konsens hinsichtlich der maßgeblichen Ursachen dieses universellen politischen Konkurses besteht; je nach Fachrichtung und Weltanschauung liegen für die einen die Gründe mehr im Ökonomischen, für die anderen eher im Politischen, während wieder andere sozialpsychologische Ursachen favorisieren. Man wird sich einerseits in dieser Situation hüten müssen, irgendeine monokausale Erklärung anzubieten, andererseits wird man nicht daran vorbeikommen, einer zahlenmäßig relativ kleinen sozialen Gruppe eine qualitativ hohe Bedeutung als aktivem Faktor in diesen politischen Umbrüchen zuzurechnen, und zwar den Intellektuellen bzw. der Intelligencija.

Die These, die den nachfolgenden Erörterungen zugrunde liegt, lautet, daß den Intellektuellen als sozialer Gruppe eine maßgebliche Rolle und entsprechende Bedeutung im Prozeß des Systemwan-

Dieser Aufsatz ist hervorgegangen aus einem politikwissenschaftlichen Seminar, das der Autor gemeinsam mit Mirjana Eilers, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Augsburg, durchgeführt hat, und sucht die Ergebnisse der Seminararbeit und -diskussionen auszuwerten. Der Autor hat Frau Eilers und den Seminarteilnehmern für Mitarbeit und Anregungen zu danken.

1 Albert O. Hirschman, Wir weinen diesen keine Träne nach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 8. 1992.

dels zukommt, daß diese Gruppe sowohl im Prozeß der Destabilisierung und Auflösung der alten, versteinerten sozialistischen Ordnungen als auch bei der Konzeptualisierung und Konstituierung neuer demokratischer Ordnungen in diesen Ländern eine bedeutende Wirkung erzielt hat und daher als ein maßgeblicher Faktor im osteuropäischen Umbruchsgeschehen gelten muß. Herauszuarbeiten ist, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die Intellektuellen, die ja eigentlich nirgends als eine geschlossene und handlungsfähige Gruppe auftreten, diese doppelte Wirkung haben ausüben können.

Drei Beispiele aus drei verschiedenen Ländern sollen im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen, anhand derer exemplarisch diese Doppelfunktion der Intellektuellen untersucht werden soll: 1. Adam Michnik für Polen, 2. Václav Havel für die Tschechoslowakei und 3. György Konrad für Ungarn.

II. Intellektuelle und Politik

Vor der empirischen Analyse gilt es zunächst, kurz auf ein Problem einzugehen, dessen Nichtbeachtung oder Nichtlösung unseres Erachtens die wichtigste Ursache für die so häufig unbefriedigenden und letztlich fruchtlosen Erörterungen des Verhältnisses von Intellektuellen und Politik ist – auf die Frage nämlich, auf welcher Ebene der komplexen politischen Gesamtheit eigentlich Politik und Intelligenz so überlagern, wo sie sich so „treffen“, daß sich daraus greifbare und weitreichende Interaktionen mit entsprechenden Folgen für beide Seiten ergeben können.

Die alten, vor allem in Deutschland nach wie vor wiederholten Klischees und Stereotypen vom Gegensatz oder Widerspruch von Geist und Macht, Intelligenz und Politik vermögen heute eigentlich nicht mehr so recht zu überzeugen²; sie haben für die genauere Analyse und Interpretation dieser

2 Gleichwohl wird dieses Klischee immer wieder erneut bemüht; so von Walter Jens, Geist und Macht – Aspekte eines deutschen Problems, in: ders./W. Graf Vitzthum, Dichter und Staat, Berlin 1991, S. 61 ff.

Verhältnisse und ihrer Auswirkungen nur eine sehr begrenzte Aussagefähigkeit bewiesen. Nicht zuletzt schon deswegen, weil dieser Ansatz nur zu oft mit der sachlich unbefriedigenden, aber angeblich unabänderlichen Antithese von (geistloser) Macht und Politik gegenüber (machtlosem) Geist arbeitet. Mit einer so groben These kann das problematische und oft auch widersprüchliche Verhältnis von Intelligenz und Politik aber nicht angemessen erfaßt, geschweige denn analytisch bearbeitet werden. Politik und Macht sind – wie ein Blick in Geschichte und Gegenwart leicht verrät – durchaus keineswegs naturnotwendig „geistlos“, und der „Geist“ (was immer man im einzelnen darunter verstehen mag) ist auch nicht einfach „machtlos“. Es folgt aus einer derartig extremen Kontraposition von Geist und Politik kaum ein sachdienlicher Hinweis darauf, wie dann der (machtlose) Geist mit der (geistlosen) Macht in eine (wie immer geartete) Beziehung, auch in einen (wie auch immer gearteten) Diskurs, wird eintreten können.

Diese simple und wenig fruchtbare Antithese folgt schlicht aus einer völlig unzureichenden, weil viel zu kurz greifenden Beschreibung und Analyse der komplexen politischen Gesamtheit und ihrer verschiedenen, aufeinander verweisenden und interagierenden Ebenen oder Dimensionen³.

In der Regel wird die politische Realität lediglich unter den Dimensionen der Handlungs- und der Institutionen-Realität wahrgenommen und bearbeitet. Eine bewußtseinsmäßige, mentale, „kulturelle“ oder „symbolische“ Realitätsdimension der Politik bleibt vielfach unberücksichtigt. Dabei ist leicht einzusehen, daß – wie für den Aufbau der sozialen Realität überhaupt – diese dritte Dimension, die Dimension des Bewußtseins oder besser: des politischen Wissens, für die politische Realität durchaus konstitutiv ist⁴.

Im Hinblick auf unser spezielles Thema bedeutet dies wesentlich, daß die „Intellektuellen“ Politik kritisch reflektieren auf der Ebene der politischen Wissensbestände, die für eine konkrete Gesellschaft konstitutiv (geworden) sind. Insofern man nun davon ausgehen kann, daß die politisch Herrschenden in der Regel ein Interesse an der Stabilität und Bewahrung der politischen Wissensbe-

stände – als Legitimationsbasis ihrer Herrschaft – haben, die Intellektuellen aber durchweg zumindest eine Tendenz, diese Wissensbestände immer wieder kritisch in Frage zu stellen, und damit Destabilisierung und Delegitimierung politischer Herrschaft zugunsten neuer normativer politischer Ordnungskonzeptionen in Kauf zu nehmen bereit sind, kann man von einer „natürlichen“ Spannung zwischen Politik und Intelligenz ausgehen.

III. Intelligencija und Politik im osteuropäischen Systemwandel

Politische Herrschaftssysteme sind mithin nicht nur durch politisches Handeln und politische Institutionen, sondern wesentlich auch durch bestimmte, im historischen Prozeß gesellschaftlich entstandene und weitergegebene politische Wissensbestände konstituiert und werden durch dieses gemeinsame Wissen im Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder stabilisiert, die Gesellschaft als politisches Gemeinwesen so integriert. Die politische Identität eines Gemeinwesens wird wesentlich über diese gemeinsamen politischen Wissensbestände gebildet und garantiert.

Politische Wissensbestände sind – hinsichtlich ihrer Inhalte und Funktionen – nicht starr oder statisch, sondern unterliegen mehr oder weniger stetigen Veränderungen, die nicht zuletzt durch den kontinuierlichen historisch-politischen Erfahrungsprozeß der Gesellschaften in Gang gebracht und gehalten werden. Sie können indes auch – in Umbruchsituationen – in eine Krise geraten, in der sie verfallen und obsolet werden⁵.

Die Wissensbestände können natürlich auch – unter bestimmten politischen Herrschaftsformationen – erstarren und auf diesem Wege allmählich ihre eigentlichen Funktionen verlieren. In einer solchen Situation kann in einem politischen Gemeinwesen das Bedürfnis nach Veränderung oder gar Revolutionierung dieses politischen Wissens entstehen und sich politisch artikulieren. In solchen historischen Lagen finden dann die Intellektuellen ihre Stunde der Bewährung und der Wirkung, so in der gesellschaftlichen Produktion und Artikulation (neuen) kritischen politischen Wissens, durch das sich das alte, erstarrte und so nicht eigentlich mehr produktive politische Wissen in Frage gestellt sehen muß.

Ein für die politische Herrschaftsstabilisierung und -durchsetzung wichtiges Verfahren ist die Absicherung bestimmter Wissenssorten und -inhalte durch

3 Vgl. zu diesem Problem der politikwissenschaftlichen Theoriebildung Dirk Berg-Schlosser/Theo Stammen, Einführung in die Politikwissenschaft, München 1992³; grundlegend: Eric Voegelin, Was ist politische Realität?, in: ders. Anamnesis, München 1963; Peter Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1972.

4 Vgl. Theo Stammen, Verfall und Neukonstituierung politischen Wissens, in: M. Hättich (Hrsg.), Politische Bildung nach der Wiedervereinigung, München 1992, S. 9–26.

5 Vgl. ebd.

Kanonisierung und durch Zensur. Kanonbildung und Zensur gehören als Verfahren eng zusammen und bedingen sich wechselseitig. Mit den durch dogmatisierten Kanon und rigide Zensur systematisch geschützten Wissensbeständen kann eine Gesellschaft – wegen des erfahrungsverweigernden Charakters solcher dogmatisierter Wissenssysteme – nicht lange bestehen; die Erfahrungsverweigerung beeinträchtigt und unterbindet auf längere Sicht das auf Wahrheit und Einsicht beruhende Wechselverhältnis zur Umwelt mehr und mehr; die soziale und politische Evolution politischer Gemeinwesen wird dadurch blockiert; es kommt zu pathologischen Zuständen der Gesellschaft; sie verliert ihre Fähigkeit der Anpassung und Differenzierung der Systemstrukturen, speziell der Informations- und Kommunikationsstrukturen, an sich verändernde Umwelten – mit dem schließlichen Effekt des Systemzusammenbruchs. Hier liegt eine der wichtigsten Ursachen für den überraschenden Zusammenbruch der einzelnen sozialistischen Staaten und des internationalen Systems des Sozialismus nach sowjetischem Modell.

Aus dieser historisch-konkreten Situation stellten sich zwei Aufgaben für die Intelligencija:

1. die verhärteten und unbrauchbar gewordenen, ideologisch-dogmatischen politischen Wissensbestände in diesen Gesellschaften zu überwinden;
2. für den Aufbau einer neuen offenen und pluralistischen Zivilgesellschaft das erforderliche neue Wissen zu produzieren und zu distribuieren.

In den ehemaligen sozialistischen Ländern in Ost- und Südosteuropa kann man beobachten, wie – allerdings in deutlich unterschiedlicher Weise und Intensität – die Intellektuellen versucht haben, diese beiden Aufgaben wahrzunehmen und so eine neue Ära der bürgerlich verantwortlichen Politik und der Demokratiegründung einzuleiten.

IV. Intellektuelle und Subversion

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Intellektuellen in den verschiedenen osteuropäischen Ländern, besonders in Polen, Ungarn und der ČSFR, in der Vorbereitungsphase der „Wende“ oder der „samtenen Revolution“ durch die argumentative Infragestellung und Kritik der sozialistischen Systeme für deren Destabilisierung und Delegitimierung eine herausragende und bleibende Leistung erbracht haben. Dies vor allem durch die Wahrnehmung zweier verschiedener, untereinander indes verbundener und sich ergänzender Aktivitäten: einmal durch eine präzise zeit-

kritische Analyse der bestehenden politischen Verhältnisse und der kritischen Reflexion ihrer Ordnungsproblematik; zum anderen durch die penetrierende Erneuerung des politischen Diskurses über die Ideen und Werte der „Civil Society“ („Bürgergesellschaft“) oder „offenen Republik“⁶. Die Ausübung dieser beiden intellektuellen Tätigkeiten verhielt sich gegenüber den noch bestehenden realsozialistischen Systemen notwendig „subversiv“; insofern es sich speziell bei der Rezeption und Reflexion dieser politischen Ideen und Wertvorstellungen, deren Herkunft aus der Tradition der westeuropäischen Aufklärung unverkennbar ist, um eine stark philosophisch-ideengeschichtliche Unternehmung handelte, konnten sich die Intellektuellen in doppelter Weise dieser Dinge annehmen: einmal als Gegenstand und Thema intellektueller Diskussionen, zum anderen als konkrete und aktuelle Aufgabe und Verpflichtung. Es ist durchaus bemerkenswert, daß in den genannten Ländern sich im Jahrzehnt vor der „Wende“ das öffentliche intellektuelle Engagement zunehmend intensiver auf die Idee der „Bürgergesellschaft“ konzentrierte: als einer „regulativen Idee“ (im Verständnis Kants), an der sich praktisch-politische Vernunft und Urteilskraft, aber auch politische Praxis, zu orientieren habe, um dem erfahrenen akuten Mangel an diesen Ideen im System des realexistierenden Sozialismus abzuhelpen.

Adam Michnik in Polen, Václav Havel in der ČSSR und György Konrad in Ungarn haben in ihren politischen Essays (aus der Zeit vor der „Wende“) diese Ausgangsposition und die Rahmenbedingungen der „Civil Society“ in ihren Ländern zeitkritisch analysiert und sie auf diese Weise auch für das westliche Ausland plausibel gemacht. Entscheidende Voraussetzung dafür, daß es in Osteuropa nirgends eine „Bürgergesellschaft“ gab, war die Tatsache, daß die sozialistischen Regime überall die Gesellschaft zum reinen Objekt in den Händen von Staatsapparat und Partei degradiert und alle echten Partizipationschancen ausgeschaltet hatten. Entsprechend gab es nirgends Formen und Einrichtungen politischer Öffentlichkeit, durch die sich die Gesellschaft unabhängig und frei hinsichtlich ihrer politischen Ideen und Interessen hätte artikulieren können. György Konrad hat in seinem für die Diagnose und Therapie derartiger Zustände gleichermaßen wichtigen Buch „Antipolitik – Mitteleuropäische Meditationen“ den Gegenstand von „offizieller (durch die Interventionen von Partei, Staat und Zensur) funktionsloser Öffentlichkeit“ und aus privaten Kommunikationsformen sich entwickelnder, politisch-kritischer „Gegen-“ oder „Anti-Öffentlichkeit“ als wichtiges

6 Zu diesem Thema allgemein vgl. Dieter Oberndörfer, *Die offene Republik*, Freiburg 1992.

Element im Kontext einer umfassenden intellektuellen „Antipolitik“ analysiert. In dem Essay „Wir haben eine Demokratie – untereinander“ charakterisiert er zunächst den Zustand der Gesellschaft unter dem Sozialismus: „Wenn es keinerlei Selbstverwaltung gibt, wird die Gesellschaft unbeholfen. Sie unternimmt nichts ohne Anweisung, doch selbst auf die Anweisung reagiert sie mit Trägheit.“ Unter diesen Bedingungen ist „die Forderung nach (gesellschaftlicher) Selbstverwaltung . . . das organisatorische Zentrum der mitteleuropäischen Ideologie“, die Konrad als oppositioneller Intellektueller vertritt⁷.

Die Herstellung einer solchen „Selbstverwaltung“ der Gesellschaft ist schwierig; es bedarf dazu einer vorsichtigen Aufbastrategie, die zugleich eine Strategie der Subversion des alten Regimes mit seinen Mechanismen der Repression und Zensur ist. „Die aus der Öffentlichkeit verdrängte Meinung hat sich in das Medium der Unterhaltungen verlagert, vom Massen- in den persönlichen Bereich. Gerade diese intime und lebendige mündliche Überlieferung unserer Kultur verleiht ihr den ursprünglichen Charakter. Die Vorschläge und Mißbilligungen der offiziellen Propaganda werden von der Öffentlichkeit von vornherein mit Argwohn aufgenommen, weil es keinen legalen Gegenvorschlag und keine legale Mißbilligung gibt . . . Im unkontrollierten Meer der Privatgespräche nimmt unser eigenes Wertesystem Gestalt an; es ist mit dem staatlichen Wertesystem nicht identisch . . . Da die Öffentlichkeit der Publikumsorgane und der Sitzungssäle unter politischer Zensur steht, ist das Netzwerk der Freunde in Osteuropa die Vermittlungssphäre der spontanen Öffentlichkeit.“⁸

Die hier beschriebene und geforderte Entstehung und Ausdehnung einer politischen Gegenöffentlichkeit und eines neuen politischen Diskurses der „Antipolitik“, d. h. eines gegen die offizielle Politik und gegen die offizielle politische Öffentlichkeit gerichteten politischen Diskurses in der Gesellschaft, die auf diese Weise allmählich wieder zu einer aktiven Gesellschaft werden soll, ist die notwendige Voraussetzung und Durchgangsstufe auf dem Wege zu einer „Civil Society“. Ziel ist eine bürgerliche Gesellschaft, die sich aus ihrer reinen Objekt-Situation befreit und sich eine Subjekt-Position in Öffentlichkeit und Politik zurückgewinnt, von der her sie an der Gestaltung der Politik und politischer Öffentlichkeit aktiv partizipieren und mitgestalten kann und dadurch das erreicht, was Konrad als „Selbstverwaltung“ bezeichnet. Kommunikationstheoretisch interpretiert heißt das: Die wachsende

„Wortergreifung“ und Einmischung der gesellschaftlichen Gruppen, zuerst in privaten, dann in verschiedenen gesellschaftlichen Lebensformen, in den bisher von der herrschenden Partei- und Staatsmacht monopolisierten offiziellen politischen Kommunikationsprozeß wirkt subversiv auf diese Kommunikationsstrukturen. Die Einmischung und Wortergreifung haben auf längere Sicht einen wichtigen aktiven Anteil am politischen Diskurs für die bürgerliche Gesellschaft.

Bedeutsam für die konkrete politische Arbeit der Intellektuellen in den sozialistischen Ländern vor der „Wende“ war, daß diese universalistischen Ideen, wie sie die Grundlage für die „Civil Society“ bilden, in entscheidender Weise durch die „Helsinki-Akte“ der KSZE (1975) neu in den politischen Gedankenkreis der osteuropäischen Intellektuellen traten. Durch die Menschenrechts-Erklärungen von Helsinki, die ja auch von den sozialistischen Regierungen Osteuropas, an der Spitze die Sowjetunion, unterschrieben worden waren, gewannen die Intellektuellen eine zusätzliche wichtige Legitimation für ihren innenpolitischen Kampf gegen die freiheitsfeindlichen Regime des sozialistischen Totalitarismus. So erklärt sich das Entstehen von „Helsinki-Komitees“ nach 1975 überall in den sozialistischen Staaten – man denke an die Initiativen von Sacharow in der Sowjetunion oder an die Gründung der „Charta 77“ in der ČSSR, an der V. Havel als Gründungsmitglied und wichtiger, aktiver Repräsentant maßgeblich beteiligt war und die sich erst im November 1992 selbst aufgelöst hat, nachdem sie ihre selbstgesteckten Ziele und Zwecke erreicht hatte.

Den Prozeß der von den Intellektuellen angeregten und maßgeblich bestimmten „Civil Society“, wie ihn György Konrad für Ungarn beschrieben hat⁹, haben Adam Michnik und Václav Havel für Polen und die ČSSR auf durchaus vergleichbare Weise analysiert. In Adam Michniks Buch „Der lange Abschied vom Kommunismus“ ist der einleitende Teil mit dem bezeichnenden Titel „Rückkehr der Politik“ überschrieben; er führt aus, daß der „Abschied vom Kommunismus“ die notwendige Voraussetzung für die „Rückkehr der Politik“ sei.

Auch in Polen galt es, zuerst eine „Gegenöffentlichkeit“ aufzubauen; dazu bedurfte es Menschen, „die Tag für Tag in der menschlichen Begegnung, im Kreise von Kollegen und Freunden eine nichtformale Welt schufen, eine Welt, in der kein Platz war für kommunistische Doktrinen, Routine und Gepflogenheiten“.

7 Vgl. György Konrad, *Antipolitik*, Frankfurt 1985, ders. *Stimmungsbericht*, Frankfurt 1988.

8 Ders., *Antipolitik*, ebd., S. 1985.

9 Vgl. ergänzend die politischen Schriften von György Dalos, *Archipel Gulasch*. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn, Bremen 1986; ders., *Ungarn – Vom Roten Stern zur Stephanskronen*, Frankfurt/M. 1991.

„Das war unser zweites Leben. Wir lebten... im Versteck. Dort waren wir wir selbst“. Michnik beschreibt den Prozeß des „Erwachens“: „Diese Menschen erwachten nicht, weil sie plötzlich die Wahrheit über den Kommunismus entdeckten; sie wußten um die Wahrheit, sie erwachten, weil sie allmählich Hoffnung schöpften – Hoffnung, daß sie vielleicht doch etwas ausrichten könnten und womöglich instande seien, ihr eigenes Schicksal zu verbessern und der kommunistischen Diktatur entgegenzusetzen.“ So ist dieser „Prozeß des Erwachens“ auch für die intellektuellen Dissidenten in Polen eine Subversion des Sozialismus; er setzte „zugleich einen Erosionsprozeß des Systems in Gang“. Das sozialistische System erschien zwar noch als „omnipotent und von ewiger Dauer, und doch höhnte der stete Tropfen des Widerspruchs den Stein der Diktatur. Der Kommunismus bekam Risse“ – unter anderem durch die subversiv aufklärerische Tätigkeit der dissidierenden Intellektuellen¹⁰.

Auf besonders eindrucksvolle Weise hat Václav Havel Anfänge und Entfaltung der „Bürgergesellschaft“ in der ČSSR analysiert – einmal in dem großen Essay „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ und „Am Anfang war das Wort“; dort vor allem in dem „Offenen Brief an Gustáv Husák“¹¹.

Der „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ dient dem doppelten Zweck: einmal „das Wesen der Macht“ im sozialistischen System, zum andern (darauf bezogen) die Phänomene „Dissidententum“ und „Opposition“ zu erklären: „Mit der Absage an seinen eigenen Verstand, sein Gewissen und seine Verantwortung“ wird das System als „System der Lüge“ entlarvt. Die Ideologie als ein Denksystem der Erfahrungs- und Wahrheitsverweigerung „verdeckt den Abgrund zwischen den Intentionen des Systems und den Intentionen des Lebens“. So wird das Leben in diesem System „von einem Gewebe der Heuchelei und Lüge durchsetzt: Die Macht der Bürokratie wird Macht des Volkes genannt; im Namen der Arbeiterklasse wird verklavt; die allumfassende Demütigung des Menschen wird für seine definitive Befreiung ausgegeben; Isolierung von der Information wird für den Zugang zur Information ausgegeben; die Manipulierung durch die Macht nennt sich öffentliche Kontrolle der Macht, und die Willkür nennt sich die Einhaltung der Rechtsordnung; die Unterdrückung der Kultur wird als ihre Entwicklung gepriesen...“. Zwar müsse der Mensch nicht alle diese Mystifikationen gleichzeitig für sich akzeptieren;

er müsse sich aber so benehmen, als ob er an sie glaube, er müsse sie zumindest schweigend tolerieren oder sich wenigstens gut mit denen stellen, die mit Mystifikationen operieren. „Schon deshalb muß er aber in Lüge leben. Er muß die Lüge nicht akzeptieren. Es reicht, daß er das Leben mit ihr und in ihr akzeptiert. Schon damit nämlich bestätigt er das System, erfüllt es, macht es – er ist das System.“

Die entscheidende subversive Tat des Dissidenten im „System der Lüge“ ist für Havel die, aus dem „Leben in Lüge“ auszutreten, das eingeübte Ritual abzulehnen und die „Spielregeln“ des Systems der Lüge bewußt zu durchbrechen und zu verletzen. Diese Tat, die Havel in den verschiedenen Schritten experimentell vorführt, hat – so sie gelingt – den doppelten Effekt: Der, der sie ausführt, wird einmal seine unterdrückte und schon verlorene Identität und Würde wiederfinden und die Chance gewinnen, seine Freiheit zu gewinnen. „Seine Rebellion wird ein Versuch um das Leben in Wahrheit sein.“ Zum anderen hat er zugleich etwas „unvergleichlich Gewichtigeres“ getan: Dadurch, daß er die „Spielregeln“ verletzte, hat er das Spiel als solches abgeschafft. Er hat entlarvt, daß es nur ein Spiel ist. Er hat die Welt des „Scheins“ zerstört, die Grundlage des Systems; er hat die Machtstrukturen dadurch verletzt, daß er ihre Bindungen durchlöchert hat; er zeigte, daß das „Leben in Lüge“ ein „Leben in Lüge“ ist“.

Wichtig für Havel ist, daß der Dissident durch seine Tat im Grunde die ganze Welt angesprochen und jedem ermöglicht hat, „hinter die Kulissen zu schauen“; er hat jedem gezeigt, daß man in der Wahrheit leben kann. „Leben in Lüge“ kann als konstitutive Stütze des Systems nur unter der Voraussetzung seiner eigenen Universalität fungieren; es muß alles umfassen und alles durchdringen. Es verträgt keinerlei Koexistenz mit dem „Leben in Wahrheit“. Entscheidend ist: „Durch jedes Heraustreten aus dem ‚Leben in Lüge‘ wird es als Prinzip negiert und als Ganzes bedroht.“ Insofern löst dieser Versuch, in der Wahrheit zu leben, eine befreiende Dynamik aus, die zur Begründung der „Civil Society“ wird. Denn: „Die besondere, explosive und unberechenbare politische Macht des ‚Lebens in Wahrheit‘ besteht darin, daß das offene ‚Leben in Wahrheit‘ einen zwar unsichtbaren, dabei aber allgegenwärtigen Verbündeten hat – eben die ‚verborgene Sphäre‘. Aus ihr nämlich wächst das ‚Leben in Wahrheit‘. Sie spricht es an, in ihr findet es Verständnis. Dort liegt der Raum für eine potentielle Anteilnahme am Leben in Wahrheit.“ Dieser Raum ist freilich verborgen und deshalb vom Standpunkt der Macht aus sehr gefährlich, weil er auf längere Sicht das Regime erschüttert.

10 Adam Michnik, Der lange Abschied vom Kommunismus, Reinbek 1992, S. 17, 19. Vgl. dazu auch Timothy Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt, München 1990.

11 Die nachfolgenden Zitate stammen aus Václav Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek 1980.

Václav Havel bietet nicht nur eine zeitkritische Diagnose des politischen Systems des Sozialismus als „System der Lüge“, sondern er geht auch der anthropologischen Krise nach, die das „Leben in Lüge“ unweigerlich auf die Dauer auslöst. So spricht er von einer „tiefen Krise der menschlichen Identität, die das ‚Leben in Lüge‘ bewirkt“, und die sich als „tiefe moralische Krise der Gesellschaft“ auswirke. Der Mensch im „System der Lüge“ werde unweigerlich zu einem demoralisierten Menschen. „Das System der Lüge stützt sich auf diese Demoralisierung des Menschen, es vertieft sie noch.“ Demgegenüber stellt der Weg, in der Wahrheit zu leben „als Rebellion des Menschen gegen die ihm aufgezwungene Position, den Versuch dar“, wieder die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen; es ist also ein deutlich moralischer Akt. Nicht nur deshalb, weil der Mensch dafür so teuer zahlen muß, sondern vor allem deshalb, weil er uneigennützig ist: Dieser Akt kann sich sozusagen „lohnen“, indem er zur allgemeinen Besserung des Verhältnisses führt. Da das „Leben in Wahrheit“ in den posttotalitären Systemen¹² zum Hauptnährboden jeglicher unabhängigen und alternativen Politik wurde, müßten alle Überlegungen über den Charakter und über die Perspektive dieser Politik zwangsläufig auch diese seine moralische Dimension als politisches Phänomen reflektieren.

V. Havel gelangt mithin zu einer ähnlichen zeitkritischen Diagnose wie G. Konrad und A. Michnik. Die erste Feststellung, die er trifft, ist, daß „in den Gesellschaften des posttotalitären Systems ... jegliches politische Leben im traditionellen Sinn des Wortes ausgerottet ist“. Die Menschen hätten dort keine Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern, geschweige denn, sich politisch zu organisieren. Die Lücke, die dadurch entstehe, werde voll mit dem ideologischen Ritual gestopft. Das Interesse der Menschen für politische Angelegenheiten werde in dieser Situation selbstverständlich geringer. Das unabhängige politische Denken und die politische Arbeit, falls so etwas in irgendeiner Art überhaupt existiere, komme den meisten Menschen irreal und abstrakt vor, als Spiel um des Spiels willen, das ihren harten alltäglichen Sorgen hoffnungslos fern stehe. Im Kontext dieser desolaten Verhältnisse nimmt V. Havel gleichwohl vereinzelt und zerstreut einzelne und Gruppen wahr, „die auf die Politik, als auf ihre Lebensaufgabe, nicht verzichten“ wollen, „die versuchen, auf diese oder jene Art politisch unabhängig zu denken, sich zu äußern und eventuell auch zu organisieren“ – denn eben dies gehöre zu ihrem „Leben in Wahrheit“.

¹² So bezeichnet Václav Havel die letzte Phase der sozialistischen Regime vor dem Zusammenbruch.

Die Existenz solcher einzelner oder Gruppen ist für Havel ein wichtiges Indiz für die verborgene Möglichkeit in dieser Gesellschaft, sich politisch zu reaktivieren. Sie „erhalten auch in den schlimmsten Zeiten die Kontinuität des politischen Denkens aufrecht. Wenn irgendeine reale politische Strömung, die aus diesen oder jenen ‚vopolitischen‘ Konfrontationen (mit dem System) entstand, anfängt, sich selbst schnell und effektiv politisch zu reflektieren, und somit ihre Chancen auf einen relativen Erfolg verbessert, ist es oft ein Verdienst eben dieser vereinsamten ‚Generale ohne Armee‘. Sie haben, trotz aller schweren Opfer, die Kontinuität des politischen Denkens (im Untergrund und ‚Versteck‘) erhalten und die Bürgerinitiative oder Bewegung, die daraus entstand, im richtigen Moment um das Element der politischen Selbstreflexion bereichert – so die Dissidenten und Anhänger der ‚Charta 77‘ in der ČSSR.“

Bemerkenswert ist, daß diese kritische Analyse der Situation und die Aufgabenbestimmung für die Oppositionellen und Dissidenten aus dem Jahr 1978 stammt. Das wirft auch ein Licht auf den persönlichen Mut V. Havels und erklärt, daß das Regime Husáks diesen aufsässigen Schriftsteller und Theaterautor mehrfach ins Gefängnis warf. Eher noch eindringlicher und mutiger ist der „Offene Brief“ an Gustáv Husák vom April 1975, also vor Gründung der „Charta 77“¹³.

In der zeitkritischen Diagnose unterscheidet sich dieser Text wenig vom vorher analysierten; bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß Havel (bereits) hier der Kultur und Kulturarbeit (etwa der Schriftsteller, Theatermacher etc.) eine maßgebliche, verantwortliche Rolle in dem Prozeß des „Sichselbstbewußtwerdens einer Gesellschaft“ beimaß. Für Havel ist sie „das Hauptinstrument dieses Prozesses des Sichselbstbewußtwerdens“. Er versteht unter Kultur dabei jenes konkrete „Gebiet menschlicher Tätigkeit, die den allgemeinen Zustand des Geistes beeinflußt – wenn auch oft sehr indirekt – und zugleich von diesem Zustand ständig beeinflußt wird“. Durch die Kultur vertiefe die Gesellschaft ihre Freiheit und entdecke die Wahrheit.

Das sozialistische System habe aus eben diesen Gründen die gegenwärtige Kultur „verwüestet“ und zu einer Kultur der Banalität verkommen lassen; es habe der Kultur die Aufgabe auferlegt, „nicht durch die Wahrheit zu beunruhigen, sondern durch Lüge zu beruhigen“. Diese Veräußerlichung der Kultur habe ihre weitgehende Entfremdung von ihrem eigenen Wesen bewirkt: „durch ihre

¹³ Die nachfolgenden Zitate sind aus diesem „Offenen Brief an Gustáv Husák“, wie er in der Essaysammlung „Am Anfang war das Wort“ abgedruckt ist.

totale Kastrierung eben als Instrument des menschlichen als auch des gesellschaftlichen Selbstbewußtwerdens“.

Die offizielle parteiliche oder staatliche Kulturpolitik entpuppt sich mithin als „die Liquidierung eines bestimmten Selbsterkenntnisorgans der Gesellschaft“. Dadurch entsteht die Frage: „Wie groß wird morgen die geistige und moralische Impotenz der Nation sein, deren Kultur man heute kastriert?“ Wenn unterstellt wird, daß die Kultur (Literatur, Theater, Kunst, aber auch Philosophie und Wissenschaft) das „Hauptinstrument dieser Prozesse des Selbstbewußtwerdens einer Gesellschaft“ in der Wahrheit ist, hat sie (die Kultur) einen entsprechend hohen Stellenwert im Kontext der Befreiung und Erneuerung der Gesellschaft als „Civil Society“. Denn: „Durch die Kultur vertieft die Gesellschaft ihre Freiheit und entdeckt die Wahrheit.“ Gelingt es, der Kultur in ihren verschiedenen Erscheinungsformen diese gesellschaftliche Funktion zurückzugeben – auch nur in einem oder wenigen Werken –, so bedeutet das viel. Denn „der Freiraum des geistigen Selbstbewußtwerdens ist unteilbar“! Auch einzelne kulturelle Aktivitäten wirken sich aufs Ganze aus. Diese allgemein gemeinten Sätze lesen sich zugleich auch wie eine gesellschaftspolitische Dramaturgie des Theatermakers und Stückeschreibers Havel. Auch seine literarischen, dramatischen und politischen Tätigkeiten sind unteilbar in ihrer Intention, den Versuch, in der Wahrheit zu leben, in seinem Heimatland wieder möglich zu machen.

V. Das politische Ordnungskonzept der „Civil Society“

Die bisher vorgetragenen Gedanken von Michnik, Konrad und Havel kreisen alle um dasselbe doppelte Problem: einmal um die zeitkritische Analyse der späten („posttotalitären“) sozialistischen Regime in Osteuropa; zum andern um die Reaktivierung der durch den Sozialismus zerstörten Gesellschaften zu einer aktiven „Bürgergesellschaft“, die nicht mehr Objekt, sondern wieder Subjekt der Politik ist; um die Erörterungen der Bedingungen der Möglichkeit eines neuen politischen „Lebens in der Wahrheit“.

Es kommt jetzt abschließend noch darauf an, die zitierten Texte der oppositionellen Autoren nach inhaltlichen Aussagen über ihre konstruktiven politischen Ordnungsvorstellungen der „Civil Society“ durchzugehen und im Zusammenhang zu interpretieren.

Die Idee der „Civil Society“ oder „Bürgergesellschaft“ enthält zwei zentrale, dezidierte Stellungnahmen: Die eine betrifft das Verhältnis „Bürger“ (als dem Subjekt der Bürgergesellschaft und Inhaber vorstaatlicher Menschenrechte) und „Staat“ (als dem Zentrum politischer Herrschaft und Entscheidung). Auf eine handliche Formel gebracht lautet diese Positionsbestimmung: „Der Mensch ist nicht für den Staat, sondern der Staat ist für den Menschen da.“

Die politische Bedeutung eines so simplen Satzes wird erst vor dem Hintergrund der totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts, der Erfahrungen mit Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und Deutschland sowie mit dem Kommunismus in der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern Osteuropas, verständlich. Daher wurde sie auch von den oppositionellen Intellektuellen überall in Osteuropa aufgegriffen. Die Erfahrungen totalitärer Regime hatten überall klargemacht, daß diese plausible normative Feststellung der Funktionalität des Staates in bezug auf die bürgerliche Gesellschaft und den Bürger als autonomes Subjekt und Vernunftwesen, wie sie im 17. Jahrhundert von Locke in England und im 18. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent von Montesquieu und Kant philosophisch begründet worden war, auch als Leitidee beim Neubau republikanischer Verfassungsstaaten nach dem Ende des totalitären Sozialismus weiterhin Geltung hat.

Die zweite inhaltliche Stellungnahme zur Idee der „Civil Society“ bezieht sich auf die Staatsorganisation und die sie tragenden Prinzipien des Verfassungsstaates: Republiks-, Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip. Die Erfahrungen des realexistierenden Sozialismus in den osteuropäischen Ländern belegen, daß das Fehlen und Mißachten dieser normativen Grundsätze der Staatsorganisation nicht nur den Verfassungsstaat als gewaltenteilende und gewaltkontrollierende Organisationsform politischer Macht zerstören und politische Macht totalitär werden lassen, sondern zugleich auch die individuelle bürgerliche Freiheit aufheben, ja vernichten. Die meisten Intellektuellen hatten diesen Mechanismus am eigenen Leib erfahren – durch Verfolgung, Unterdrückung, Inhaftierung. Entsprechend besteht eine Hauptfunktion der Idee der „Civil Society“ darin, den Staat als Instrument gesamtgesellschaftlich verbindlicher politischer Entscheidungsfindung neu zu konstituieren: auf der normativen Basis des Republiks-, Rechtsstaats- und Demokratieprinzips und ihn (den Staat) so von seiten einer aktiv gewordenen bürgerlichen Gesellschaft bestimmbar, kontrollierbar und partizipierbar zu machen und zu halten.

Darauf richtete sich das Bemühen der intellektuellen Vertreter in der Opposition gegen den noch bestehenden Sozialismus, das war auch die Grundlage für ihre leitenden und inspirierenden Aktivitäten im Kontext der Bürgerbewegungen und in den Auseinandersetzungen mit der alten Staats- und Parteimacht an dem sogenannten „runden Tisch“. An ihm wurde der friedliche Übergang der Staatsmacht von einer monopolistischen Partei an eine pluralistische Gesellschaft und der Wandel von einem totalitären Herrschaftssystem ohne Bürgerrechte zu einer rechtsstaatlichen Demokratie auf der Basis politischer Bürgerrechte und demokratischer Partizipation vollzogen. Es kann in diesen Ländern kein Zweifel darüber aufkommen, daß für das Gelingen der „samtenen Revolution“ und Systemwende, für die ersten Schritte auf dem Wege zu einer Demokratisierung der politischen Systeme und der Gesellschaften und für den konstruktiven Entwurf neuer Verfassungsordnungen oppositionelle Intellektuelle wie Adam Michnik, György Konrad und Václav Havel bleibende Verdienste beim demokratischen Wiederaufbau ihrer Länder erworben haben.

VI. Intellektuelle und Politik nach der Wende in Osteuropa

Zum Jahreswechsel 1992/93 hat sich die politische Stimmung grundlegend ins Negative und Düstere gewandelt: Ethnische und nationale Konflikte, Bürgerkriege in Europa und anderswo oder auch extreme wirtschaftliche Notlagen nie geahnten Ausmaßes beherrschen die Wirklichkeit und das aktuelle Denken; sie bestimmen die Politik – auch in den westlichen Staaten, besonders aber in den Nachfolgestaaten des realen Sozialismus, in denen die politische, soziale und ökonomische Konsolidierung große Schwierigkeiten macht und entsprechende Krisen die Tagespolitik beherrschen – ohne Aussichten auf Bewältigung in naher Zukunft. Die während der „Wende“ im Vordergrund der politischen Diskussionen der oppositionellen Intellektuellen stehende Idee bzw. das Konzept der „Bürgergesellschaft“ (Civil Society) scheint vergessen. Angesichts der allgemeinen und großen materiellen Notlagen in nahezu allen Politikfeldern spielen die grundlegenden Ideen der „Bürgergesellschaft“ keine nennenswerte Rolle mehr. Statt dessen haben partikuläre nationalistische Leitideen neue Kraft und Anerkennung gefunden, und wo sind die „Vordenker“ jener anderen Ideen, die Intellektuellen, in diesen Ländern geblieben? Sie scheinen sich resigniert aus der Politik und politischen Öffentlichkeit ins Private zurückgezogen und den politischen „Machern“ das Feld geräumt zu haben.

Ihr vor und unmittelbar nach der Wende so beachtlicher gesellschaftspolitischer Einfluß, die Resonanz ihrer Ideen und Reden bei den einfachen Menschen scheint inzwischen verblaßt und verkümmert. Soweit sie noch publizieren, herrschen resignative Titel vor: György Konrads letztes Buch nennt sich „Die Melancholie der Wiedergeburt“; der wichtigste und längste Essay, die Textfassung der Frankfurter Friedenspreisrede, ist mit „Sondermeinungen eines Urlaubers“ überschrieben. Václav Havel hat sein jüngstes Buch „Sommermeditationen“ genannt. Im Vorwort dazu schreibt er: „Die Zeit hat sich geändert, der Himmel hat sich bewölkt, die Klarheit und die allgemeine Übereinstimmung sind verschwunden, und auf unser Land warten nicht geringe Prüfungen.“

„Es ist die Zeit der schweren Tagesarbeit gekommen, der Widersprüche und der Interessenkonflikte, die Zeit der Ernüchterung, die Zeit, in der alle – und die Politiker vor allen anderen – immer wieder klar und deutlich machen müssen, worum es ihnen geht.“¹⁴ Im Nachwort dieses Buches reflektiert Havel darüber, wohin er sich zukünftig wenden soll: „Die Zeit, da ich durch mein Präsidentsein nur die Revolution vollendet habe, geht unwiederbringlich vorbei; ebenfalls geht offenbar langsam die Zeit oppositioneller Intellektueller in politischen Funktionen zu Ende, die in dem kritischen Augenblick, als es hier keine demokratischen politischen Professionellen gab, für sie eingesprungen sind. Es kommt die Zeit derer, die sich wirklich der praktischen Politik widmen wollen, auf Dauer und mit ihrem ganzen Wesen, und die bereit sind, um ihre politischen Funktionen auch zu kämpfen.“ Angesichts dieser Lage fragt Havel sich: „Soll ich zu meiner schriftstellerischen Arbeit zurückkehren? Oder soll ich in der praktischen Politik bleiben und erneut für das Amt des Präsidenten kandidieren?“

Die Entwicklung in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas scheint den Intellektuellen eine neue und zugleich ihre alte, zeitlose Funktion zugewiesen zu haben. Václav Havel hat diese Aufgabe für sich und seine Intellektuellenkollegen so formuliert: „Ich habe nie in meinem Leben um irgendwelche Machtpositionen gekämpft und werde das auch jetzt nicht tun, weil das einfach meinem Charakter widerstrebt. Ich sage damit nur, daß ich mir als Bürger keine Ruhe gebe. Die Zeit wird zeigen, wo ich meinen Vorstellungen am besten dienen kann und wo mir dazu Gelegenheit gegeben wird. De facto ist das für mich ... Nebensache; wesentlich sind die Werte, um die es mir geht!“

14 Václav Havel, Sommermeditationen, Berlin 1992, S. 12. Die folgenden Zitate entstammen diesem Buch.

Auswirkungen des Nationalismus in Osteuropa

In der Nachkriegszeit bildete sich im Westen die Ansicht heraus, daß der Nationalismus in Europa „überwunden“ sei. Selten ist eine Auffassung so gründlich widerlegt worden wie diese. Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation regen sich im früheren sowjetischen Machtbereich kraftvolle nationale Tendenzen und beherrschen weithin die politische Szene. Die nationalen Antriebe, die einst nach der kommunistischen Machtübernahme im Namen des amtlichen Internationalismus verdrängt und unterdrückt worden sind, brechen sich nunmehr Bahn. Zugleich hat die Diskreditierung der bisher geltenden Ideologie ein Vakuum hinterlassen, in das nationalistische Vorstellungen eindringen. Neue politisch-wirtschaftliche Ordnungen, die angestrebt werden, und – in noch höherem Maße – neue Staaten, die gebildet worden sind und die noch der Verankerung im Bewußtsein ihrer Bürger bedürfen, sind auf die Wirksamkeit nationaler Triebkräfte nicht zuletzt deshalb angewiesen, weil demokratische, marktwirtschaftliche, rechtsstaatliche und ähnliche Orientierungen im Volke vielfach völlig fehlen. Wer als handelnder Politiker im Osten Europas auf das psychologische Potential des jeweiligen Nationalismus verzichten wollte, würde kaum Erfolgsaussichten haben.

I. Zwei verschiedene Modelle

Die verallgemeinernd negative Wertung des Nationalismus, die im Westen verbreitet ist, läßt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen. Zum einen denkt man noch an die leidvolle Vergangenheit nationaler Antagonismen vor 1945, die in zwei katastrophalen Weltkriegen kulminiert sind. Die Überwindung dieser Gegensätze durch übernationale Zusammenarbeit und Integration ist unzweifelhaft ein geschichtlicher Fortschritt, der nicht in Frage gestellt werden darf. Zum anderen ist der Nationalismus im Osten Europas aufgrund seiner spezifischen Merkmale ein Phänomen, das mit westlichem Verständnis schwer zu vereinbaren ist. Der Grund dafür liegt in der Andersartigkeit des Nationsmodells und in dessen damit verbundenen unverständenen Konsequenzen. Nach westlicher Auffassung beruht die Nation auf dem Territorialitätsprinzip und geht einher mit einer „atomistischen“ Beziehung zwischen Staat und Bürger.

Demnach gehört einer Nation an, wer auf ihrem Territorium dauerhaft lebt bzw. auf ihm geboren worden ist. Zugleich stehen sich ohne alle vermittelnde Zwischengewalten eine einheitliche Staatsgewalt und der abstrakt-allgemein auf Staatsbürgermerkmale reduzierte Bürger gegenüber. Der Bürger ist demnach unter Ausschluß aller anderen Merkmale, Loyalitäten und Zuordnungen allein Angehöriger seines Nationalstaates¹. Die territorial definierte, andere Faktoren nicht berücksichtigende Nation erfordert Nationsangehörige, die keine differenzierenden Merkmale aufweisen und daher als „atomisierte“ Einzelne in den Nationalstaat eingegliedert sind.

Das hat weitreichende praktische Konsequenzen. Nation und Staat sind miteinander identisch und gelten als ein undifferenziertes Ganzes; eine zentralistische Struktur erscheint folgerichtig; abweichende Personen- und Gruppenmerkmale werden prinzipiell nicht als berücksichtigungswert anerkannt. Das betrifft nicht zuletzt die Eigentümlichkeiten, die sich aus geschichtlichem Erbe und/oder abweichendem Volkstum ergeben. Denn im Bekenntnis zur einen Nation sind alle gleich; die existierenden Verschiedenheiten sind in diesem Punkte bedeutungslos. Die Gleichgültigkeit gegenüber vorhandenen historischen und ethnischen Unterschieden hat sowohl einen negativen als auch einen positiven Aspekt: Die Angehörigen entsprechender „Minderheiten“ erhalten zwar keine Entfaltungsmöglichkeiten, die eine Pflege ihrer Besonderheiten erlauben würde, aber sie werden auch nicht mit dem Hinweis unterdrückt und/oder verfolgt, daß sie wegen ihrer von der dominanten Gruppe abweichenden Ethnizität außerhalb der Nation stünden. Die Angleichung an die durch das vorherrschende Volk geprägte Nation wird nicht direkt gefordert, aber praktisch weithin angesichts nicht vorgesehener Rechte auf Erhalt der ethnischen Besonderheit vollzogen.

Vor dem Hintergrund dieser Vorstellungen erscheinen im Osten Europas sowohl der unmittelbare Druck herrschender Völker auf ethnische

¹ Dies geht weithin zurück auf das politische Pathos der Französischen Revolution, die den Bürger als Teilhaber „seines“ nationalen Staates postulierte. Wie die Widerstände gegen den „einen und unteilbaren“ Nationalstaat in einigen besonders geprägten Regionen Frankreichs, Italiens, Spaniens und Großbritanniens zeigen, ist dieses Verständnis mittlerweile auch in Westeuropa nicht mehr völlig unumstritten.

Minderheiten als auch das Verlangen dieser Minderheiten nach ethnischen Gruppenrechten unverständlich und ablehnenswert. Die nationalen Probleme in Osteuropa werden erst begreiflich, wenn man die dortigen Eigentümlichkeiten in den Blick nimmt. Es gilt das Personalitätsprinzip, dem ein „organisches“ Konzept für den Staat entspricht. Dementsprechend wird die nationale Identität des Individuums nicht nach territorialen Kriterien, sondern durch die Zugehörigkeit zu einer kulturell, sprachlich und/oder religiös definierten ethnischen Gruppe festgelegt. Die – im Gegensatz zum westlichen Modell stehende – Trennung zwischen Nation und Staat kommt sinnfällig in der mancherorts (etwa in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit oder in der früheren Sowjetunion) offiziell gemachten Unterscheidung zwischen Staats- und Nationszugehrigkeit zum Ausdruck. Im Paß der UdSSR stand beispielsweise, daß der Inhaber sowjetischer Staatsbürger sei und die tatarische Nationalität besitze². Das logische Korrelat des Dualismus von Staat und Nationalität ist, daß der Staat ein „organisches“ Gemeinwesen mit intermediären Strukturen – föderalen Gliedstaaten, autonomen Teilbereichen und/oder ethnischen Gruppenrechten – bildet. Die Staatsgewalt wird nicht auf eine einzige Zentrale konzentriert, sondern weithin aufgegliedert. Sie geht aus von einem Staatsvolk, das sich nicht als eine kompakte Einheit, sondern als ein differenziertes Ganzes versteht³.

Die spezifische Identität des Individuums wird dadurch berücksichtigt, daß diese als Zugehörigkeit zu Teilen der staatlichen Gesamtheit in Erscheinung tritt. Auf diese Weise werden die problematischen Konsequenzen vermieden, die dem westlichen Nationsmodell potentiell innewohnen. Es wird keine Einheitlichkeit des Staatsvolkes auf dem Felde der ethnischen Herkunft und der ethnischen Geprägtheit gefordert, wo diese faktisch nicht besteht; ebenso gibt es bei konsequenter Umsetzung in die Praxis kein Risiko, daß kleine ethnische Gruppen mittels demokratischer Mehrheiten unterdrückt werden, über welche die zahlenmäßig dominierende Nationalität in einem zentralisierten Einheitsstaat hinsichtlich aller Fragen verfügt. An diesem Punkt zeigen sich nämlich

2 Damit kontrastiert besonders augenfällig die amerikanische Terminologie, in welcher der Bürger eines Staates ausdrücklich als „national“, also als Angehöriger der Staatsnation, bezeichnet wird.

3 Vgl. Uri Ra'anana, Nation und Staat. Ordnung aus dem Chaos, in: Erich Frroschl/Maria Mesner/Uri Ra'anana (Hrsg.), Staat und Nation in multiethnischen Gesellschaften, Wien 1991, S. 23–59. Ra'anana kennt neben dem „westlichen“ und „stlichen“ Nationsmodell noch ein „südliches“, das sich von dem des Ostens im wesentlichen nur dadurch unterscheidet, daß sich die Nation primär aufgrund religiöser – statt ethnischer – Zugehörigkeit konstituiert.

Grenzen bei der Anwendung des demokratischen Regierungsmodells: Die Dauer Mehrheit der zahlenmäßig vorherrschenden ethnischen Gruppe beraubt die numerisch unterlegenen ethnischen Gruppen der demokratienotwendigen Chance, die Majorität gewinnen zu können, und wird damit zum Instrument nationaler Unterdrückung.

II. Probleme des im Osten weithin faktisch angewandten Nationskonzepts

Hinter den beiden Modellen stehen unterschiedliche geschichtliche Entwicklungen und Erfahrungen. Länder wie Großbritannien, Frankreich und Spanien sind im Laufe eines langen historischen Prozesses zu Staaten mit einer sich jeweils weithin als Einheit empfindenden Bevölkerung geworden. Als sich in ihnen ein nationales Bewußtsein herausbildete, war der jeweilige Staat bereits vorhanden. Die Idee der Nation bestätigt daher das vorhandene Gemeinwesen; sie hat folglich eine konsolidierende und integrierende Wirkung. Anders liegen die Dinge in jenen Teilen Europas, in denen sich keine Kongruenz zwischen Staat und Nation herausgebildet hat. Es gab dort im 18. und 19. Jahrhundert zwar ebenfalls großräumige Staaten, doch waren diese von vielen unterschiedlichen Völkern ohne ein einigendes Bewußtsein der Gemeinschaft bewohnt. Als sich die nationale Idee von Westen nach Osten ausbreitete, gab es keine Staatsvlker, die sich als Nationen hätten begreifen können. Als Kristallisationskerne der Nationsbildung traten die innerhalb der übernationalen Reiche lebenden verschiedenartigen ethnischen Gruppen hervor – mit der Folge, daß die „nationale Wiedergeburt“ der Völker in eine desintegrierende, auf die Zerstörung der bestehenden multiethnischen Staaten abzielende Richtung ging. An die Stelle der westeuropäischen Kongruenz von Staat und Nation entwickelte sich im Osten des Kontinents ein Kampf der sich als Nationen fhlender Völker gegen die multiethnischen Reiche.

Die Auflösung der drei in Frage gestellten Imperien – des Russischen und des Osmanischen Reiches sowie Österreich-Ungarns – nach dem Ersten Weltkrieg beendete den Konflikt nicht. Es entstanden sowohl neue Vielvlkerstaaten imperialen Charakters (Sowjetunion und Jugoslawien) als auch neue Mittel- und Kleinstaaten, die zwar nationalstaatliche Ansprüche erhoben, faktisch aber multiethnisch besiedelt waren und damit multinationalen Charakter trugen. Die nationalen Probleme der osteuropäischen Regionen hätten sich

angesichts der vielen untrennbaren ethnischen Durchmischungen nur durch eine konsequente Trennung von Staat und Nation auf der Basis des Personalitätsprinzips lösen lassen – wenn die beteiligten Völker fähig und bereit gewesen wären, auf nationalstaatliche Ambitionen nach westeuropäischem Vorbild zu verzichten.

Hierin lag ein wesentlicher Teil der Schwierigkeiten. Die nationale Idee, die den Osten Europas von Westen her erreichte und mit westlichen Vorstellungen befrachtet war, widersprach den osteuropäischen Gegebenheiten. Die westlichen Vorstellungen eines einheitlichen, zentral gelenkten Nationalstaates, welche die westlich beeinflussten Intellektuellen in den östlichen Ländern des Kontinents übernahmen, paßte nicht zu dem dortigen ethnischen Nationsmodell. Die Grundlagen des westlichen Nationalstaates – eine bereits existente Kongruenz von Staat und Nation, die Definition der nationalen Zugehörigkeit nach territorialen Kriterien und die Nation als Gesamtheit der sich ohne Rücksicht auf ihre objektive Herkunft und Geprägtheit subjektiv zu ihr Bekennenden – fehlen im östlichen Teil des Kontinents.

Wenn man gleichwohl so tut, als wären diese Voraussetzungen vorhanden, indem man das darauf gegründete westliche Nationsmodell zu verwirklichen sucht, dann kann man dies nur auf die Weise tun, daß man die fehlenden Voraussetzungen mittels irgendwelcher Erzwingungsmaßnahmen gewaltsam nachschiebt. Gegen eine Verwirklichung des westlichen Nationsmodells spricht auch der Umstand, daß die eine nationalstaatliche Eigenexistenz beanspruchenden ethnischen Gruppen vielfach zu klein sind für die Errichtung eines separaten Gemeinwesens. Das westliche Modell erscheint gleichwohl weithin in Osteuropa als unbedingt anzustrebendes Ideal. Obwohl weder eine äußere Kongruenz des westlichen Nationsmodells mit der osteuropäischen Realität noch eine innere Kongruenz zwischen den einzelnen Elementen dieses Modells (insbesondere zwischen der personalen Definition der Nation und der territorialen Definition des mit ihr ineingesetzten Staates) vorhanden ist und obwohl das zugrunde gelegte Leitbild eines homogenen nationalen Territoriums in Osteuropa weithin Fiktion ist, wird fast überall daran festgehalten. Das Nationale wird gewöhnlich gemäß westeuropäischem Vorbild als gleichbedeutend mit Einheitlichkeit und Zentralismus verstanden, so daß jede Differenzierung zwischen Staat und Nation als mit den nationalen Loyalitätsanforderungen unvereinbar gilt.

Die jeweils staatsdominierenden Nationen neigen weithin dazu, sich in Staatsaufbau und Alltagspolitik mehr an Fiktionen der nationalen Geschlossen-

heit als an den multiethnischen Realitäten zu orientieren. Wenn Postulate der westlich-nationalstaatlichen Logik wie die Unzulässigkeit von – aus dem östlichen Personalitätsprinzip notwendig folgenden – Autonomieregelungen und Rechtszusicherungen aufgrund des Drucks der Realitäten tatsächlich einmal durchbrochen werden, kommen dann nur widerwillig gemachte Konzessionen heraus, so daß sich keine friedensstiftende Wirkung ergibt. Gerade diejenigen Maßnahmen also, die den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt sind und Problemlösungen ermöglichen könnten, werden als Anomalien behandelt und in einen Gegensatz zur nationalen Sache gerückt. Die aus nationalen Motiven massenweise vorgenommenen Umsiedlungen, Verfolgungen, Vertreibungen und Tötungen während des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren sind ebenso wie die heutigen „ethnischen Säuberungen“ der Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina die logische praktische Konsequenz aus jener Konfusion, die sich mit der Übertragung des westlichen Nationalstaatsmodells auf die andersartigen osteuropäischen Verhältnisse verbindet.

Es sollte darum nicht erstaunen, daß gegenwärtig nach Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft, welche die nationalen Probleme unter der verhüllenden Decke einer internationalistischen Phraseologie konserviert hatte und die mit ihrer Hinterlassenschaft ethnisch willkürlich gezogener Grenzen viele Streitigkeiten geradezu erst provoziert hat, nationale Konflikte und Konfrontationen in Osteuropa erneut offen ausbrechen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Länder der Region angesichts des eingetretenen akuten Mangels an Werten und Impulsen gleichzeitig nicht auf die positiven Triebkräfte verzichten können, die der Nationalismus mobilisiert. Es gibt in den osteuropäischen Ländern auf absehbare Zeit kaum etwas, was breite Bevölkerungsschichten zu Akzeptanz von Staat und/oder Regime, zu politischem Engagement und zu wirtschaftlicher Leistung veranlassen könnte.

III. Verhältnis zwischen Ethnos, Nation und Staat

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus ist eine Situation entstanden, in der die Kräfte der Autorität und des Beharrens entscheidend geschwächt sind. Grundlegende Veränderungen sind möglich geworden. Das gilt nicht nur im Blick auf die Herrschaftsverhältnisse und Gesellschaftsordnungen. Im ehemaligen Jugoslawien und in der früheren UdSSR werden Grenzen offen in Frage

gestellt. Es geht zum einen um die – im Falle der Serben aller Welt offenkundige – Weigerung großer Teile der Führungsschichten in den bisher imperial herrschenden Völkern, den Verlust ihrer Rolle zu akzeptieren. Zum anderen werfen die Existenz von zwar bereits international anerkannten, aber innerlich noch nicht konsolidierten neuen Staaten sowie die Sezessionsbestrebungen in verschiedenen multiethnisch zerrissenen Staaten (wie Rußland und Georgien) Zusammenhaltsprobleme auf. Alle diese Auseinandersetzungen werden mit nationalstaatlichen Argumenten motiviert. Nationen fordern den ihren jeweiligen Vorstellungen entsprechenden Staat und berufen sich, soweit sie Änderungen des bestehenden Gebietsstandes im Auge haben, auf demographische, territoriale, rechtliche, historische und/oder andere Gegebenheiten. Wie weit hergeholt derartige Rechtfertigungen manchmal sind, zeigt der serbische Anspruch, daß der Nationalstaat alle Länder erfassen müsse, in denen es „serbische Gräber“ gebe. Das zielt insbesondere auf das Kosovo, das zwar im Mittelalter zum serbischen Reich gehörte, heute aber zu über 90 Prozent von Albanern bewohnt wird.

Auf der Grundlage der Vorstellung, daß jede osteuropäische Nation ihren eigenen exklusiven Staat im Sinne eines einheitlich gestalteten und zentral gelenkten Gemeinwesens möglichst aller Nationsangehörigen haben müsse, kann es nur zu heillosen Konflikten kommen. Es ist in jedem Falle eine Vielzahl von territorialen Abgrenzungen denkbar, die sich alle unter irgendeinem Gesichtspunkt als gerecht bezeichnen lassen. Desgleichen sind die Siedlungsgebiete der verschiedenen Völker so miteinander verzahnt, daß es bei jeder denkbaren Regelung „nationale Minderheiten“ geben muß, welche die staatsdominierende Nation dann als lästige oder sogar gefährliche Fremdkörper betrachtet. Ein anderes Resultat ist von vornherein nicht denkbar, wenn man in den ethnisch durchmischten Gebieten Osteuropas gemäß östlichem Personalitätsprinzip Ethnos und Nation gleichsetzt und gleichzeitig gemäß westlichem Territorialitätsprinzip für die jeweiligen Nationen einen einheitlichen und zentralisierten Staat fordert.

Auf tschechischem und polnischem Territorium hat das Problem durch die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg viel von seiner Schärfe verloren. In Ungarn ist die Frage kaum noch virulent, nachdem das Land 1919 fast alle ethnisch gemischten Gebiete an seine Nachbarn abgetreten hat und so auf seine Innenbezirke reduziert worden ist. Dagegen ist die Frage der ethnischen Abgrenzung überall in den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien brennend, wenn man einmal von Slowenien absieht. Das Serbien Mi-

lošević hat daraus die Konsequenz gezogen, daß es die beanspruchten Territorien erobert, dort „ethnische Säuberungen“ vornimmt und die eigene Bevölkerung ansiedelt. Anderswo auf dem Balkan, insbesondere im rumänischen Siebenbürgen, sucht die staatsdominierende Nation ihre Positionen mit administrativen Maßnahmen auszubauen, welche die Entwicklungsmöglichkeiten der ethnisch andersartigen Staatsbürger beschneiden und sie zur verstärkten Anpassung an das herrschende Volk nötigen. Die Slowaken, die sich seit Bestehen des tschechoslowakischen Staates nie als wirklich gleichberechtigte Nation gefühlt haben, lösen sich aus der ungeliebten Föderation. Als benachteiligte Minderheit fühlen sich auch die Polen in Litauen. Das zentrale Problem in Lettland und Estland sind die Russen, die in sowjetischer Zeit zur Überfremdung dieser beiden kleinen Länder dorthin gebracht worden sind. Ihre Zahl ist so groß, daß Letten und Esten fürchten, nicht mehr Herren im eigenen Land zu sein, wenn sie die Russen an den politischen Angelegenheiten beteiligen würden⁴.

Die Russische Föderation ist in ihrer Integrität durch 25 Mio. Angehörige von mehr als hundert Ethnien potentiell gefährdet, die über einen sehr großen Teil des Landes verstreut sind und in verschiedenen, meist islamisch geprägten Regionen Unabhängigkeitsbestrebungen zu zeigen beginnen. Dem stehen mindestens 20 Millionen Russen im früher sowjetischen Ausland gegenüber, die – außer im Baltikum – vor allem in der Ukraine, in Moldova (das sich möglicherweise eines Tages mit Rumänien zusammenschließen wird) und in den zentralasiatischen Staaten leben. In den letzteren sind die Russen – und ebenso die anderen Europäer – zumindest latent von Verdrängungstendenzen der einheimischen Bevölkerung bedroht. In Moldova haben russische Armeeinghörige und Kosaken zur Bildung einer sezessionistischen „Republik Transnistrien“ beigetragen, die von Vertretern des russischen Bevölkerungsteils proklamiert worden ist.

Am unkompliziertesten erscheinen die ethnischen Verhältnisse in der Ukraine. Die – im östlichen Landesteil und auf der Krim in großer Überzahl befindlichen – russischen Einwohner haben sich ganz überwiegend für den ukrainischen Staat ausgesprochen und werden umgekehrt von den ukrainischen Behörden bisher nicht an der Pflege ihrer Kultur, ihrer Sprache und ihres Volkstums gehindert. Es gibt jedoch im Westen des Landes einen harten Kern von ukrainischen Nationalisten, die

4 Einen Überblick über die Lage, wie sie sich in ihrer Entstehungsphase darstellte, vermittelt Magarditsch Hatschikjan, Osteuropa – ein nationalistischer Hexenkessel?, in: Außenpolitik, (1991) 3, S. 211–220.

auf eine chauvinistische Gangart dringen. Das freilich würde die Integrität und den Zusammenhalt des Landes in Gefahr bringen.

Dieser kurze Überblick, der die meisten Konflikte ungenannt läßt und nur auf besonders neuralgische Punkte hinweist, deutet Art und Größe des nationalen Problems im Osten Europas lediglich an (wobei die außereuropäischen Regionen der früheren UdSSR nicht berücksichtigt worden sind). Die knappe Liste der wichtigsten Konflikte mag aber verdeutlichen, welcher Flächenbrand ausbrechen würde, wenn die bestehenden nationalen Konflikte von den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion genauso wie im jugoslawischen Fall mit Waffengewalt ausgetragen werden sollten.

IV. Das imperiale Erbe

Zu dem allgemein-nationalen Faktor kommt bei den auseinandergebrochenen Reichen Sowjetunion und Jugoslawien als „imperiale Differenz“ noch der Gegensatz zwischen den Nationen hinzu, die in diesen Imperien bisher herrschend und beherrscht gewesen sind⁵. Die letzteren sehen sich nicht nur von kommunistischer, sondern auch von sowjetischer bzw. jugoslawischer Unterdrückung befreit. Russen und Serben – oder vielmehr deren staatstragende Führungsschichten – neigen dagegen weithin dazu, sich ihrer bisherigen Rolle beraubt zu fühlen. In Moskau empfinden viele Demokraten, die sich früher heftig gegen das alte Regime gewandt hatten, das Ende der UdSSR so sehr als einen Verlust, daß sie inzwischen zusammen mit gewendeten und sogar ungewendeten Kommunisten für ein so oder so neu zu errichtendes Reich eintreten. Am Anfang der serbischen Aggressionskriege stand die Hoffnung der Initiatoren, den alten großserbischen Staat Jugoslawien zurückholen zu können. Das heute verfolgte Ziel, ein territorial stark ausgeweitetes und ethnisch einheitliches Serbien zu schaffen, wurde erst später ersatzweise ins Auge gefaßt, nachdem deutlich geworden war, daß sich der jugoslawische Vielvölkerstaat nicht restaurieren ließ. Die Perspektive eines kleineren, dafür aber ethnisch homogenen Serbien soll dem einstigen Herrschaftsvolk auf andere Weise jene Bedeutung und jene Macht zurückgeben, die es früher hatte.

⁵ Eine interessante Darstellung der Frage unter dem Gesichtspunkt des – anhand der Parallelen zu entsprechenden Entwicklungen in Ländern der Dritten Welt nach deren Herauslösung aus den westlichen Kolonialreichen analysierten – Kolonialismusproblems gibt Mir A. Ferdowsi, *Blutige Kosten der Freiheit*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 17. 11. 1992.

Während sich das serbische Vorgehen im einstigen Jugoslawien durch besondere Brutalitäten auszeichnet, würde ein Durchbruch der imperial-revisionistischen Tendenz in Rußland auch dann, wenn er sich in weniger grausigen Formen vollziehen sollte, auf jeden Fall eine international noch ungleich größere Bedeutung erlangen. Das Verhältnis der Zusammenarbeit und des Einverständnisses, das trotz aller Spannungen zwischen Moskau und den westlichen Ländern derzeit überwiegend besteht, würde sich nicht fortsetzen lassen. Denn die westlichen Länder würden sich wenigstens zu Ablehnung und Abscheu veranlaßt sehen, wenn sich die russische Seite auf einen Kurs der Gewaltanwendung gegen andere aus der früheren UdSSR hervorgegangene Staaten – etwa gegen die Ukraine und/oder die baltischen Länder – begeben sollte, und das würde in Rußland nicht ohne Reaktion bleiben. Auch ohne antirussische Tendenzen im Westen sehen sich zumindest die radikaleren Kräfte der imperial-revisionistischen Gruppierung in Moskau bereits heute in einem grundlegenden Gegensatz zur westlichen Welt und verleihen ihren Vorstellungen offenen Ausdruck.

Die radikal imperial-revisionistischen „Nationalpatrioten“ betrachten die vielfachen ethnischen Konflikte in der früheren UdSSR, aus denen sich die Russische Föderation unter Jelzin so weit wie möglich herauszuhalten sucht, als zweckmäßige Instrumente für das Vorantreiben ihrer Ambitionen. So ist insbesondere von der Pflicht Moskaus die Rede, die bedrohten Rechte der Russen in den aus der einstigen Sowjetunion hervorgegangenen Staaten zu schützen – woraus sich dann ohne Mühe eine Notwendigkeit zur Intervention ableiten läßt, wenn dies angebracht erscheinen sollte. Auch mit ethnischen und/oder historischen Argumenten gerechtfertigte Forderungen nach Grenzänderung, etwa bezüglich der Halbinsel Krim, dienen ihren Urhebern vielfach zur Verfolgung weiter gespannter Absichten. Des innenpolitischen Drucks ungeachtet, steuert Präsident Jelzin trotz aller Kontroversen, die er mit dem ukrainischen Präsidenten Krawtschuk ausficht, einen gemäßigten Kurs. Er ist daher, solange er über die notwendige Handlungsfreiheit verfügt, ein entscheidender Garant für die Eindämmung der imperial-revisionistischen Tendenz in Rußland. Insgesamt lautet die entscheidende Frage, ob Frieden und Einvernehmen zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine einigermaßen aufrechterhalten werden. Wäre dies nicht der Fall, würde die Lage in der früheren UdSSR und darüber hinaus bedrohlich werden.

Gerade an diesem Punkt jedoch liegen besondere psychologische Schwierigkeiten. In der russischen

V. Schlußfolgerungen

Intelligenzschicht ist die Vorstellung einer unauflösbaren nationalen und geschichtlichen Einheit mit den Ukrainern verbreitet. Die Verselbständigung des ukrainischen Staates erscheint daher weithin als ein Verrat an einem gemeinsamen Erbe, das von der Kiewer Rus' im vormongolischen Mittelalter bis in die Gegenwart reicht. Als sehr schmerzhaft oder sogar als nicht hinnehmbar wird vielfach auch der Verlust der baltischen Länder empfunden, die seit dem frühen 18. Jahrhundert mit Rußland zusammengewachsen seien. Unproblematisch ist dagegen aus Moskauer Perspektive die Gemeinschaft mit Weißrußland (Belarus), das sich psychologisch noch nicht voll als Nation konstituiert hat und das zum Teil wegen fortbestehender gravierender Abhängigkeiten von Rußland, vor allem aber wegen des Strebens der alten Partei- und Staatsnomenklatura nach einem quasi-imperialen Rückhalt an Rußland (womit eine politische Isolierung und Entmachtung des aus Dissidentenkreisen stammenden Präsidenten Schuschkewitsch herbeigeführt wurde)⁶, institutionelle Gemeinsamkeiten akzeptiert.

Das Auseinanderbrechen des früheren sowjetischen Imperiums steht in Parallele zu dem ersatzlosen Ende der beiden multiethnischen Imperien Osmanisches Reich und Österreich-Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg. Die Analogie macht deutlich, daß Reichsvölker, die ihre dominante Position verlieren, darauf in zweierlei Weise reagieren können. Die Türken beantworteten die Herausforderung damit, daß sie in ihrem Kerngebiet einen Nationalstaat schufen und auf die früher reichsuntertanen Völker verzichteten. Österreicher und Ungarn dagegen fanden sich nicht mit der neuen Lage ab und suchten schließlich – zusammen mit dem ebenfalls revisionistischen Deutschland Hitlers – die Verhältnisse mit allen verfügbaren Mitteln wieder zu verändern.

Sowohl dieser Versuch, der in den Zweiten Weltkrieg mündete, als auch die Konflikte, welche die aus den beiden untergegangenen Imperien hervorgegangenen Staaten untereinander hatten, machen – ebenso wie die gewaltsame Wiedervereinigung des Russischen Reiches zur Sowjetunion in den Jahren des Bürgerkriegs und danach – deutlich, welche Konfrontationspotentiale beim Zusammenbruch von Imperien entstehen und wie wenig wahrscheinlich bei solchen Schwierigkeiten friedliche Austragungsmodalitäten sind, wenn keine besonderen Vorkehrungen getroffen werden.

Die potentiell explosive Lage, die mit dem Nationalismus in Osteuropa einhergeht, ist vor allem auf zweierlei zurückzuführen: auf die Unstimmigkeit einer zugleich personal-ethniebezogenen und territorialen Definition des Nationalstaates und auf den Widerstreit zwischen den bisher imperial herrschenden und den bisher imperial beherrschten Nationen. In beiden Fällen müßte man sich entweder für das Territorialitäts- oder das Personalitätsprinzip mit jeweils allen daraus logisch folgenden Konsequenzen entscheiden, wenn es zu einer konsistenten, nicht von strukturell vorgegebenen Dauerkonflikten bestimmten Politik kommen soll. Eine Nation, die sich auf ethnischer Grundlage definiert und konstituiert, muß logischerweise das Personalitätsprinzip bei allen nationalen Fragen in einem multiethnischen Staat gelten lassen und einen Staat ohne Zentralisierung, mit Zwischengewalten und mit Gruppenrechten aufbauen⁷. Ein Volk, das durch seine Dominanz ein Imperium getragen hat und das dann dieses Reich infolge nicht mehr durchgesetzten Zwanges verliert, wird zu einer Gefahr für die internationale Sicherheit, wenn es seine frühere Position mit allen Mitteln – einschließlich denen der militärischen Gewalt – wiederzugewinnen sucht. Im Interesse sowohl des Friedens zwischen den Staaten als auch der Entwicklung im eigenen Land sollte es sich zu einem Verzicht vergangener Herrschaftspositionen bereit finden und wie die Türken nach dem Ersten Weltkrieg die Wahl treffen, ohne imperiale Privilegien eine Nation unter anderen Nationen zu werden.

Es bleibt zu hoffen, daß die katastrophalen Folgen, die sowohl mit dem Scheitern der imperialen Restitutionsversuche Deutschlands in den Jahren 1933–1945 als auch mit den jahrzehntelang nach außen hin erfolgreichen Bemühungen der UdSSR um Restaurierung des Russischen Reiches verbunden waren, als Lehre der Geschichte beherzigt werden. In diesem Zusammenhang kommt es entscheidend darauf an, daß allen jetzigen und künftigen imperialen Revisionisten keine Hoffnung gelassen wird, ihre Ziele mit dem einzig aussichtsreichen Mittel, nämlich dem zerstörender Gewalt, erreichen zu können. Angesichts dessen ist es fatal, daß die aus Uneinigkeit und Unentschiedenheit re-

⁶ Vgl. Michael Ludwig, Kräfte von gestern warten auf ihre Stunde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 12. 1992.

⁷ Jenes – auf Territorium und Amtssprache begründete – Konzept, das die westlichen Staaten seit den ausgehenden fünfziger Jahren für die Nationsbildung der sich dekolonialisierenden Länder in der Dritten Welt bereithielten und das auch dort keineswegs problemlos anzuwenden war, wäre in Osteuropa ein sicheres Rezept zur Destabilisierung der Lage und Verfeindung der Völker. Vgl. dazu Benedict Anderson, Die Erfindung der Nation, Frankfurt/Main – New York 1988.

sultierende westliche Handlungsschwäche im früheren Jugoslawien genau diese Botschaft bisher nicht vermittelt hat.

Die Schlüsse, die hinsichtlich der nationalen Probleme in Osteuropa zu ziehen sind, sind auch für Westeuropa relevant. Dabei geht es nicht darum, den westlichen Nationalstaaten Rezepte anzubieten. Vielmehr gilt es, die Implikationen zu berücksichtigen, die sich dort ergeben, wo die westeuropäischen Länder ihrerseits mit dem Problem der Multinationalität – nämlich in einem Verband oberhalb des klassischen Nationalstaates – konfrontiert sind: in der Europäischen Gemeinschaft. Das Modell des zentralistischen Nationalstaats, der alle Vorgänge von einem Ort aus steuern muß und daher keine intermediären Gewalten dulden kann, ist für einen multinationalen Zusammenschluß grundsätzlich ungeeignet. Der entscheidende Grund dafür ist darin zu sehen, daß sich die Europäer nicht als nationale europäische Einheit fühlen. Ihre Loyalität gilt bislang wesentlich dem eigenen Staat und Volk als der Nation, zu der man gehört, bevor man in einem größeren, nachrangigen Zusammenhang Europäer ist. Diese Einstellung ist unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten so lange berechtigt, wie sich der Wählerwille nur in den einzelnen zur EG gehörenden Nationalstaaten politikbestimmend äußern kann. Das Empfinden der Europäer läßt es vorerst auch zweifelhaft erscheinen, ob sich an der primär nationalen Loyalitätsbindung Entscheidendes ändern würde, wenn man die EG-Institutionen mit einer überzeugenden demokratischen Legitimation versehen würde. Denn alle Indizien deuten darauf hin, daß in den westeuropäischen Ländern nur die Angehörigen der eigenen Nation als Mitglieder der Eigengruppe angesehen werden, von denen man eine – in der Politik immer wieder unvermeidlich werdende – Zurückweisung eigener Wünsche und Interessen zu akzeptieren bereit ist.

Nun mag es auf den ersten Blick so scheinen, als wenn der – trotz vieler Souveränitätsübertragungen auf die übernationale Gemeinschaft fortdauernde – Vorrang der nationalen Entscheidungszentren die Existenz einer zentralistischen EG von vornherein ausschloße. Mit dem Bestehen der weiterhin viele Souveränitätsrechte wahrnehmenden Mitgliedstaaten kommt die Möglichkeit nicht in Betracht, daß die EG als ein einheitlicher Nationalstaat ohne intermediäre Gewalten fungiert. Das Problem stellt sich jedoch anders: Wie organisiert die EG Entscheidungsbildung und Maßnahmenvollzug in denjenigen Bereichen, die in ihre Zuständigkeit fallen? Wird dieses Kriterium angelegt, zeigt sich, daß die EG-Strukturen in einem nicht

unbeträchtlichen Maße von der Leitvorstellung einer quasi-nationalstaatlichen Einheitlichkeit bestimmt werden. Auch das neuerdings beschworene Subsidiaritätsprinzip ändert daran im praktischen Detail nur wenig. Der die EG verkörpernde und zusammenhaltende Kern der Gemeinschaft, die Kommission und die ihr nachgeordnete Bürokratie, sind nach den Prinzipien der Einheitlichkeit und des Zentralismus aufgebaut.

Nicht zufällig entzündet sich die jetzt zunehmend artikulierte Kritik an der EG weithin an diesem Tatbestand. Ein multinationaler Verband setzt sich auch dann, wenn es sich nicht um ein repressives Imperium, sondern um einen freien Zusammenschluß handelt, bei seinen Mitgliedern leicht dem Vorwurf einer fremdbestimmenden Einwirkung aus, wenn die Entscheidungen von einer übernationalen Zentrale „oben“ ohne nationale Teilnahme von „unten“ getroffen und dann vor Ort nach unterschiedslos zentral gehandhabten Maßstäben ausgeführt werden. Da die Nation im allgemeinen Bewußtsein der Westeuropäer nach wie vor die entscheidende Vorstellung ist, nach der Eigen- und Fremdgruppe definiert werden, sind mißliebige Entscheidungen einer ohne die ständige Einbeziehung der Gemeinschaftsmitglieder allein und zentral handelnden europäischen Zentrale von vornherein automatisch mit dem Verdacht belastet, die einer fremden Macht nach fremden Gesichtspunkten zu sein. Da sich der Einfluß der eigenen Nation in der Regel nicht vollständig, zuweilen auch überhaupt nicht durchsetzen kann, werden die getroffenen Maßnahmen dann als Ergebnisse fremder Einwirkung empfunden und rufen dementsprechende Ablehnung hervor.

Der weithin schlechte Ruf der „Brüsseler Bürokratie“ und der „selbstherrlichen Eurokraten“ hat in dieser Außerachtlassung einer wichtigen völkerpsychologischen Gegebenheit ihren hauptsächlichsten Grund. Nur soweit die Mitwirkung intermediärer Strukturen und der Verzicht auf zentralistische Undifferenziertheit in den Mitgliedsländern das Gefühl unmittelbarer Beteiligung der eigenen Gruppe schaffen, läßt sich das Gefühl eurokratischer Fremdbestimmung vermeiden. Hinsichtlich der Empfindlichkeit, mit welcher der Eindruck quitiert wird, man unterliege außernationaler Fremdbestimmung, stehen die westeuropäischen Völker den neuen, ihre Emanzipation erlebenden Nationen im Osten des Kontinents kaum nach. Was in Westeuropa anders ist, ist vor allem die ständig praktizierte Aufeinander-Angewiesenheit, die seit langem eingeübte Kooperation, für die es weiter östlich bisher noch keine Entsprechung gibt.

Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas

I. Einleitung

Europa steht an der Schwelle eines neuen Jahrtausends vor großen Herausforderungen. Eine davon ist zweifellos die des europäischen Zusammenwachsens. Die Aussage, die Willy Brandt für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten prägte, daß zusammenwachsen müsse, was zusammengehöre, ist auch gültig für Europa und – angesichts unseres universalen Wertekanons und wachsender globaler Interdependenzen – für die Welt. Bevor ich auf die osteuropäische Herausforderung für die EG bzw. die Europäische Union eingehe, möchte ich in einer ersten Vorbemerkung daran erinnern, daß diese Europäische Union vor zumindest drei großen „äußeren“ Problemen steht, die in der einen oder anderen Form Auswirkungen auf das politische und sozioökonomische Gefüge der westeuropäischen Staaten haben werden. Erstens die neue „Ost-West-Herausforderung“ in Form der japanischen und amerikanischen Konkurrenz, die eigentlich eine Nord-Nord-Problematik ist; zweitens die Nord-Süd-Herausforderung durch vielfältige Verteilungskonflikte, für die insbesondere unsere südlichen und westlichen Nachbarn sensibel sind; schließlich drittens die osteuropäische Herausforderung, die einer konzertierten Ostpolitik bedarf.

Worin besteht diese osteuropäische Herausforderung? Was geht es die Westeuropäer an, wenn sich in den Weiten Rußlands oder auf dem Balkan die Völker gegenseitig aufs Haupt schlagen? Haben wir nicht genug mit eigenen sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu tun? Muß nicht zu nächst Westeuropa weiter zusammengeschweißt werden? Warum ist also Osteuropa so wichtig¹? Sechs schlagwortartige Antworten sollen hier zu nächst genügen: Osteuropa ist wichtig,

- weil Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts politisch-kulturell wieder eine Einheit ist (Werteproblematik);
- weil Europa eine geographische Einheit ist (Migrationsproblematik);
- weil es eine ökologische Einheit ist (Tschernobylproblematik);
- weil es ökonomisch ein Ganzes sein sollte (Konkurrenzproblematik);
- weil es militärisch ein Ganzes sein sollte (Friedensproblematik);
- weil es politisch ein Ganzes sein sollte (Konfliktregelungsproblematik).

Wie stellt sich die Europäische Union dieser Herausforderung? Zur Beantwortung dieser Frage müßte geklärt werden, wer diese Union überhaupt ist². Kann man von ihr als jbtheitlichem politischem Akteur sprechen? Oder sind nicht vielmehr die nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten nach wie vor entscheidend? Dazu möchte ich in einer zweiten Vorbemerkung folgendes in Erinnerung rufen:

- 1993 werden sich die EG- und die Mehrzahl der EFTA-Staaten zu einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zusammenschließen, in dem der freie Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften gewährleistet werden soll. Einige der EFTA-Staaten haben bereits Aufnahmeanträge in die EG gestellt, andere bereiten sie vor³. Anfang 1993 sollen die Erweiterungsverhandlungen mit Österreich, Schweden, Finnland und eventuell auch mit Norwegen beginnen.

1 Vgl. dazu Heinz Kramer, Die Ostpolitik der EG im Kontext der westeuropäischen Integrationsdynamik, SWP-S 354, Ebenhausen 1990; John Pinder, The European Community and Eastern Europe, Royal Institute of International Affairs, London 1991; Giles Merrit, Abenteuer Europa: Die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropa, Landsberg/Lech 1991; Hans-Georg Ehrhart, Die Europäische Gemeinschaft vor neuen Herausforderun-

gen, in: Johannes Schwerdtfeger/Egon Bahr/Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster-Hamburg 1991, S. 140-150; Hans-Georg Ehrhart, Die EG und die „sowjetische Frage“, in: ders. (Hrsg.), Die „sowjetische Frage“: Integration oder Zerfall? Mit einem Vorwort von Egon Bahr, Baden-Baden 1991, S. 141-163; Klaus Gottstein (Hrsg.), Integrated Europe?, Boulder 1992.

2 Vgl. etwa Reinhard Rummel (Hrsg.), Toward Political Union, Baden-Baden 1992.

3 Die im Dezember 1992 erfolgte Ablehnung des EWR durch die Schweizer Bürger hat die Notwendigkeit für einen direkten EG-Beitritt der Schweiz nur erhöht. Ein entsprechender Antrag liegt seit dem 26. 5. 1992 in Brüssel.

- Die Staats- und Regierungschefs der EG einigten sich im Dezember 1991 über den „Vertrag über die Europäische Union“⁴. Diese Union basiert auf drei Säulen: der EG mit ihren integrierten Strukturen und, außerhalb derselben, einer intergouvernemental geleiteten Innen- und Justiz- sowie Außen- und Sicherheitspolitik. Trotz des negativen Votums der dänischen und des nur knappen positiven Votums der französischen Bevölkerung läuft das Ratifizierungsverfahren für den Maastrichter Vertrag weiter. Bis Ende 1992 hatten zehn EG-Staaten das Vertragswerk ratifiziert. Nachdem der Europäische Rat in Edinburgh den dänischen Bedenken Rechnung getragen hat, ist davon auszugehen, „daß der Vertrag über die Europäische Union wohl bald von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden dürfte“⁵.

Während der erstgenannte Punkt belegt, daß der Prozeß der Integrationserweiterung allmählich voranschreitet, weist letzterer auf mehr oder weniger bescheidene Fortschritte im Prozeß der Integrationsvertiefung hin. Wie die Beurteilung auch ausfallen mag, grundsätzlich gilt die eherne Regel, daß internationale Organisationen nur so entwicklungs- und leistungsfähig sind, wie die nationalen Interessen der Mitgliedsstaaten es zulassen. Darum wird ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten unvermeidlich sein⁶.

Wenn also im folgenden vereinfachend von der EG bzw. der Union die Rede ist, so soll damit keinesfalls eine Interessenhomogenität vorgespiegelt werden, die es in der Realität so nicht gibt. Das gleiche gilt natürlich auch, wenn verallgemeinernd von Osteuropa die Rede ist.

II. Historischer Rückblick

Die politischen Beziehungen zwischen der EG und den mittel- und osteuropäischen Staaten stecken eigentlich noch in den diplomatischen Kinderschuhen. Die Ursache dafür ist bekannt: die Teilung Europas infolge des machtpolitischen und ideolo-

gischen Grundkonflikts zwischen den USA und der UdSSR sowie den um diese beiden Kraftzentren versammelten Staaten. Der Konflikt ging nach der Phase des „Kalten Krieges“ in eine Phase der antagonistischen Kooperation über, als deren diplomatischer Höhepunkt man die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki im Jahre 1975 nennen kann. Der militärischen Blockbildung in Form der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) und der NATO entsprach gemäß dem ökonomisch-ideologischen Grundkonflikt die wirtschaftliche Blockbildung durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW; 1949) und die drei Gemeinschaften EGKS (1951), EURATOM und EWG (1957), die sich 1968 zur EG zusammenschlossen. Erwähnt werden sollte noch die Organization for European Economic Cooperation (OEEC), die Vorläuferorganisation der OECD, die 1948 im Zusammenhang mit der Durchführung des „Marshallplans“ gegründet wurde.

Entsprechend der politischen Großwetterlage gestalteten sich auch die Beziehungen zwischen EG und RGW⁷. Sie lassen sich grob in drei Phasen teilen. Die erste kann als eine der „feindlichen Ignoranz“ umschrieben werden. In ihr standen der ideologische Gegensatz und die Stabilisierung der sozioökonomischen Grundlagen des jeweiligen Gesellschaftssystems im Vordergrund. Ab Ende der sechziger Jahre begann eine zwanzigjährige Phase der Anerkennung der Realitäten. War zuvor die EG noch als Speerspitze des „aggressiven US-Imperialismus“ eingestuft und vor den Gefahren einer Zusammenarbeit, insbesondere der kleineren RGW-Staaten mit der EG, gewarnt worden, so setzte sich nun allmählich die Erkenntnis durch, daß die ökonomische Stärke des „sozialistischen Lagers“ nicht allein von inneren Wirkungszusammenhängen abhing, sondern daß die zunehmende Bedeutung außenwirtschaftlicher und internationaler Faktoren den Abschied vom alten Autarkieideal notwendig machte.

Folgerichtig kamen 1973 erste Kontakte zwischen beiden Wirtschaftsorganisationen zustande, und ein Jahr später wurde die EG in einem Brief Brezhnevs an den Präsidenten der Kommission öffentlich als Realität anerkannt. Die EG bekundete daraufhin ihre Bereitschaft, Verhandlungen mit den Staaten des RGW aufzunehmen. 1976 legte der RGW den Entwurf eines Rahmenabkommens vor. Die 1978 darüber geführten Verhandlungen mündeten schließlich in eine Sackgasse. Aus Sicht der EG gab es zu diesem Zeitpunkt drei unüber-

4 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 16, 12. 2. 1992.

5 Vgl. Europäischer Rat, Edinburgh, 11.-12. 12. 1992, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, SN/456/92 Teil A, S. 5a. Teil B enthält die Beschlüsse zu den von Dänemark aufgeworfenen Problemen.

6 Der vielkritisierte Maastrichter Vertrag trägt denn auch mit seiner flexiblen, die unterschiedliche Integrationsbereitschaft der Unterzeichnerstaaten berücksichtigenden Struktur der schlechten Erkenntnis Rechnung, daß Zivilisierungsprozesse – und als Teil eines solchen ist die EG-Integration anzusehen – nicht linear verlaufen, sondern ungleichzeitig und oftmals widersprüchlich.

7 Vgl. Eberhard Schulz (Hrsg.), Die Ostbeziehungen der Europäischen Gemeinschaften, München 1977; ders., Moskau und die europäische Integration, München 1975; Hans-Georg Ehrhart, EG und RGW: Bausteine zu einer europäischen Friedensordnung?, Bonn 1989.

windliche Hindernisse: Zum einen die Kompetenzfrage; im Gegensatz zur supranationalen Struktur der EG handelte es sich beim RGW um eine zwischenstaatliche Organisation. Zum anderen war die Frage strittig, ob und welche Passagen aus der KSZE-Schlußakte übernommen und ob Regelungen über den Handel in das Rahmenabkommen aufgenommen werden sollten. Schließlich stellte sich das Berlin-Problem. Bis zur Regelung dieser Streitfragen dauerte es weitere zehn Jahre. Am 24. Juni 1988 wurde in einer gemeinsamen Erklärung die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen EWG und RGW verkündet⁸. Damit wurde der Grundstein gelegt für den Ausbau der handelspolitischen Beziehungen zwischen der EG und den einzelnen Mitgliedsstaaten des RGW, nicht aber mit dem RGW selbst, der schließlich drei Jahre später von der politischen Bühne verschwand.

III. Zur bisherigen Reaktion der EG

Wie hat die EG bislang auf die europäischen Herausforderungen reagiert? Entsprechend der Motiv- bzw. Interessenlage soll im folgenden die Politik der Gemeinschaft nach politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekten analysiert werden. Obwohl in der Realität eng miteinander verschränkt, werden sie hier aus analytischen Gründen einzeln dargelegt.

1. Politische Beziehungen

Die Gemeinsame Erklärung von EG und RGW im Juni 1988 ebnete den Weg für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Brüssel und den mittel- und osteuropäischen Staaten. Knapp zwei Monate nach ihrer Unterzeichnung entsprach die Gemeinschaft dem Wunsch der UdSSR, der DDR, Bulgariens, der ČSSR und Ungarns nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Die daraufhin erfolgte Einrichtung von Botschaften bei der EG war ein erster Schritt zur Förderung eines direkten politischen Dialogs. Er wurde ab Mitte 1990 ergänzt durch die Eröffnung von EG-Büros in Osteuropa.

Die politischen Motive der EG waren dreifach: Beschleunigung des Systemwechsels (ideologisches Motiv), Abstützung des Reformprozesses (Stabilitätsmotiv) und Stärkung der politischen Rolle der EG (Integrationsmotiv). Das wichtigste politische Instrument der EG war die differenzierte Herangehensweise bei der Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. So ließen die

handelspolitischen Konsequenzen des Abkommens zwischen EG und RGW nicht lange auf sich warten. 1988 und 1989 wurden Handels- und Kooperationsverträge mit Ungarn (26. September 1988), der ČSSR (19. Dezember 1988), mit Polen (19. September 1989) und der UdSSR (16. Dezember 1989) unterzeichnet. In ihrer Erklärung anlässlich des Europäischen Rates in Straßburg am 8./9. Dezember 1989 unterstrichen die Staats- und Regierungschefs der EG ihren Willen, „auf der Grundlage eines intensiveren politischen Dialogs und einer verstärkten Zusammenarbeit auf allen Gebieten umfassendere und engere Beziehungen zur UdSSR und zu den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern“ zu entwickeln, sobald sie den Weg demokratischer Veränderungen beschritten hätten⁹. Entsprechend den zögerlichen Reformschritten wurde mit Bulgarien erst am 8. Mai 1990 ein Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen. Die Verhandlungen mit Rumänien wurden zusammen mit den diplomatischen Beziehungen im April 1989 suspendiert und erst ein Jahr später, nach dem Ende des Ceausescu-Regimes, wieder aufgenommen.

Auf dem Dubliner Sondergipfel im April 1990 konkretisierten die Staats- und Regierungschefs der EG ihr weitergehendes Kooperationsangebot durch die Aussicht auf ein „Netz von Assoziierungsabkommen“ gemäß Art. 238 EWG-Vertrag. Diese sogenannten „Europa-Abkommen“ stellen – entsprechende politische und wirtschaftliche Reformschritte vorausgesetzt – eine weitere Stufe der politischen Einbindung dar. Als Voraussetzungen wurden in Dublin genannt: einschneidende Schritte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, politischer Pluralismus, geheime und freie Wahlen sowie Liberalisierung der Wirtschaft. Einerseits stellte der Europäische Rat klar, daß diese Assoziierungsabkommen unterschieden werden müßten „von der Möglichkeit eines Beitritts zur Gemeinschaft gemäß Art. 237 EWG-Vertrag“. Andererseits schloß er eine spätere Beitrittsmöglichkeit aber auch nicht aus¹⁰.

Im Dezember 1990 begannen die formellen Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den drei mitteleuropäischen Staaten Polen, Ungarn und der ČSFR über den Abschluß von Assoziierungsabkommen. Sie konnten ein Jahr später, am 16. Dezember 1991, erfolgreich abgeschlossen werden, also nur wenige Tage nachdem sich die Staats-

9 Tagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs in Straßburg (8./9. 12. 1989), Schlußfolgerungen, in: Europa-Archiv, 45 (1990) 1, S. D 5–18.

10 Vgl. Sondertagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs in Dublin (28. 4. 1990), Schlußfolgerungen, in: Europa-Archiv, 45 (1990) 11, S. 284–288.

8 Vgl. Amtsblatt der EG, Nr. L 157/35, 24. 6. 1988.

und Regierungschefs in Maastricht über die Unterzeichnung des Vertrages über die Politische Union verständigt hatten. Diese „Europa-Abkommen“ sehen u. a. die Schaffung eines Assoziationsrates als Beratungs- und Beschlußfassungsgremium, das von einem Assoziationsausschuß unterstützt wird, sowie eines gemeinsamen parlamentarischen Ausschusses vor. Dadurch sollen ein intensiverer politischer Dialog und eine engere politische Anbindung an das EG-Europa ermöglicht werden¹¹. Im Mai 1992 folgten Abkommen der ersten Generation mit Lettland und Estland, die ebenso wie die vor dem Abschluß stehenden Verträge mit Litauen und Slowenien die Möglichkeit vorsehen, später durch Assoziierungsabkommen ersetzt zu werden¹².

Ende 1990 beauftragte der Europäische Rat die Kommission, „Möglichkeiten eines breit angelegten Übereinkommens zwischen der Gemeinschaft und der UdSSR zu erkunden, das einen politischen Dialog einschließt und sich auf alle Aspekte einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie eine kulturelle Zusammenarbeit erstreckt“¹³. Dadurch verdeutlichte die EG ihre Bereitschaft, auch mit der UdSSR ein weitergehendes Abkommen von der Art abzuschließen, wie sie mit den mitteleuropäischen Staaten ausgehandelt werden sollten. Indem der Rat als wünschenswerten Termin für den Abschluß dieses Abkommens Ende 1991 nannte, unterstrich er die politische Dringlichkeit, die UdSSR stärker einzubinden. Der politische Zerfallsprozeß und das Ende der UdSSR setzten schließlich diesen weitreichenden Bemühungen der EG vorläufig ein Ende. Mit der raschen Einleitung des Anerkennungsverfahrens für die neuen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion am 31. Dezember 1991 zog die EG eine Lehre aus ihrem zögerlichen Verhalten gegenüber Jugoslawien. Bis Ende März 1992 wurden alle Mitglieder der GUS und Georgien anerkannt.

2. Wirtschaftsbeziehungen

Die Entwicklung vertraglicher Wirtschaftsbeziehungen zeigt zweierlei: die vergleichsweise rasche Anpassungsfähigkeit der EG-Handelspolitik in der

11 Vgl. European Association Agreements with Czechoslovakia, Hungary and Poland, Brussels, 10324/91 (Presse 240-G); Die Europaabkommen der Europäischen Gemeinschaft, in: Europäische Zeitung, Juni 1992, S. 27–29; András Inotai, Assoziierungsabkommen: Schritte zur Reintegration ostmitteleuropäischer Staaten, in: Integration, 15 (1992) 1, S. 25–35.

12 Vgl. European Service Center, Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Ländern und den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Hintergrundbericht Nr. 9/92 vom 25. September 1992.

13 Tagung des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs in Rom (14./15. 12. 1990), Schlußfolgerungen, in: Europa-Archiv, 46 (1991) 1, S. D 27–38.

Frühphase der friedlichen Revolutionen in Osteuropa und das frühe Bemühen um eine EG-übergreifende internationale Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Ging es in den Handels- und Kooperationsverträgen der ersten Generation noch um einen bis 1995 laufenden schrittweisen Abbau der spezifischen mengenmäßigen Beschränkungen für Industrieprodukte, so beschloß der Rat im November 1989, diese für Polen und Ungarn bereits zu Beginn des Jahres 1990 aufzuheben. Ausgenommen davon blieben Textil- und EGKS-Produkte. Außerdem wurden diese beiden Länder in das Allgemeine Präferenzsystem (APS) aufgenommen, das eine Zollbefreiung für die meisten gewerblichen Waren vorsieht, mit den üblichen Mengenbegrenzungen bei „sensiblen“ Produkten.

Vorausgegangen war im Juli 1989 der Beschluß des Pariser Weltwirtschaftsgipfels zur Installierung des Programms PHARE zur Unterstützung der Reformbemühungen in Polen und Ungarn. Der G-7-Beschluß fand die Zustimmung der EG- und der EFTA-Staaten, die zusammen mit Australien, Kanada, Japan, Neuseeland, der Türkei und den USA die sogenannte G-24 bilden. Sie beauftragten die EG-Kommission mit der Koordinierung der Unterstützungsmaßnahmen, die sich auf Nahrungsmittelhilfen, Investitionsförderung, Verbesserung des Zugangs zu westlichen Märkten sowie die Zusammenarbeit im Umweltschutz und in der Berufsbildung konzentrierten.

Im September 1990 beschloß der EG-Rat in Übereinstimmung mit einer entsprechenden Entscheidung der G-24 die Ausdehnung des PHARE-Programms auf die ČSFR, Bulgarien, Rumänien, die DDR und Jugoslawien. Daraufhin entschied die Kommission im Oktober, das APS auf Bulgarien und die ČSFR zu erweitern. Für Jugoslawien und Rumänien galt diese Regelung bereits, für die DDR war sie wegen der Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht mehr notwendig. Die baltischen Staaten und Albanien wurden ab Januar 1992 in das Programm PHARE einbezogen.

Eine weitere Stufe der ostpolitischen Bemühungen sind die Assoziierungsabkommen. Die in ihnen enthaltenen wirtschaftlichen Bestimmungen sollen den Annäherungsprozeß der mitteleuropäischen Staaten an das Wirtschaftsniveau der EG beschleunigen. Erklärtes Ziel ist die Errichtung einer Freihandelszone für Industrieprodukte innerhalb von zehn Jahren. In den Bereichen Textil, Kohle, Stahl und Landwirtschaft soll der Markt ebenfalls geöffnet werden, wenngleich stärker eingeschränkt.

Unter Beibehaltung eines länderspezifischen Verhandlungsansatzes haben die drei Assoziierungsabkommen eine gleiche Grundstruktur, die für die

weitere Handelsliberalisierung vorgesehenen Zeitspannen sind hingegen verschieden. Während die EG ihre Zölle und Kontingente für Industrieprodukte innerhalb von fünf Jahren abbauen muß, werden Polen dafür sieben, Ungarn und der CSFR neun Jahre Anpassungszeit eingeräumt. Bei Textilien will die EG innerhalb von fünf Jahren alle Handelsschranken abbauen, bei Stahlprodukten sollen im gleichen Zeitraum von beiden Seiten die Märkte geöffnet werden. Auf dem Agrarsektor verpflichtet sich die EG, ihre Zolltarife in den nächsten drei Jahren um 20 Prozent zu senken und die davon betroffenen Kontingente innerhalb der nächsten fünf Jahre um jährlich zehn Prozent zu erhöhen.

Die Wirksamkeit der Marktöffnung hängt nicht zuletzt von den Hilfen ab, die auf mikro- und makroökonomischer Ebene gewährt werden. Während technische und Ausbildungshilfen die Voraussetzungen für private Investitionen schaffen helfen sollen, tragen Finanzhilfen vor allem zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz und zur Stützung der Währung bei. Als neues Finanzierungsinstrument für die Modernisierung und Privatisierung der Wirtschaft wurde am 29. Mai 1990 die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) gegründet. An dieser aus ursprünglich 41 und mittlerweile 55 Aktionären bestehenden und mit einem Grundkapital von zehn Mrd. ECU ausgestatteten Bank halten die zwölf EG-Staaten, die EG-Kommission und die Europäische Investitionsbank zusammen 51 Prozent der Anteile¹⁴.

Die Wirtschaftsbeziehungen der EG zur ehemaligen UdSSR entwickelten sich angesichts der komplizierten und zunehmend unübersichtlichen Lage weniger dynamisch. Am 1. April 1990 trat ein auf zehn Jahre befristetes Abkommen über wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit in Kraft, in das auch EURATOM als Vertragspartner integriert war. Neben der Gewährleistung der Meistbegünstigung war die schrittweise Aufhebung der spezifischen mengenmäßigen Beschränkungen für sowjetische Ausfuhren bis 1995 vorgesehen. Neu war gegenüber den zuvor mit den mitteleuropäischen Staaten abgeschlossenen Abkommen die angestrebte umfassende Kooperation in Finanz- und Währungsfragen sowie in Fragen aller finanziellen Dienstleistungen. Ein jährlich tagender gemischter Ausschuß sollte für das ordnungsgemäße Funktionieren der Vereinbarungen

14 Im April 1992 einigten sich die Gouverneure der EBWE über die Modalitäten des Beitritts der GUS-Staaten. Rußland übernimmt vier Prozent der Anteile, die anderen GUS-Staaten sechs Prozent der der UdSSR zustehenden Quote von zehn Prozent. Bis 1994 stehen 40 Prozent der jährlichen Anteile für die GUS zur Verfügung, 60 Prozent für Ostmitteleuropa. Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8. 4. 1992.

Sorge tragen und Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Handels- und Kooperationsbeziehungen erörtern. Auf der Tagung des Europäischen Rates im Dezember 1990 wurde beschlossen, der UdSSR eine Nahrungsmittel-Soforthilfe im Werte von bis zu 1,5 Mrd. DM zukommen zu lassen und sie bei der Mobilisierung ihrer Ressourcen durch technische Hilfe in den Bereichen Ausbildung, Finanzdienste, Energie, Verkehr und Versorgung im Jahre 1991 mit 800 Mio. DM zu unterstützen sowie weitere Unterstützungen für 1992 je nach Verwirklichung der konkreten Vorhaben bereitzustellen.

Bis zur ersten internationalen Hilfskonferenz (Washington) im Januar 1992 hat die EG der GUS Unterstützung im Werte von insgesamt 5,2 Mrd. DM zugesagt, davon 1,7 Mrd. als Zuschüsse und der Rest als Kredite oder Kreditgarantien. Der größte Teil ist für Nahrungs- und Arzneimittellieferungen vorgesehen. Ihr Abfluß läuft allerdings sehr beschwerlich. Das gilt auch für die 800 Mio. DM technische Hilfe, die für 1991 bewilligt worden waren. Sie ist bislang nur zu einem ganz geringen Teil abgeflossen, so daß zusammen mit den für 1992 vorgesehenen 900 Mio. DM ca. 1,7 Mrd. für technische Hilfe zur Verfügung stehen. Verglichen mit den 72 Mrd. DM, die die Bundesrepublik bislang der GUS gewährt hat, ist die Gesamtsumme der EG-Leistungen eher bescheiden. Verglichen mit den 220 Mio. DM, die Großbritannien bis dahin beisteuerte, ist sie wiederum fast großzügig zu nennen¹⁵. Zur dritten GUS-Hilfskonferenz in Tokio legte die EG-Kommission eine Aufstellung aller westlichen Unterstützungsleistungen für den Zeitraum von September 1990 bis Oktober 1992 vor. Demnach beläuft sich die Gesamtsumme auf 71,763 Mrd. ECU (ca. 140 Mrd. DM), wenn die EG und ihre Mitgliedsstaaten ca. 75 Prozent tragen.

3. Sicherheitspolitische Beziehungen

Die sicherheitspolitischen Antworten der EG auf die osteuropäischen Herausforderungen beschränken sich bislang auf nichtmilitärische Maßnahmen. Fragen militärischer Sicherheit in Europa waren und sind Angelegenheit der NATO, die EG-Staaten können sich allenfalls im Rahmen der EPZ (Europäischen Politischen Zusammenarbeit) über politische und wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit abstimmen und entsprechende Erklärungen abgeben. Seit dem NATO-Gipfel von Rom hat die Allianz offiziell die Herausbildung einer sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität der EG akzeptiert. In Maastricht ist wiederum die Ent-

15 Vgl. European Service Center, Assistance to the Independent States (ex-USSR) - facts and figures, background brief no 2/92 vom 30. 1. 1992.

wicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und langfristig einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Unionsvertrag festgeschrieben worden. Beide Ereignisse sind Ausfluß der radikal veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und der Bemühungen Westeuropas um mehr sicherheitspolitische Kompetenz.

Verteidigungspolitischer Arm der EG soll langfristig die WEU werden. Diese hatte bereits 1990 mit den mittel- und osteuropäischen Staaten einen sicherheitspolitischen Dialog aufgenommen und zu einem Liaison-Konzept weiterentwickelt. Auf der Ministertagung der WEU am 18. November 1991 wurden erste konkrete Maßnahmen beschlossen: Einladung der Außen- und Verteidigungsminister Bulgariens, der ČSFR, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Teilnahme an einem Sondertreffen des Rates; Seminare des WEU-Institutes für Sicherheitsstudien in diesen Ländern; Ausweitung des Stipendienprogramms des WEU-Instituts sowie Erkundungsreisen in die Sowjetunion und die baltischen Staaten. Weitere Maßnahmen wurden abhängig gemacht von den damals noch ausstehenden Maastrichter Beschlüssen zur Europäisierung der Sicherheit.

Nicht zuletzt um diese zu beeinflussen, versuchten insbesondere Frankreich und die Bundesrepublik, die WEU angesichts des eskalierenden jugoslawischen Bürgerkrieges ins politische Spiel zu bringen. Die Zahl der seit dem 13. Juli 1991 in Slowenien operierenden EG-Beobachter war zwar einige Wochen später von 50 auf 200 erhöht – darunter jetzt auch zivile Beobachter aus Nicht-EG-Staaten – und ihr Einsatzgebiet auf Kroatien ausgedehnt worden. Jedoch stellte sich die Frage ihrer Sicherheit. Die WEU erhielt daraufhin von den EG-Außenministern den Auftrag, einen Katalog von Handlungsmöglichkeiten zur Unterstützung der EG-Beobachter zu erstellen. Die Ende September 1991 unterbreiteten Optionen lauteten:

1. Logistische Unterstützung der EG-Beobachter mit 2 000 bis 3 000 Mann;
2. Entsendung von bis zu 6 000 Mann zur Eskortierung der Beobachter;
3. Bereitstellung von 10 000 Mann zur logistischen Unterstützung und Eskortierung;
4. Entsendung von 20 000 bis 30 000 Mann mit eigener Beobachtermission¹⁶.

16 Vgl. dazu Assembly of Western European Union, Operational arrangements for WEU-Yugoslavian crisis, Report submitted on behalf of the Defence Committee, Document 1254, 27. 11. 1991.

Erwartungsgemäß fand keine dieser Optionen eine Mehrheit. Die WEU erklärte daraufhin im November ihre Bereitschaft, friedenssichernde Maßnahmen der UNO zu unterstützen.

Auf dem Gipfel in Lissabon drohte die EG erstmals mit dem Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung der humanitären Maßnahmen der UNO in Bosnien-Herzegowina¹⁷. Sie begrüßte in diesem Zusammenhang die Petersberg-Erklärung des WEU-Ministerrates vom 19. Juni 1992¹⁸. Darin hat sich die WEU – ohne die erforderliche Vertragsänderung und -ratifizierung – u. a. das Mandat für out-of-area-Kampfeinsätze zugesprochen und eine Ad-hoc-Gruppe mit der Prüfung der Möglichkeit beauftragt, an der Umsetzung der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates mitzuwirken. Als ein Schritt in diese Richtung kann die Beteiligung der WEU an den Seepatrouillen in der Adria zur Überwachung des UN-Embargos angesehen werden.

Als letztlich hilfreicher als dieser halbherzige und taktisch motivierte Versuch, einen militärischen Beitrag zur Befriedung des jugoslawischen Konfliktes zu leisten, könnten sich die politischen Ansätze erweisen. Einerseits schuf die EG die diplomatischen Voraussetzungen für eine künftige Verhandlungslösung. Mit der Ausrichtung einer Friedenskonferenz bot die EG einen Gesprächsrahmen für die und mit den Konfliktparteien, der am 26./27. August 1992 auf der internationalen Jugoslawien-Konferenz erweitert und unter den gemeinsamen Vorsitz des UNO-Generalsekretärs und des EG-Ratsvorsitzenden gestellt worden ist. Mit der Berufung einer Schlichtungskommission, bestehend aus fünf Präsidenten westeuropäischer Verfassungsgerichte, schuf sie ein weiteres Vermittlungsinstrument, welches u. a. die minderheitenrechtlichen Bestimmungen für eine Friedenslösung erarbeitete. Andererseits übten die EG-Staaten Druck aus. Mit der Verhängung eines Waffenembargos setzten sie ein erstes Zeichen, das dann durch wirtschaftliche Sanktionen und politischen Druck verstärkt wurde. Mit ihren Beschlüssen zur Anerkennung neuer Staaten vom 16. Dezember 1991 formulierten die EG-Außenminister schließlich einen Kriterienkatalog mit folgenden Elementen: Achtung der Bestimmungen der UN-Charta, der Schlußakte von Helsinki und der Charta von Paris; Garantien für ethnische und nationale Gruppen und Minderheiten; Achtung der Unverletzlichkeit der Grenzen; Übernahme abrüstungspolitischer Verpflichtungen; friedliche

17 Vgl. Europäischer Rat, Lissabon, 26./27. 6. 1992, Schlußfolgerungen der Vorsitz, in: EG-Nachrichten, Dokumentation, Nr. 7, 1. 7. 1992, S. 42–44.

18 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 68, 23. 6. 1992.

Streitbeilegung, evtl. mit Rückgriff auf Schiedsverfahren¹⁹.

Dieser Katalog ist auch im Hinblick auf die Entwicklung in der ehemaligen Sowjetunion formuliert worden. Insbesondere zur Problematik der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln und der Übernahme der abrüstungspolitischen Verpflichtungen der UdSSR äußerten sich die EG-Staaten mehrfach sehr eindringlich. Als weitere sicherheitspolitische Maßnahme in diesem Kontext kann die Gründung eines Internationalen Wissenschafts- und Technologiezentrums (IWTZ) im März 1992 angesehen werden, an dessen Finanzierung die EG mit 25 Mio. US-Dollar beteiligt ist²⁰. Mit Hilfe des IWTZ soll dem befürchteten „brain drain“ von Nuklearwaffenexperten begegnet werden.

Ansonsten ist die EG im Rahmen der EPZ bzw. der GASP um eine Abstimmung der Positionen mit Moskau zu dringenden sicherheitspolitischen Problemen bemüht. Nachdem sie bereits während des Golfkrieges erstmals in einer gemeinsamen Erklärung Stellung bezogen hatten, verabschiedeten die Außenminister der EG und Rußlands im März 1992 eine gemeinsame Erklärung zum armenisch-aserbaidschanischen Konflikt um Nagorny Karabach. Darin forderten sie einen Waffenstillstand und eine Vermittlungsinitiative des Vorsitzenden des KSZE-Außenministerrates. Des weiteren sprachen sie sich für die Bildung humanitärer Korridore aus, um Evakuierungsmaßnahmen und medizinische Hilfe zu ermöglichen.

IV. Die osteuropäische Herausforderung nach Maastricht

Am 1. Januar 1993 ist der EG-Binnenmarkt in Kraft getreten. Dadurch wird sich die Verflechtung der westeuropäischen Volkswirtschaften weiter verdichten. Im Maastrichter Vertrag über die Europäische Union ist der Rahmen für die politische und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinschaft vorgezeichnet worden. Welche Perspektiven zeichnen sich für die Beziehungen zwi-

19 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 144, 19. 12. 1991, S. 1173f.

20 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 12. 3. 1992. Insgesamt engagiert sich die EG mit 70 Mio. US-Dollar für die nukleare Sicherheit in Rußland, der Ukraine, Armenien und Weißrußland. Das Programm soll schrittweise auf die anderen Staaten der GUS ausgedehnt werden. Vgl. Franz Andriessen, Zusammenarbeit ist unteilbar: Die Koordination der Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, in: EG-Nachrichten, Nr. 21 vom 1. 6. 1992, S. 1-3.

schen der Europäischen Union und den Staaten in Mittel- und Osteuropa ab?

1. Politische Beziehungen

Läßt man die düsteren Perspektiven eines Zerfalls der EG einmal außer Betracht²¹, so kann man die Vielzahl der diskutierten Entwicklungsmöglichkeiten auf vier Modelle reduzieren: erstens die EG der Zwölf (oder Zehn) als handlungsfähiger politischer Kern und Stabilitätsanker für ein sich nur langsam entwickelndes Osteuropa; zweitens die sich um die EFTA- und die mitteleuropäischen Staaten erweiternde EG, die von Brest nach Brest-Litowsk reicht; drittens die sich beschränkt erweiternde EG im Rahmen einer lockeren gesamteuropäischen Konföderation und viertens die alle europäischen Staaten umfassenden Vereinigten Staaten von Europa. Je nach Standpunkt können diese Modelle als gegensätzlich oder als sich ergänzende Schrittfolge angesehen werden.

Wichtiger als Modellschusterei ist jedoch die politische Praxis. Sie sieht zur Zeit so aus, daß die potentielle Erweiterungsfähigkeit in der EG nicht mehr in Frage gestellt wird, die Bedingungen dafür aber objektiv erschwert werden. Jedes neue Mitglied hat den sogenannten „acquis communautaire“, also den Rechtsfundus der EG, zu akzeptieren²². Die nationale Gesetzgebung muß den EG-Vorgaben angepaßt werden. Zu fragen ist also, ob und inwieweit die mittel- und osteuropäischen Staaten, die gerade ihre politische Unabhängigkeit wiedererlangt haben, willens und fähig sind, diesen Anforderungen zu entsprechen. Grundvoraussetzung dafür ist ein relativ gefestigtes und demokratisch kontrolliertes Institutionengefüge. Aus heutiger Sicht kann gesagt werden, der Wille ist da, die Fähigkeit noch nicht. Sollten die Kosten des Systemwechsels aber unter- und die Möglichkeiten der EG überschätzt werden, so könnte die sich bereits abschwächende Europa-Begeisterung in den neuen Demokratien rasch umschlagen in Enttäuschung und nationalistische Rückwendung. Das gleiche trifft auch für den Fall zu, daß die EG ihre Möglichkeiten nicht konsequent nutzt.

21 Eine durch Nationalismen und Bilateralismen ausgehöhlte EG wäre ostpolitisch handlungsunfähig. Vgl. zu diesem Szenario Dieter Senghaas, Die Welt als Schrecken, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebenzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 347-355.

22 Vgl. Kommission der EG, Europa und die Problematik der Erweiterung, Brüssel, 24. 6. 1992; Europäischer Rat, Lissabon, 26./27. 6. 1992, S. 3-5; Kommission der EG, Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, Bericht der Kommission für den Europäischen Rat in Edinburgh am 11./12. 12. 1992.

Die Assoziierungsabkommen mit Polen, Ungarn und der ČSFR sind ein positiver Zwischenschritt bzw., so Jiri Dienstbier, „ein Meilenstein auf dem Wege der schrittweisen Eingliederung dieser mitteleuropäischen ‚Troika‘-Länder in den Integrationsprozeß“ der EG²³. Darin ist zwar kein Automatismus für einen EG-Beitritt festgeschrieben worden, jedoch enthält die Präambel eine politisch verpflichtende Perspektive. Sie wurde in Edinburgh erneut bekräftigt. Auf dem nächsten ordentlichen EG-Gipfel in Kopenhagen will der Europäische Rat Beschlüsse zur Erweiterungsfrage fassen, „um den Beitritt der assoziierten Länder zur Union vorzubereiten“²⁴. Zu einem festen Zeitplan, wie ihn die Visegrad-Staaten in einem Memorandum angeregt hatten²⁵, konnten sich die EG-Staaten hingegen noch nicht durchringen. Die Beitrittsperspektive gilt es durch eine entsprechende politische Praxis seitens der EG-Staaten zu konkretisieren. Erwägenswert wäre die Verdichtung kooperativer politischer Strukturen bis hin zu einer EG-Teilmitgliedschaft, die eine Mitsprache in bestimmten Bereichen der politischen Zusammenarbeit erlaubte.

Nach einer ersten EG-Erweiterung durch die EFTA-Staaten in wenigen Jahren kann, falls der Reformprozeß positiv verläuft, frühestens um die Jahrhundertwende mit dem Beitritt der mitteleuropäischen Staaten gerechnet werden. Nach Berechnungen des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) dürfte es bis weit über 2010 hinaus dauern, bis die mitteleuropäischen Staaten die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine EG-Integration erfüllen²⁶. Die Europäische Investitionsbank geht davon aus, daß die Dauer der durch den Transformationsprozeß in Ostmitteleuropa bedingten sozialen Härten nicht in Jahren zu bemessen sind, sondern in Jahrzehnten²⁷. Unstrittig ist allerdings, daß die ökonomischen Disparitäten im ostmitteleuropäischen Raum zunehmen werden und daß die mitteleuropäischen Staaten die relativ besten Integrationschancen haben²⁸.

Ob und wann die südöstlichen und die baltischen Staaten folgen werden, ist nicht absehbar. Während die EG die Verhandlungen mit Rumänien

und Bulgarien über eine Assoziierung erfolgreich beendet hat und mit den baltischen Staaten und Slowenien hoffentlich bald beginnen wird, hat sie ein ähnliches Vorgehen gegenüber den GUS-Staaten vorläufig ausgeschlossen. Die Kommission strebt vielmehr eine enge institutionelle Zusammenarbeit unterhalb dieser Ebene im Rahmen bilateraler Handels- und Kooperationsabkommen an, wobei zunächst mit den vier Atommächten der GUS verhandelt werden soll²⁹. Das im letzten September erteilte Mandat schließt aber auch die anderen GUS-Staaten mit ein.

2. Wirtschaftliche Beziehungen

Die Qualität der künftigen politischen Beziehungen wird entscheidend davon mitbestimmt, wie die sozioökonomischen Herausforderungen bewältigt werden. Die Hauptlast werden natürlich die Menschen in den betroffenen Ländern zu tragen haben. Aber wenn die Aussage zutrifft, daß es den Westeuropäern auf Dauer nicht gutgehen kann, wenn es den Menschen in Mittel- und Osteuropa dauernd schlechtgeht, dann muß gefragt werden, ob die bisherige Reaktion der EG auf die wirtschaftlichen Herausforderungen ausreicht.

Eine Antwort fällt nicht leicht. Einerseits ist unbestreitbar, daß die Hauptverantwortung für das Gelingen des Transformationsprozesses bei den betroffenen Ländern selbst liegt. Andererseits kann nicht bestritten werden, daß der EG dabei eine wichtige Rolle zufällt. Sie wird ihr allerdings nicht immer gerecht. So ist es ein positives Beispiel, wenn angesichts des zeitraubenden Ratifizierungsverfahrens der Assoziierungsabkommen die mitteleuropäischen Staaten mittels eines Interimsabkommens bereits seit dem 1. März 1992 in den Genuß der Handelsvorteile kommen³⁰. Geradezu kleinkariert mutet es hingegen an, wenn etwa nationale Agrarinteressen selbst eine minimale Öffnung des weithin abgeschotteten EG-Marktes blockieren und statt dessen Kredite angeboten werden, um Agrarexporte aus Polen und Ungarn in die ehemalige Sowjetunion zu finanzieren. Besser als kreditfinanzierte Exporte wären Märkte, auf denen sich Devisen verdienen lassen.

Positiv zu bewerten ist wiederum der asymmetrische Ansatz zur Marktöffnung. Fraglich ist hingegen, ob die den Mitteleuropäern eingeräumte Anpassungszeit ausreicht und ob die ausgehandelten Fristen für den Schutz der „sensiblen Bereiche“ in den EG-Staaten nicht zu lang bemessen sind. Gerade in den empfindlichen Sektoren (Kohle, Stahl,

23 Jiri Dienstbier, Vorwort, in: G. Merrit (Anm.1), S.11-13.

24 Europäischer Rat, Edinburgh (Anm.5), S.107.

25 Vgl. RFE/RL Daily Report, No.234, 7.12.1992, S.5.

26 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19.6.1992.

27 Vgl. Jacques Girard, De la récession à la reprise en Europe Centrale et Orientale: Bilans et perspectives, Cahier BEI/EIB Papers, No.18., November 1992, S.21.

28 Vgl. Institute for East West Studies, Moving Beyond Assistance, Final Report of the IEWS Task Force on Western Assistance to Transition in the Czech and Slovak Federal Republic, Hungary and Poland, Stirin 1992.

29 Vgl. General Affairs Council, Statement by Vice-President Andriessen, The former Soviet Union, Brussels, 2.3.1992, S.4.

30 Vgl. Amtsblatt der EG, L56., 29.2.1992.

Textilien, Agrarprodukte) sollten Handelshemmnisse schneller abgebaut werden. Andererseits müssen auch die Auswirkungen einer zu schnellen Marktöffnung für Westeuropa bedacht werden. Unverzichtbar ist eine Verstärkung der bislang noch enttäuschenden Direktinvestitionen. Darum ist ein Ausbau der Investitionsschutzmaßnahmen und der Investitionsstützungsprogramme erforderlich. Die Formulierung eines konditionierten und abgestuften Zeitplanes für eine EG-Mitgliedschaft wäre gewiß ein wirkungsvoller positiver Stimulus für private ausländische Direktinvestitionen. Insgesamt haben die mitteleuropäischen Staaten die besten Chancen, den schweren Weg der Wirtschaftstransformation erfolgreich zu bewältigen. Diese Chancen werden in dem Maße zunehmen, wie es der EG gelingt, regionale Kooperationsansätze wie etwa im Rahmen der Visegradgruppe, der Kooperation der Ostsee- und der Barentsseeanrainer, der Hexagonale oder der Zusammenarbeit der Schwarzmeeranrainer zu fördern. Die im Dezember 1992 erfolgte Unterzeichnung des Vertrages über die Bildung einer zentraleuropäischen Freihandelszone (CERFA) durch Polen, Ungarn, die Tschechische und die Slowakische Republik ist ein weiterer Schritt dieser Staaten, durch regionale Zusammenarbeit ihren Transformationsprozeß und damit ihre Integrationsfähigkeit zu befördern³¹. Davon würden nicht zuletzt auch die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion profitieren. Sie haben den schwierigsten und längsten Weg vor sich, und niemand kann heute ermes- sen, wie ihr Transformationsprozeß verlaufen wird.

Die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung kann natürlich nicht von heute auf morgen erfolgen. Die Schaffung der makroökonomischen Voraussetzungen soll und muß aber jetzt verstärkt angegangen werden. So wurden Rußland und den anderen GUS-Staaten, die das Schuldenabkommen vom Oktober 1991 unterzeichnet haben und in den IWF aufgenommen worden sind, noch für 1992 vier Milliarden US-Dollar zugesagt. Die G-7 will insgesamt 40 Mrd. DM im Rahmen eines auf dem Weltwirtschaftsgipfel in München verabschiedeten Hilfsprogramms aufbringen, davon zehn Mrd. für einen Stabilisierungsfonds für den Rubel³². Die EBWE hat im Januar 1992 entsprechend einer EG-Forderung die Klausel aufgehoben, welche das Kreditvolumen der UdSSR auf die Höhe ihrer Einlagen beschränkte. Zugleich öffnete sie ihre Tore für die GUS-Staaten. Ferner hat die EG

31 Vgl. *Le Monde* vom 23. 12. 1992.

32 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bulletin*, Nr. 77, 11. 7. 1992; vgl. auch Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier, *Mehr Hilfe für Wirtschaftssanierung und Systemwechsel?*, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche

mittlerweile begriffen, daß Rußland die einzige Kraft in der GUS ist, die einen radikalen Reformprozeß durchstehen und dadurch die anderen Staaten mitziehen könnte, daß daraus aber nicht eine einseitige Konzentration auf Rußland folgt. Brüssel sollte auch in Zukunft im Falle von Streitigkeiten zwischen den GUS-Staaten sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen, wie es das etwa in der Schuldenfrage zwischen Rußland und der Ukraine getan hat.

Das mittlerweile einsetzende Fließen der Geldquellen der westlichen Industriestaaten sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit lediglich einige der vielen klaffenden Löcher gestopft, die schwerwiegenden Strukturprobleme in den GUS-Staaten hingegen auf absehbare Zeit nicht gelöst werden können. Ein umfassender Transfer von Know-how und die Weiterentwicklung transeuropäischer Netze in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie würden den langwierigen Prozeß des Systemwechsels ebenso beschleunigen wie eine Optimierung der Koordination westlicher Hilfsmaßnahmen inklusive einer stärkeren Betonung der technischen Hilfe³³. Die künftige Hauptaufgabe wird darin liegen, die auf der Tokioer Hilfskonferenz erreichte Verständigung auf einen neuen Koordinierungsmechanismus zu einer multilateralen gesamteuropäischen Strategie weiterzuentwickeln.

3. Sicherheitspolitische Beziehungen

Was kann die Europäische Union schließlich im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen aus Osteuropa tun? Die Fortsetzung und Intensivierung technischer und wirtschaftlicher Unterstützungsmaßnahmen ist langfristig gewiß die beste Antwort. Die EG orientiert sich denn auch an einem weitgefaßten Sicherheitsverständnis. Im Bericht an den Europäischen Rat von Lissabon über die voraussichtliche Entwicklung der GASP werden vier Sicherheitsbereiche angegeben, die ab dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages Gegenstand einer gemeinsamen Aktion werden könnten: KSZE, Abrüstungs- und

und internationale Studien, Aktuelle Analysen Nr. 26 und 27, 25. 6. 1992, sowie die kritische Bestandsaufnahme der bisherigen Unterstützungsmaßnahmen des Westens von Grigori Jawlinski/Alexej Michailow, Von London nach München: Die G-7 und die Region der UdSSR, Fortschritt der Lösungen oder Fortschritt der Probleme?, in: Beilage zu *Wostok*, Nr. 3, Juni 1992.

33 Der Anteil der technischen Hilfe an der westlichen Gesamthilfe, d. h. der strukturbildenden Unterstützung für die GUS-Staaten, beträgt bislang nur 3,2 Prozent. 73 Prozent der Unterstützungsmaßnahmen werden in Form von Krediten und Kreditgarantien geleistet. Der Anteil der technischen Hilfe an der EG-Gesamthilfe beträgt immerhin 12,9 Prozent. Vgl. *Breakdown of world assistance to the Independent States of the former Soviet Union*, Brussels, 5. 11. 1991.

Rüstungskontrolle, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sowie wirtschaftliche Aspekte der Sicherheit³⁴.

Hinsichtlich gemeinsamer Aktionen der Union gegenüber Mittel- und Osteuropa werden für eine erste Phase folgende Möglichkeiten erwogen:

- Förderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die die regionale oder subregionale Integration unterstützen;
- Unterstützung bei der vollen Umsetzung der KSZE-Verpflichtungen, insbesondere der Wahrung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte sowie
- Konfliktverhütung und -beilegung bei voller Einhaltung der Unverletzlichkeit der Grenzen³⁵.

In bezug auf Rußland und die ehemaligen Republiken der Sowjetunion wird die Notwendigkeit einer stärkeren Einflußnahme ebenso betont wie das Ziel, „die Stabilität in diesem Raum sicherzustellen, wobei der Erhaltung der Sicherheit Europas besondere Aufmerksamkeit gilt“. Als mögliche gemeinsame Aktionen werden angeführt:

- Unterstützung bei der Schaffung eines Rahmens für Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den neuen Staaten unter Berücksichtigung ihrer verschiedenen Interessen;
- Stärkung der Kooperations- und Handelsstrukturen zwischen den neuen Staaten;
- Unterstützung der uneingeschränkten Einhaltung aller Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge, deren Vertragspartei sie sind, einschließlich der Nichtweiterverbreitungsverträge und die
- Eröffnung gemeinsamer Entwicklungen und Missionen³⁶.

Die perspektivische Umschreibung von Aktionsmöglichkeiten und -bereichen der Union im Rahmen der GASP zeigt einerseits die vorsichtige, ja zögerliche Herangehensweise an die sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa. Sie wird bestätigt durch einen Bericht der Kommission für den Europäischen Rat in Edinburgh, in dem zum Sicherheitsaspekt festgestellt wird, daß die bisherigen zwischenstaatlichen Regelungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas deren Wunsch nach einer kohärenten Sicherheitsstruktur „nicht voll gerecht (werden)“ und die Multilateralisierung des Dialogs als Instrument beschrieben wird, „den

34 Vgl. Europäischer Rat, Lissabon (Anm. 17), S. 40.

35 Vgl. ebd., S. 35.

36 Vgl. ebd., S. 35f.

Weg für die Teilnahme der Partnerländer an der politischen Kooperation und später der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu ebnet“³⁷. Andererseits wird die politische und ökonomische Ausrichtung des Sicherheitsverständnisses deutlich. Doch können dadurch die anstehenden Sicherheitsprobleme wie Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder ethnische Konflikte gelöst werden? Wohl kaum. Sie erfordern vielmehr die Einbindung aller Akteure in einen vielschichtigen sicherheitspolitischen Kooperationszusammenhang, um über zivile Konfliktregelungsversuche mäßigenden Einfluß ausüben zu können. Die Europäische Union könnte diesbezüglich sowohl im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik als auch der WEU Anknüpfungspunkte bieten, die mit dem gesamt-europäischen Prozeß in der KSZE und dem Nordatlantischen Kooperationsrat kompatibel sind³⁸.

Sollte hingegen, wie etwa im ehemaligen Jugoslawien, ein gesellschaftlicher Konflikt eskalieren, so ist ein militärisches Eingreifen von außen in der Regel nicht erwünscht und völkerrechtlich problematisch. Entwickelt er sich zu einem zwischenstaatlichen Konflikt, so ist, da die NATO und die WEU reine Verteidigungsbündnisse sind, die UNO so lange der einzig legitimierte internationale Hauptakteur, bis es Europa gelingt, die KSZE als ein regionales System kollektiver Sicherheit, d. h. als ein System mit der Fähigkeit zur Friedenserzwingung, zu installieren. Es sollte Bestandteil eines integrativen Friedensmodells sein, das über eine kollektive Verregelung der Beziehungen die Gefahr gewaltsamer Konfliktlösung reduziert. Die Praxis ziviler Konfliktregelung in der EG könnte dabei durchaus als positives Beispiel dienen³⁹.

V. Schlußfolgerungen

Europa befindet sich in einer Zeitenwende, in der die bislang gültigen politischen und wirtschaftlichen Koordinaten neu bestimmt werden. In Osteuropa drohen nur kurz nach dem Aufbruch in ein

37 Kommission der EG, Entwicklung einer engeren Assoziation mit den Ländern Mittel- und Osteuropas (Anm. 22), S. 2 und 4.

38 Vgl. Hans-Georg Ehrhart, Sicherheitspolitik in Europa: NATO, EG, WEU, in: Reinhard Mütz/Gert Krell/Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster-Hamburg 1992, S. 219-232.

39 Vgl. ders., Der „Westen“ und die Sicherheit des „Ostens“, in: D. S. Lutz (Anm. 21), S. 395-408. Vgl. auch ders., Es gibt keinen militärischen Einsatz zum Billigtarif, in: Basler Zeitung vom 14. 8. 1992.

„neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“⁴⁰ weitere sozioökonomische und politische Erschütterungen. Sie gefährden nicht nur den Transformationsprozeß der osteuropäischen Staaten, sondern sie haben auch unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität in Westeuropa. Resultierte die primäre Sicherheitsbedrohung Westeuropas früher aus einem zu starken Ostblock, so kommt sie heute paradoxerweise von einem zu schwachen Osteuropa⁴¹. Soll eine Zerrüttung der integrativen Errungenschaften vermieden werden, dann hat die sich herausbildende Europäische Union keine andere Wahl, als auf die ostpolitischen Herausforderungen mit einer gemeinsamen Ostpolitik zu antworten. Sie müßte zusammen mit den anderen internationalen Akteuren wie IWF, Weltbank, G-7 etc. zu einer gesamteuropäischen Strategie weiterentwickelt werden. Die westeuropäischen Staaten tun sich dabei noch

schwer, gleichwohl sind mittlerweile einige wichtige Schritte unternommen worden, die es zu intensivieren gilt. Sowohl eine kurzfristige Abhaltestrategie als auch eine unreflektierte Erweiterungs politik würden das Ende der EG provozieren. Ziel sollte vielmehr sein, in enger Kooperation mit der Russischen Föderation/GUS sowie mit Nordamerika die mittel- und osteuropäischen Staaten in eine flexible gesamteuropäische Konföderation mit unterschiedlicher Integrationsdichte einzubinden. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn mit der Angleichung der politischen Normen und Strukturen auch die Asymmetrie der sozioökonomischen Verflechtungen allmählich abgebaut wird. Dabei sollte bedacht werden, daß nur eine leistungsstarke EG in der Lage sein wird, der Rolle als gesamteuropäischer Integrator gerecht zu werden. Eine Alternative zu ihr gibt es nicht außer der friedensbedrohlichen Möglichkeit, das europäische Heil durch eine nationalegoistische Politik erreichen zu wollen. Integrationsvertiefung und -erweiterung sind so lange keine gegensätzlichen, sondern komplementäre Prozesse, wie sie zur Schaffung symmetrischer Interdependenzen und zum Aufbau eines europäischen Rechtsraumes beitragen und dadurch den Frieden in Europa stabilisieren.

40 So die Charta von Paris für ein neues Europa, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 137, 24. 11. 1990, S. 1409.

41 Vgl. Michael Dauderstädt/Michael Domitra/Michael Ehrke, Solidarität mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe, in: Vierteljahresberichte, Sonderheft, Dezember 1992.

Gerd Meyer: Die politischen Kulturen Ostmitteleuropas im Umbruch

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/93, S. 3–13

Der Transformationsprozeß der politischen Kulturen Ostmitteleuropas (Polen, Ungarn, Tschechoslowakei) ist gekennzeichnet durch die enge Verbindung und spontane Ungleichzeitigkeit von politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kulturell-mentaler Umgestaltung. Die jungen Demokratien im Osten geraten in diesem historisch einmaligen, schwer steuerbaren und quasi-experimentellen Transformationsprozessen in immer größere Legitimationsprobleme. Doch gibt es in Ostmitteleuropa insgesamt genug positive Potentiale für die Entwicklung demokratischer politischer Kulturen. Dieses Ziel ist nur in einem langfristigen gesamteuropäischen Lernprozeß zu erreichen.

Helmut L. Müller: Die unvollendete Revolution in Osteuropa: Charakter und Ziele des politischen Umbruchs von 1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/93, S. 14–21

Exakt 200 Jahre nach der Französischen Revolution ging es der demokratischen Revolution in Osteuropa nicht um neue Utopien, sondern um Ziele, die im Westen längst verwirklicht waren: die Achtung der grundlegenden Menschen- und Bürgerrechte. In diesem Sinne läßt sich von einer „nachholenden Revolution“ (Jürgen Habermas) sprechen. Die „Rückkehr nach Europa“ wird lange dauern. Osteuropa wird noch geraume Zeit mit den Überbleibseln der kommunistischen Ära leben müssen. Die Revolution von 1989 ist noch nicht abgeschlossen. „Erst wenn eine neue Generation in das politische Leben eintritt, wird man sagen können, daß wir alles hinter uns haben.“ (Václav Havel).

Theo Stammen: Die Rolle der Intellektuellen im Prozeß des osteuropäischen Systemwandels

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/93, S. 22–29

Im deutlichen Unterschied zu Deutschland haben in den meisten ost- und südosteuropäischen Ländern die Intellektuellen (Schriftsteller, Künstler, Philosophen und Wissenschaftler) einen maßgeblichen Einfluß auf den Zusammenbruch des Sozialismus sowie auf die Neukonstituierung demokratischer Systeme ausgeübt. Am Beispiel Václav Havels (ČSSR), Adam Michniks (Polen) und György Konrads (Ungarn) werden die Subversion und die konstruktiven Aktivitäten und Wirkungen der osteuropäischen Intelligencija im Prozeß des Systemwandels aus den politischen Schriften belegt und interpretiert.

Gerhard Wettig: Auswirkungen des Nationalismus in Osteuropa

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/93, S. 30–36

Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat die Lage in Europa grundlegend verändert und u. a. starke nationalistische Regungen im Osten des Kontinents nach sich gezogen. Vor diesem Hintergrund wird untersucht, welche Probleme im einzelnen auftreten und worauf diese zurückzuführen sind.

Hans-Georg Ehrhart: Die EG, die osteuropäische Herausforderung und die Sicherheit Europas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 10/93, S. 37–47

Europa steht an der Schwelle des neuen Jahrtausends vor großen Herausforderungen. Von zentraler Bedeutung für die EG bzw. die sich herausbildende Europäische Union ist die Bewältigung des Systemwechsels in Osteuropa und den GUS-Staaten. Das wichtigste politische Instrument war die differenzierte und konditionierte Herangehensweise bei der Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Nach dem raschen Abschluß von Handels- und Kooperationsabkommen erfolgt die weitere Anbindung über Assoziierungsverträge. Im wirtschaftlichen Bereich tragen die Mitgliedsstaaten und Brüssel ca. 75 Prozent der gesamten Osteuropahilfe. Des weiteren wirkt die Gemeinschaft neben der ihr übertragenen Federführung bei der Koordinierung der westlichen Hilfe auch im Rahmen der G-7 und der großen Hilfskonferenzen (Washington, Lissabon, Tokio) mit.